

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege
und Stadtentwicklung



37. Jahrgang

Heft 2/2010

BAG - Verlag

Claus-C. Wiegandt (Hrsg.)

Neue Informations- und Kommunikations- technologien



Die alte Stadt

Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, Friedrich Mielke,
Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) -
Dr. Nina Ehresmann (Besprechungen)
PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin,
Institut für Soziologie - PROF. DR. DIETRICH
DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches
Institut - PROF. DR. ANDREAS GESTRICH,
Deutsches Historisches Institut, London -
PROF. THERESIA GÜRTLER BERGER, Zürich -
PROF. DR. TILMAN HARLANDER, Universität
Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen -
PROF. DR. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart,
Städtebau-Institut - PROF. DR. URSULA VON
PETZ, Universität Dortmund - VOLKER ROSCHER,
Architektur Centrum Hamburg - PROF. DR.
JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg - PROF. DR.
DIETER SCHOTT, TU Darmstadt, Institut für
Geschichte - PROF. DR. HOLGER SONNABEND,
Universität Stuttgart, Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.
Tel.: 0711 - 3512-3242, Fax: 0711 - 3512-2418.
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de
Internet: <http://www.alte-stadt.de>

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mit-
gliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 85,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,- jeweils
zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redak-
tion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt einge-
gangen sein.

Verlag:

Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.
Tel.: 07151/2766-45, Email: info@bag-verlag.de
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt
eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion an-
gebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleich-
zeitig in anderen Publikationen veröffentlicht
werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die
alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Ver-
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das
Recht zur Herstellung elektronischer Versionen
und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das
Recht zu deren Vervielfältigung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des
Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in
eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-
arbeitungsanlagen verwendbare Sprache über-
tragen werden.

Druck: Druckerei Willy Schäfer, Waiblingen

© 2010 BAG-Verlag, Remshalden
Printed in Germany. ISSN 0170-9364
ISBN für dieses Heft: 978-3-86705-070-8

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien

Herausgegeben von
Claus-C. Wiegandt

CLAUS-C. WIEGANDT, Editorial 107

ABHANDLUNGEN

STEFAN SCHMITZ, Urbanität 2.0 – Zur Entwicklung des Städtischen
im Zeitalter zunehmender Virtualität 111

MARKUS HESSE, Raum und Zeit: neue Muster des aktionsräumlichen
Handelns 123

HEIDEMARIE HANEKOP, Mobiles Internet und lokaler Raum:
Alltag zwischen lokaler Präsenz und „Always Online“ 135

LENA HATZELHOFFER/MICHAEL LOBECK/WOLFGANG MÜLLER/
CLAUS-C. WIEGAND, Wandel in Friedrichshafen – von der Stadt
des Zeppelin zur T-City 147

GEBHARD RUSCH, Mediale Infrastrukturen 163

AUTORINNEN / AUTOREN 177

FORUM

KATHARINA BRICHETTI, Berlin: Globalisierungsfalle und
Protestbewegung Mediaspree 178

ERICH KONTER, „Die Praxis der Idee Europa“ – Brücken schlagen.
Literaturbericht 185

BESPRECHUNGEN

FRANZ IRSIGLER / MICHAEL PAULY, Messen, Jahrmärkte und Stadtentwicklung in Europa (<i>Immo Eberl</i>).....	190
BIRGIT STUDT, Haus- und Familienbücher in der städtischen Gesellschaft des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit (<i>Immo Eberl</i>)	191
INGRID MAYERSHOFER, Bevölkerung und Militär in Bamberg 1860-1923 (<i>Thomas Götz</i>)	192
JANI PIETSCH, „Ich besaß einen Garten in Schöneiche in Berlin“. Das verwaltete Verschwinden jüdischer Nachbarn und ihre schwierige Rückkehr (<i>Stefan Hörner</i>).....	194
ERNST HERRBACH / WOLFRAM MORATH-VOGEL (Hrsg.), Zwischen Avantgarde und Anpassung. Der Erfurter Kunstverein. Eine Dokumentation 1886-1945 (<i>Ulman Weiß</i>)	195
STEFANIE WARNKE, Stein gegen Stein: Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950-1970 (<i>Christian Holl</i>)	196

Umschlag:

Friedrichshafen (Foto: Claus-C. Wiegandt)

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien

Editorial
von Claus-C. Wiegandt



Wenn Frank Schirrmacher, der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in seinem neuesten Spiegel-Bestseller „Payback“¹ das Informationszeitalter kritisiert, so greift er damit eine weit verbreitete, eher skeptische Haltung gegenüber den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien – im Weiteren als IKT bezeichnet – auf. Er stellt in seinem jüngsten Buch die recht provokative Frage, ob wir uns durch die neuen Medien nicht gerade selbst zerstören. Das Internet würde unser Hirn kaputt machen – so die Zuspitzung seiner Überlegungen. Solche Vorbehalte gegenüber den neuen IKT sind auch im stadtentwicklungspolitischen Diskurs der letzten Jahre zu erkennen. Die neuen Medien würden die Städte bedrohen, sie überflüssig machen oder gar zu ihrer Auflösung beitragen. Vor dem Hintergrund solcher Befürchtungen lässt sich leicht erklären, dass eine Zeitschrift, die sich im Kern mit der alten Stadt beschäftigt, den neuen IKT ein eigenes Themenheft widmet.

Das vorliegende Heft greift also den Diskurs über die Wirkungen der neuen IKT auf die Stadtentwicklung in den Industrieländern auf. Die Beschäftigung mit den neuen Techniken umfasst dabei nicht nur die Geräte – die PCs und Notebooks, die Handys und Smartphones sowie die schnellen Leitungen im Festnetz und im Mobilfunk. Vielmehr geht es bei den IKT ebenso um die vielfältigen Anwendungen, die inzwischen nahezu alle Bereiche des Alltags- und Berufslebens durchdringen und verändern. Dazu gehört vor allem das Internet mit dem World Wide Web. Es dient zum Ersten der direkten Kommunikation bzw. dem unmittelbaren Austausch von Information zwischen einzelnen Nutzern, ermöglicht dem Nutzer zum Zweiten den einseitigen Zugriff auf eine Fülle von Informationen im Netz („content“) und unterstützt zum Dritten die Verbreitung und den Austausch von Inhalten, die die Nutzer selbst produzieren und im Netz bereitstellen.

1 Vgl. F. Schirrmacher, Payback. Warum wir im Informationszeitalter gezwungen sind zu tun, was wir nicht tun wollen, und wie wir die Kontrolle über unser Denken zurückgewinnen, München 2009.

Mit dem Internet sind also schnelle und günstige Möglichkeiten der weltweiten Kommunikation entstanden – und dies zu allen Tageszeiten an allen Wochentagen an 365 Tagen im Jahr. Aus nahezu allen Teilen der Welt und fast allen Lebensbereichen liefert das Netz rund um die Uhr Informationen – und bei einigem Geschick mit entsprechender Internetkompetenz auch in kürzester Zeit. Das Internet schläft nicht und ist auch nicht an einen bestimmten Ort gebunden. Es ist zeit- und ortlos, wodurch diese beiden Dimensionen an Bedeutung verlieren. Deshalb wird in diesem Zusammenhang auch vom Verschwinden von Raum und Zeit gesprochen.² Die neuen Medien ermöglichen zudem eine enorme Vervielfältigung der persönlichen Kontakte – wobei nicht nur die Anzahl der Kontaktmöglichkeiten zunimmt, sondern sich auch die Kontakt- und Aktionsräume räumlich erweitern, was für die Stadtentwicklung bedeutsam ist. Theoretisch – so kann man sagen – rückt die ganze Welt zusammen, es entstehen neue virtuelle Nachbarschaften – und doch bedarf dies vor dem Hintergrund des Digital Divide, des selektiven Zugangs zu den neuen Medien, einer genaueren Betrachtung.

Schließlich ermöglichen die neuen IKT auch den Zugang zu den vielen Informationen und Kontakten von nahezu jedem Ort. Die zunehmende Verbreitung von mobilen Geräten, die einen Internetzugang bieten, gibt der ganzen Entwicklung hier noch einen zusätzlichen Schub. Zu guter Letzt verändern IKT auch das soziale Zusammenleben. Sie schaffen neue „Kontaktregeln“, wobei zu diskutieren wäre, wie sich die „klassischen Kontakte“ der Kopräsenz zu den neuen Kontakten im Netz verhalten. Auch was die Ausweitung der Zahl potenzieller Kontakte für die Qualität der einzelnen Kontakte bedeutet und welche Bedeutung die Qualität von Kontakten in verschiedenen Umgebungen hat, ist noch nicht endgültig geklärt.

Im räumlichen Kontext beeinflussen und unterstützen die neuen IKT die Fortbewegung des Menschen, also seine Ortswechsel, in erheblicher und vielfältiger Weise. So erleichtern auf der einen Seite die Webseiten der Deutschen Bahn oder der Deutschen Lufthansa den Kauf von Fahrkarten, so können wir aber auch schon mit unserem Handy eine Fahrkarte oder ein Parkticket kaufen, so dirigieren uns die Navigationssysteme bei der Autofahrt durch unsere Städte. Auf der anderen Seite werden aber auch Fortbewegungen im Sinne einer Ortsveränderung von A nach B durch IKT überflüssig, weil wir heute den Raum vielfach medial überwinden können.

Drei Berührungspunkte zwischen Stadtentwicklung und den neuen IKT seien hier einleitend genannt. Daraus ergeben sich viele Fragen, die in den einzelnen Beiträgen dieses Heftes angeschnitten werden.

Zum ersten können IKT Einfluss auf innerstädtische Strukturen nehmen. Man könnte annehmen, dass die neue Ort- und Zeitlosigkeit neue Standortfreiheiten eröffnen. Alle Standorte werden möglich. Wenn dem so wäre, könnten weiche Standortfaktoren an Bedeutung gewinnen und darauf hinweisen, welche Stadtteile, welche Städte

2 Vgl. C. Stegbauer, Raumzeitliche Struktur im Internet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008, S. 3-9.

und Regionen, welche Länder im Standortwettbewerb gewinnen werden. Ist dies aber wirklich so? Es scheint, dass ausgewählte städtische Teilräume – etwa die Innenstädte oder die Knotenpunkte des Verkehrs – der betriebswirtschaftlichen Logik von Investoren folgend einen schnelleren Zugang zum Netz erhalten. Wie ist es also mit der Ubiquität des Zugangs zum Netz wirklich bestellt?

Eine zweite zentrale Frage betrifft das Verhältnis zum physischen Verkehr – gerade auch in unseren Städten. Hier bestand Hoffnung auf Reduzierung des Verkehrs – was auch in Zeiten knapper werdender Ressourcen und den Diskussionen über den Treibhauseffekt eine große Chance sein könnte. Ist dies aber wirklich so, dass die neuen IKT klassische Verkehre ersetzen? Wird nicht unser Handeln beispielsweise im Arbeitsprozess zunehmend aufgesplittert und auf räumlich verschiedene Standorte verteilt?

Eine dritte Frage, die die Stadtentwicklung betrifft, gilt dem Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. Spielen sich zukünftig alle Aktivitäten nur noch am Computer zu Hause ab? Sind die neuen Kontakträume dann nur noch virtuell in Form von Facebook oder Xing und werden damit klassisch öffentliche Räume in unseren Städten obsolet – oder ist nicht vielmehr ein Bedeutungsgewinn öffentlicher Räume trotz der IKT in den letzten Jahren zu konstatieren? Hier scheint es eher so zu sein, dass virtuelle Räume die klassischen Begegnungsräume nicht ersetzen, sondern ergänzen. Tendenzen sind zu beobachten, die die Menschen weiterhin auf die Straßen und Plätze in unseren Städten bringen. Flash Mobs sind hier eine spezielle Form von neueren Events, bei denen die neuen Medien zu Aktivitäten im öffentlichen Raum beitragen.

Die neuen IKT waren in den Raumwissenschaften vor rund 20 Jahren schon einmal ein Thema. Seit dieser Zeit sind sie jedoch trotz der rasanten technischen Entwicklungen in der Fachliteratur eher vernachlässigt worden. Mit den fünf Beiträgen in diesem Heft können wir diese Lücken nicht schließen, doch denken wir, einige Aspekte aus dem Zusammenhang von IKT und Stadtentwicklung beleuchten zu können. In einem ersten Beitrag beschäftigt sich **STEFAN SCHMITZ** mit den beiden schillernden Begriffen der Urbanität und der Virtualität. Er setzt diese beiden Begriffe zueinander in Beziehung und entdeckt interessante Schnittstellen. Es wird deutlich, dass Urbanität zwar an einen ganz spezifischen Ort gebunden ist, dass mit den Vorstellungen zu diesen konkreten Orten aber bereits der Gedanke der Virtualität angesprochen ist. Schmitz diskutiert weiter, wie nun die computertechnische Virtualität Einfluss auf das Städtische nimmt und die klassische Urbanität nicht nur substituiert, sondern auch erweitert und ergänzt.

MARKUS HESSE knüpft an die Fragen zur Raumwirksamkeit von IKT an und arbeitet in seinem Beitrag die Bedeutung der neuen Technologien für das aktionsräumliche Handeln und die Zeitverwendung in Städten heraus. Er betrachtet dazu jüngere Studien zum raumzeitlichen Handeln und differenziert für seinen Überblick zum Stand der Forschung nach den Wegen zur Arbeit, zum Einkauf bzw. nach der alltäglichen Mobilität. Ergänzt wird dieser Sachstand um die Ergebnisse eigener Untersuchungen zur

Zeitverwendung von Jugendlichen, die mit den neuen IKT aufgewachsen sind und deshalb auch als „digital natives“ bezeichnet werden. Hesse erwartet für die Zukunft keine radikalen, sondern eher schleichende Veränderungen im aktionsräumlichen Handeln.

Eigene empirische Ergebnisse finden sich auch in dem Beitrag von **HEIDEMARIE HANEKOP**. Sie konzentriert sich dabei auf die mobile Nutzung des Internets, die in den kommenden Jahren mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zunehmen und unseren Alltag prägen wird. Dabei geht es Hanekop vor allem um die Wirkungen des mobilen Internets auf den lokalen Raum. Sie stellt sich dazu die Frage, ob eine mobile Internetnutzung einen Bedeutungsgewinn oder einen Bedeutungsverlust für die lokalen Aktivitäten am Ort haben werden.

Ein anderes Projekt im Bereich der Telekommunikation steht im Erkenntnisinteresse des Beitrags von **LENA HATZELHOFFER, MICHAEL LOBECK, WOLFGANG MÜLLER** und **CLAUS-C. WIEGANDT**. Die vier Autoren berichten über T-City, ein Projekt in Friedrichshafen am Bodensee, das die Deutsche Telekom in einer Public Private Partnership mit der Stadt durchführt, um die Lebensqualität der Bürger, die Standortqualität der Unternehmen und die Vernetzungen in der Stadt zu verbessern. Den Autoren geht es in dem Beitrag vor allem darum zu zeigen, wie ein solches Projekt eines großen privaten Unternehmens in eine Mittelstadt wie Friedrichshafen eingepasst werden kann. Dazu ist es notwendig, sich intensiver mit den lokal spezifischen Bedingungen dieser Stadt auseinanderzusetzen.

Am Ende des Heftes steht ein stärker theoretisch orientierter Beitrag von **GEBHARD RUSCH** zur Rolle der IKT als mediale Infrastrukturen. Nach einigen Schlaglichtern auf die Geschichte und den Charakter der neuen Medien geht es im Kern des Beitrages um eine medientheoretische Fundierung der neuen Medien als virtuelle Infrastrukturen.

Esslingen / Bonn
Mai 2010

Stefan Schmitz

Urbanität 2.0 - Zur Entwicklung des Städtischen im Zeitalter zunehmender Virtualität

Technischer Fortschritt und sozialer Wandel haben seit jeher die Stadt und das Leben in der Stadt verändert. So hinterlassen auch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien („I+K-Technologien“), die die Lebens- und Arbeitswelt nachhaltig verändern, ihre Spuren in der Struktur der Stadt und im urbanen Miteinander. Diese Wirkung wird mit Sorge betrachtet. Immer wieder wird der Ausbreitung des Internets, dem Flaggschiff der sogenannten „neuen Medien“, eine Mitschuld an den beobachteten Erosionsprozessen in der Stadt gegeben. Diese neuen Medien ermöglichen den Aufbau virtueller Welten, die als Bedrohung für reale städtische Funktionen wahrgenommen werden.

Es ist erstaunlich, dass der nahe liegende Zusammenhang zwischen Virtualität und Urbanität bislang kaum systematisch untersucht wurde. Allenfalls trifft man in der Literatur auf die Auseinandersetzung mit Teilaspekten. So findet etwa auch in modernen Standardwerken der Stadtforschung und Stadtpolitik bisher eine gründliche Befassung mit den neuen Medien praktisch nicht statt. Diesen grundsätzlichen Mangel kann auch der nachfolgende Beitrag nicht wirklich beheben. Ziel kann es lediglich sein, Schlaglichter zu werfen auf die vielfältigen Facetten des Zusammenhangs zwischen Stadtentwicklung und neuen Medien. Dabei wird das Verhältnis von Urbanität und Virtualität in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt.

1. Urbanität – Versuch einer Begriffsbestimmung

Wir leben in einer städtisch geprägten Gesellschaft. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in entwickelten Industriestaaten lebt in Agglomerationsräumen oder zumindest an deren Rändern. Und selbst für die Minderheit, die „auf dem Land“ lebt, ist die Stadt nicht wirklich fern. Stadtmauern gibt es nicht mehr, die Grenzen zwischen Stadt und Land sind heute fließend. In wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht pflegen nur wenige Menschen ein wirklich ländliches Leben in dörflicher Atmosphäre. Aber kann man daraus umgekehrt folgern, dass die Mehrheit der Bevölkerung tagtäglich Urbanität erlebt und einen urbanen Lebensstil pflegt? Wahrscheinlich nicht. Urbanität scheint mehr zu sein als einfach nur das Gegenteil von Land und Dorf.

Der Begriff der Urbanität ist schillernd und schwer zu fassen. Die Bezeichnung von Urbanität als Mythos ist treffend.¹ Generell ist der Begriff positiv besetzt. Man kann sich Urbanität von verschiedenen Seiten nähern. Vor allem die Stadtsoziologie und der Städtebau haben sich eingehend mit dem Begriff der Urbanität auseinandergesetzt.

Die Stadtsoziologie verweist auf den besonderen Charakter des sozialen Miteinanders in der Stadt und erkennt in Urbanität vor allem den Ausdruck einer liberalen Haltung ihrer Bewohner zueinander und Fremden gegenüber. Bringt man es auf den Punkt, dann ist für die heutige Stadtsoziologie Urbanität vor allem eine Lebensweise und ein Lebensgefühl. Sie kreist um eine Atmosphäre von Weltläufigkeit, Weltoffenheit und Toleranz.

Dagegen betrachtet die Städtebaudisziplin Urbanität mehr unter einem baulich-räumlichen Aspekt. Wesentlich ist dabei die Vorstellung, dass Urbanität durch eine Vielfalt an städtischen Strukturen, Funktionen und Interaktionen erzeugt wird. Gleichzeitig ist Urbanität mehr als nur die Summe ihrer Determinanten. Urbanität ist „das gewisse Etwas“ in der Stadt. In der heutigen Städtebauliteratur steht Urbanität häufig im Zusammenhang mit „Bildern vom guten und schönen Leben in der Stadt“.² Urbanität entwirft ein Stadtbild, in dessen Mittelpunkt eine kritische Masse an Dichte und Lebendigkeit steht. „Urbanität ist ein Zauberwort. Es beschwört Bilder von belebten Plätzen und Boulevards, vollen Cafés, kleinen Geschäften und ‚bunten‘ Märkten. Es steht für das traditionelle europäische Stadtgefühl, die Sehnsucht nach Spontaneität und Vielfalt.“³

Bei einem Versuch, die unterschiedlichen Sichtweisen der einzelnen Disziplinen zusammenzuführen, kann man Folgendes als wesentlich festhalten: Urbanität spürt man, bildlich gesprochen, am besten auf dem Marktplatz als zentralem Ort der Kommunikation und Interaktion in einer Stadt. Um diese Funktion übernehmen zu können, bedarf es eines Mindestmaßes an baulicher Dichte sowie funktionaler Vielfalt und Mischung. Urbanität hat daneben auch eine ästhetische Komponente. Sie erwächst aus dem *genius loci* und ist durch ihre baulich-historische Bestimmung an den konkreten Ort gebunden.

Urbanität ist damit etwas, das einen spüren lässt, dass man sich nicht an einem x-beliebigen Ort befindet, sondern eben in Bonn, München oder Berlin. Urbanität trägt daher erheblich zur Identitätsbildung in einer Stadt bei. Urbanität ist erhaltenswert, ein Wert an sich. Daran knüpft sich die Frage, ob Urbanität auch produzierbar ist, durch Urban Design oder ein Stadtmarketing herbeigezaubert werden kann. Dies wird zumindest versucht. Urbanität als „städtebauliche Attraktivierung soll dazu beitragen, eine heitere Bühne zu schaffen, die den urbanen Mittelschichten zur Selbstdarstellung dient. Eine solche Bühne muss sichtbar und genießbar gestaltet werden.“⁴

1 Vgl. T. Wüst, *Urbanität. Ein Mythos und sein Potenzial*, Wiesbaden 2004.

2 Ebda.

3 S. Schneider, *Architektur und Urbanität – auf der Suche nach dem verlorenen Milieu*, in: *Baumeister* 9/1997.

4 H. Bodenschatz, *Perspektiven des Stadtumbaus*, in: H. Bodenschatz/U. Laible (Hrsg.), *Großstädte von morgen. Internationale Strategien des Stadtumbaus*, Berlin 2008, S. 9-23.

Der Rückgriff auf das Bild der Bühne stellt hier einen interessanten Kontext her. Erkennt man an, dass Urbanität auch etwas mit Inszenierungen zu tun hat, mit Akteuren und Schauspielern, die ihre eigenen Zuschauer sind, dann weist dies deutlich auf einen sehr allgemeinen Zusammenhang von Urbanität und Virtualität hin.

2. Zum Wesen von Virtualität

Seit dem Aufkommen des Internets hat die Verwendung des Begriffs der Virtualität explosionsartig zugenommen. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass durch das weltweite Netz eine Parallelwelt, eine Scheinwelt aufgebaut wird. Differenziertere Betrachtungen sprechen eher von einer computergestützten Verlängerung oder Ergänzung der Wirklichkeit in eine neue Dimension. Eine solche Fähigkeit der heutigen technischen Medien ist nicht zu leugnen. Allerdings verkennt diese Sichtweise häufig den Wesensgehalt von Virtualität. Virtualität wird nicht erst mit dem Computer geboren. Vielmehr ist das Virtuelle „eine anthropologische Grundkonstante in der Zivilisationsgeschichte des Menschen“.⁵ In der Evolution des Virtuellen lassen sich drei Stufen unterscheiden.

Lässt man außer Acht, dass bereits die Traum- und Gedankenwelten jedes Einzelnen alle Wesensmerkmale des Virtuellen aufweisen, betritt der Mensch mit der Erfindung von Bildern und Schriften die erste zwischenmenschlich kommunizierbare Stufe der Virtualität. „Da dem Menschen keine unmittelbare Wahrnehmung der Welt zu Eigen ist, macht er sich Modelle dieser Welt. Er be-zeichnet, be-schreibt, er-zählt, er-zeugt Zeichnungen, Schriften, Bilder, Gedichte, Romane, in denen das, was er für wahr und wirklich hält, der Möglichkeit nach vorhanden ist. Sie öffnen phantastische, glaubwürdige, fiktionale und überprüfbar gemachte Wahrnehmungsräume der Literatur, der Wissenschaften, der Poesie und der Kunst.“⁶ Man kann diese erste Stufe als vor-technische, mental erzeugte Virtualität bezeichnen. Die zweite Stufe ist die technisch erzeugte, aber noch nicht computertechnische Virtualität. Sie wird ermöglicht durch die gesamte Bandbreite der klassischen technischen Medien wie Radio, Kino, Fernsehen, Festnetz- und Mobiltelefon. Und erst auf der dritten Stufe ist die computertechnische Virtualität erreicht.

Das Virtuelle ist der Ort der Imagination und umfasst die Vorstellungswelt des Menschen insgesamt. Die Schaffung von Virtualität kann als Kulturleistung schlechthin angesehen werden. Virtuelle Realität ist eine sinnlich erlebbare Erweiterung der Wirklichkeit. In diesem allgemeinen Sinn steht Virtualität der philosophischen Denkschule der Ästhetik und dem Begriff der Kunst sehr nahe. Während Kunst ganz allgemein an der

5 Nach C. von Barloewen, zitiert in: B. Mersmann, Virtualität. Versuch einer terminologischen Verdichtung, in: Enzyklopädie vielsprachiger Kulturwissenschaften, o.J.; S. Debusmann, Handlungsfreiheit und Virtualität. Zur ethischen Dimension der Computerfiktion, Diss. Universität Gießen 2007.

6 M. Faßler, Cyber-Moderne. Medienevolution, globale Netzwerke und die Künste der Kommunikation, Wien 1999.

Schnittstelle zwischen Mensch und Material, zwischen Geist und Materie steht, befindet sich die computertechnische Virtualität als Sonderfall an der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine.

Aus dieser allgemeinen Perspektive heraus kann man Virtualität als eine Wirklichkeit bezeichnen, die sich unabhängig vom physischen Standort des Erlebenden entfaltet. Ein Buch kann man an jedem beliebigen Ort lesen; die in ihm entworfene Szenerie kann im Kopf des Lesers überall auf der Welt lebendig werden. Reale Bundestagsdebatten und Sportereignisse werden ebenso wie fiktive Filmhandlungen über das Fernsehen weltweit in jedes Wohnzimmer transportiert. Dank Notebook lässt sich die Funktionalität eines modernen Büroarbeitsplatzes fast überall generieren. Mit einem Zugang zum Internet kann man ortsunabhängig in Chatrooms eintreten und Mitglied sozialer Netzwerke werden.

3. Virtuelle Realitäten – Gefahr oder Chance für die Stadt?

Auch wenn Virtualität eine uralte Sache und nicht erst eine Erfindung des Computerzeitalters ist, hat die Ortsungebundenheit des Lebens und Handels durch neue technische Errungenschaften erheblich zugenommen. Dies hat auch merkbare Spuren in der Stadt hinterlassen. Die Wirkungen von technischer und computertechnischer Virtualität auf die Stadt zeigen sich in drei unterschiedlichen Dimensionen: erstens in der Veränderung von Standortmustern und räumlichen Interaktionen, zweitens in der Substitution von Realität durch Virtualität, und drittens in der Erweiterung und Ergänzung von Realem durch Virtuelles. Im ersten Fall geht es um die räumliche Veränderung von realer Baulichkeit, von Standortfunktionen und Standortbeziehungen unter dem Einfluss zunehmender Virtualität, im zweiten und dritten Fall geht es um das direkte Konkurrenz- und Beziehungsverhältnis zwischen „realer Realität“ und virtueller Realität.

3.1. Veränderung von Standortmustern und räumlichen Interaktionen

Die technische Entwicklung hat zu einer Verringerung der Raumüberwindungskosten und zu einer Verbesserung der Erreichbarkeit beliebiger Orte geführt.⁷ Dies hat eine Neubewertung von Standortgunst ermöglicht und massenhaft zu einer Verlagerung real existierender Funktionen im Raum von einem Ort zu einem anderen Ort nach sich gezogen. Diese Entwicklung wird schon lange Zeit durch die Fortschritte der Transportmöglichkeiten angetrieben, in jüngerer Zeit wird der Verlagerungsprozess durch die Neuerungen im Bereich der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur zusätzlich begünstigt. Beide Triebkräfte wirken heute Hand in Hand und ergänzen sich gegenseitig.

7 Ausführlich z.B. in S. Schmitz, Revolutionen der Erreichbarkeit. Gesellschaft, Raum und Verkehr im Wandel, Opladen 2001.

Die Beschleunigung der Raumüberwindung von Personen, Gütern und Informationen sowie die nahezu grenzenlose Ausdehnung von Kapitalströmen haben einen „Strukturwandel“ fast gleichbedeutend mit einem „Raumstrukturwandel“ gemacht. Die räumlichen Verlagerungen betreffen Arbeitsplätze und Wohnstandorte ebenso wie Versorgungseinrichtungen und die Standorte der Kultur-, Freizeit- und Vergnügungsindustrie. Einerseits laufen diese Prozesse innerhalb von Regionen ab, wo sie in verschiedenen Formen in Erscheinung treten, etwa als klassische Wohnstandort-Suburbanisierung, als verdichtete multifunktionale Komplexe an den Rändern der Agglomerationen oder als neue, schwach strukturierte Entwicklungen im Zwischenraum der alten Städte. Andererseits greifen die räumlichen Interaktionen und Standortverlagerungen längst über Regionsgrenzen hinaus, beispielsweise ablesbar in den Prozessen der europäischen und der fortschreitenden weltumspannenden Integration. Globalisierung erscheint unter dem Einfluss der transport- und informationstechnischen Beschleunigungskräfte nicht mehr bloß als eine weltweite Verflechtung von Handelsbeziehungen, wie sie bereits seit Jahrhunderten bekannt ist, sondern vielmehr als eine umfassende „globale Interdependenz“. Eine solche Globalisierung des Lebens und Wirtschaftens insgesamt zeigt sich etwa in weltweiten Standortverlagerungen, Handels- und Kapitalverflechtungen, Migrationsströmen sowie weltweitem Austausch von Kulturen und Ideen.

Oft wurde angesichts wachsender realer und informatorischer Beschleunigung sowie zunehmender räumlicher Verflechtungen das Ende der Geographie und das Ende typischer städtischer Erscheinungsformen prognostiziert. All diese Prognosen haben sich bislang – glücklicherweise – nicht bewahrheitet. Statt räumlicher Nivellierung sind markante Veränderungen in der Stadtgeographie und neue Formen räumlicher Konzentration zu beobachten, die nicht etwa trotz, sondern gerade wegen schnellen Transports und moderner Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten entstehen konnten. Dies betrifft etwa die Ballung globaler Dienstleistungsfunktionen in den Global Cities⁸ oder das bereits angesprochene Aufkommen hochkomplexer multifunktionaler Gebilde an den Rändern der Kernstädte.⁹

Auch wenn diese räumlichen Wirkungen unter dem Einfluss von Beschleunigung und verbesserter Erreichbarkeit zunächst hauptsächlich Wirtschaftsstandorte betreffen, haben sie Rückwirkungen auf die Stadt und die dort erlebte Urbanität. Die Wirkungsrichtung ist nicht eindeutig. Ob der sogenannte Strukturwandel in einer bestimmten Stadt Urbanität fördert oder eher bedroht, hängt von vielen Faktoren ab. Ein wichtiges Kriterium kann sein, ob diese Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht zu den Gewinnern oder Verlierern des Wandels zählt. Wohlstand kann ein Urbanitätsförderer sein, muss es aber nicht. Geld ist bei Weitem nicht alles. Viel hängt vom politischen Willen, vom sozialen Miteinander und vom kulturellen Geist in einer Stadt ab.

8 Vgl. S. Sassen, *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities*, Frankfurt/New York 1996.

9 Vgl. z.B. J. Garreau, *Edge City. Life on the New Frontier*, New York 1991.



Abb. 1 : La Défense (Foto: S. Schmitz).

Auch wenn offensichtlich die Kräfte der Beschleunigung, der technikbasierten Virtualisierung und der Globalisierung nicht zur Auflösung der Stadt – im Sinne des Schwindens ihres Charakters als räumliche Konzentration vielfältiger Funktionen – geführt haben, muss man doch feststellen: Neue städtebauliche Entwicklungen haben überall auf der Welt nun den Hang, gleich auszusehen. Nicht die Stadt als Konzentrationsphänomen, als Ort der Ballung von Funktionen und Wirtschaftskraft, ist in Gefahr, wohl aber die Stadt als Ort mit jeweils spezifischer historischer und kultureller Prägung. Hier scheint Globalisierung in der Tat als der große Gleichmacher und als Herausforderung für Urbanität in Erscheinung zu treten.

3.2. Die Bedrohung von Urbanität durch virtuelle Realität

Es geht aber nicht nur um den Wandel von der einen zur anderen physischen Realität unter dem Einfluss von Virtualität. Mindestens ebenso wichtig für eine vollständige Betrachtung der Beziehung zwischen Urbanität und Virtualität ist die Ersetzung, Ergänzung oder Erweiterung der physischen Realität durch eine virtuelle Realität.

Diese virtuelle Realität tritt in verschiedenen Formen in Erscheinung. Da sind einerseits diejenigen Angebote, die sich grundsätzlich an ein weltweites Publikum wenden. Global operierende, Internet-basierte Auktions- und Versandhäuser mit einer möglichst breiten Zielgruppe fallen hierunter ebenso wie internationale soziale Netzwerke für jeweils hochspezielle Interessen und Bedürfnisse. Und da sind andererseits die Angebote, die eine räumlich begrenzte Gemeinschaft als Zielgruppe haben. Hierzu gehören etwa Internetangebote von Städten für ihre Bürger oder netzbasierte Werbungen des städtischen Einzelhandels. Es gibt aber auch Zwischenformen wie etwa das Angebot der Telearbeit. Einerseits handelt es sich hier um ein räumlich fokussiertes Phänomen, bei dem der typische Pendelverkehr vom Wohn- zum Arbeitsort in einer Stadtregion ersetzt wird. Andererseits bedienen sich zunehmend auch global operierende Unternehmen der Möglichkeit, über Zeitzonen hinweg „Kopfarbeit“ in den Wertschöpfungsprozess zu integrieren. Diese Formen virtueller Realität bringen die Stadt auf eine neue Entwicklungsstufe.

„Historisch gesehen dienten architektonische und städtebauliche Räume dazu, an bestimmten Aktivitäten Beteiligte zusammenzubringen. Die Gemeinschaften waren darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder zusammenwohnten. Wollte man Mitglied einer Gemeinschaft werden, musste man sich innerhalb ihrer räumlichen Grenzen ansiedeln: Man zog in eine Stadt [...] oder trat in ein Kloster ein. Innerhalb einer traditionellen Gemeinschaft befand sich von da ab alles in nächster Nähe. Alle Aktivitäten liefen mittels Mitteilungen von Angesicht zu Angesicht und Handlungen von Hand zu Hand ab. Mit der industriellen Revolution entwickelte sich eine mächtige Alternative. Nun wurde es möglich, an einem Ort zu leben und an einem anderen zu arbeiten und seine Freizeit zu verbringen. Man konnte sich schnell und billig zu Plätzen bewegen, die vom Wohnort weit entfernt waren. Man konnte täglich zur Arbeit pendeln, ins Kino fahren oder zu einem Geschäftstreffen fliegen. [...] Jetzt, da die digitale Kommunikationsinfrastruktur installiert ist und Computer billig und allgemein verbreitet sind, treten virtuelle Treffpunkte mit den natürlichen Räumen als Schauplatz menschlicher Interaktion in Konkurrenz zueinander, und die Telekommunikation wird ein immer attraktiverer Ersatz für die Transportmittel. Man kann elektronisch mit weit entfernten Gemeinschaften Verbindung aufnehmen, ohne seinen Wohnort wechseln oder reisen zu müssen. Als Ergebnisse verlagern sich soziale und geschäftliche Aktivitäten in zunehmendem Maße in den Cyberspace.“¹⁰

Vielfach ist es so, dass vorhandene, real verortete Funktionen und räumliche Interaktionen in die technikbasierte virtuelle Realität abwandern. Damit werden auch typische urbane Funktionen durch virtuelle Angebote substituiert. Das hier zitierte Phänomen ist mittlerweile weit verbreitet. Heute gibt es kaum noch einen Lebensbereich, der nicht auch im Internet abgebildet wird. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht von

10 W.J. Mitchell, Ziegel oder Bits? Architektur im Telekommunikationszeitalter, in: S. Iglhaut/A. Medosch/F. Rötzer (Hrsg.), Stadt am Netz. Ansichten von Telepolis, Mannheim 1996, S. 64-70.

Informations- und interaktiven Kommunikationsangeboten über Teleshopping, Telearbeit, Telemedizin, Telebanking, Telelearning, netzbasierten Selbsthilfegruppen bis hin zu netzbasierten Seelsorgeangeboten. Durch die technologische Entwicklung und die Zunahme elektronisch vermittelter Interaktionen werden vertraute räumliche Formen und Muster der realen Stadt ernsthaft herausgefordert und in Frage gestellt. Mitchell beschreibt seine eher düstere Vision anschaulich am Beispiel der Geschichte des Bankautomaten.

Bis vor kurzem waren Bankgebäude ein wichtiger Bestandteil der Innenstädte. Die aufkommenden Bankautomaten wurden zunächst innerhalb dieser Bankgebäude installiert und waren damit nichts als ein elektronischer Ersatz des Kassengestellten. Als Bankautomaten dann an der Vorderseite der Bank angebracht wurden, um einen 24-Stunden-Service an sieben Tagen pro Woche anzubieten, wurden sie zu Elementen der Straßenlandschaft. Später dann wurde klar, dass es Sinn machte, die Automaten dort aufzustellen, wo die Leute Geld brauchten: im Einkaufszentrum oder am Flughafen. Im nächsten Schritt ging die Entwicklung dann dahin, die Banknoten durch elektronisches Bargeld zu ersetzen. Der für das Homebanking gerüstete Personalcomputer und die elektronische Point-of-Sale-Kasse stellen dementsprechend die Weiterentwicklung des Bankautomaten dar. Der Gang zum Bankschalter als typische Aktivität in der Stadt verliert zunehmend an Bedeutung. Was der Innenstadt bleibt, sind mehr symbolische Front Offices, die als Knotenpunkte zunehmend abstrakter und internationalisierter Finanztransaktionen fungieren. Ansonsten prophezeit Mitchell: „Das alte, architektonisch einheitliche Bankgebäude an zentraler Stelle wird sich wie ein Zuckerwürfel in einer Tasse Tee auflösen.“¹¹

Sind derlei Befürchtungen tatsächlich berechtigt? Ohne Zweifel stehen die Städte heute vor großen Herausforderungen. Zumindest ein Teil ihrer Probleme erklärt sich durch zunehmende Flexibilisierung von Standorten sowie raumgreifende Lebensstile und Wirtschaftsweisen. Es wäre aber falsch, die computertechnische Virtualität als alleinige Ursache dieser Probleme anzusehen. Vielmehr findet der Angriff medialer Virtualität auf historisch gewachsenen Vorstellungen von Urbanität nicht erst seit dem Aufkommen des Internets statt. Hierfür ließen sich viele Beispiele anführen. Kinos etwa waren nur solange ein prägnanter Bestandteil des öffentlichen Lebens in der Stadt, solange es nicht in jedem Haushalt einen Farbfernseher gab. Wahr ist, dass es kaum noch Tonträgergeschäfte in der Stadt gibt, seit man Musik-CDs im Internet kaufen oder ersteigern kann oder einzelne Musikstücke zum Download angeboten werden; andererseits war aber bereits der Schallplatten- und CD-Laden, der lange Zeit zum Bild der Innenstadt gehörte, seinerseits bereits Ausdruck des „Niedergangs“ eines anderen Merkmals der Stadt, und zwar der viel älteren Live-Musik-Kultur. Allgemein dürfte unstrittig sein, dass die oft beklagte Erosion des Einzelhandels in den Innen-

11 Ebd., S. 67.

städten, die unter anderem durch eine Textilisierung und Banalisierung des Angebotes charakterisiert ist, älter ist als das Internet bzw. ein virtuelles Kaufhaus. Steigender Flächenbedarf angesichts wachsender Produktvielfalt und das Kriterium besserer automobiler Erreichbarkeit haben die „Grüne Wiese“ am Stadtrand zum Konkurrenten der Innenstadt gemacht, schon lange bevor aus dem Internet eine zusätzliche Konkurrenz erwuchs. Statt also in der vergleichsweise jungen computertechnischen Virtualität eine historische Zäsur für Urbanität zu sehen, sollte man sie lediglich als neue, zusätzliche Randbedingung für die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt betrachten. In historischer Kontinuität steht das Internet lediglich am vorläufigen Ende einer ganzen Reihe von technischen und gesellschaftlichen Innovationen, mit denen sich die Stadt seit Jahrhunderten auseinanderzusetzen hat – und die sie bislang alle mehr oder weniger gut „überlebt“ hat.

3.3. Die Erweiterung und Ergänzung von Urbanität durch virtuelle Realität

Neben der mit Sorge betrachteten Bedrohung von Urbanität durch Virtualität gibt es noch einen zweiten Trend: Bisher nicht vorhandene „urbane“ Angebote werden durch neue Medien erst geschaffen oder bereits existierende städtische Angebote und Funktionen werden durch diese Medien gestärkt.¹² Neben der Substitutionsdimension gibt es also noch die Ergänzungs- und Erweiterungsdimension.

Während allgemeine „virtuelle Gemeinschaften“ unabhängig von regionaler Zugehörigkeit über gemeinsame Interessen und Bedürfnisse zusammenfinden, haben die Nutzer kommunaler E-Governance-Portale und kommerzieller Internetseiten in Städten einen gemeinsamen räumlichen Bezugspunkt. Auch wenn man sich als „virtueller Tourist“ theoretisch von jedem beliebigen Punkt der Welt Zugang zum digitalen Angebot einer Stadt verschaffen kann, so richten sich doch die kommunalen Internetangebote – ebenso wie die Angebote privater Geschäftsleute am Ort – explizit an die Bewohner der realen Städte und Regionen. So findet eine Art „Verdoppelung der Einrichtungen und Institutionen der klassischen Stadt“¹³ statt: Auskünfte der Gemeinde, Öffnungszeiten der Verwaltung oder Kataloge der Bibliotheken.

Mittels Internet wird hier praktisch eine Parallel-Urbanität im virtuellen Raum erzeugt. Es geht nicht mehr um Telekommunikation in der Stadt, sondern um Telekommunikation als Stadt.¹⁴ Hieran knüpft sich die Frage, ob durch eine solche Parallel-Urbanität im virtuellen Raum nicht nur neue virtuelle Gemeinschaften gebildet, sondern vielleicht auch reale städtische Gemeinschaften gestärkt werden können. Mit der Stadt verbindet sich seit der griechischen Antike die Idee öffentlicher Kommunikation und transparenter Entscheidung einer Gemeinschaft mündiger Bürger.

12 P. Levy, Städte, Territorien und Cyberspace, in: S. Iglhaut u.a. (s. A 10), S. 151-162.

13 Ebda.

14 N. Bolz, Tele! Polis! Das Designproblem des 21. Jahrhunderts, in: S. Iglhaut u.a. (s. A 10), S. 143-150.

Diese Idee war daran gebunden, dass ein Ort – die Agora, der Marktplatz – zur Realisierung der umfassenden Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung stand. Mit der Tendenz der zunehmenden Enträumlichung des Politischen sind heute konkrete Orte nicht länger zur Realisierung der politischen Idee notwendig, und die Kommunikation politischer Verbände und staatlicher Organe lässt sich nun – zumindest bis zu einem gewissen Grad – unabhängig von urbanen Strukturen und räumlicher Verdichtung durchführen. Bietet elektronische Kommunikation nun die Chance, ein Gegengewicht zur Enträumlichung des Politischen zu schaffen und reale urbane Gemeinschaften wiederzubeleben? Während etwa in Deutschland die Diskussion um die demokratischen Potentiale und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung durch die neuen Medien nur zaghafte geführt wird, herrscht in den USA ein verbreiteter Optimismus hinsichtlich der Stärkung von (lokaler) Demokratie durch die Möglichkeiten der Telekommunikation.

Die Vorstellungen von „elektronischer Demokratie“ laufen in drei Hauptrichtungen. Erstens wird die These vertreten, dass allein durch die zunehmende Informationsflut im Internet Transparenz und Entscheidungskompetenz gefördert werden. Zweitens geht es um die Vorstellung, dass Bewohner einer Stadt durch elektronischen Knopfdruck basisdemokratische Entscheidungen über kommunale Vorhaben treffen können. Drittens wachsen Hoffnungen, dass das Internet nicht lediglich einen Ersatz für die klassische reale Stadt bietet, sondern durch Bildung einer „Netzwerk-Demokratie“ eine neue Qualität der politischen Kultur schaffen kann.

Die letztgenannte Vorstellung liefert das ernsthafteste Argument für eine Auseinandersetzung mit den demokratischen und urbanitätsfördernden Chancen der neuen Medien. Wenn allgemein das Potential der neuen Medien darin liegt, Menschen über räumliche, kulturelle und soziale Barrieren hinweg zu verbinden, neue Formen von „Nähe“ zu schaffen sowie Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen zu fördern, dann könnte dieses Potential auch für die Stärkung kollektiven Bewusstseins und kollektiver Intelligenz im städtischen Gemeinwesen nutzbar sein.

Handelt es sich nun hierbei um utopische Wunschvorstellungen oder reale Möglichkeiten? Bei allen Chancen und Potentialen, die die neuen Medien für mehr Demokratie und Partizipation in der Stadt – und damit vielleicht auch für gefühlte und gelebte Urbanität – bieten, sollte vor übertriebenen Erwartungen gewarnt werden. Das Internet wird nie den Marktplatz, die Eckkneipe oder den Gemeinderat ersetzen können.¹⁵ Da in der „virtuellen Stadt“ die Meinungsträger nicht körperlich präsent sind, fehlt das engmaschige Netz aus Vertrautheit, Solidarität und Sicherheit, durch das die Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit des Dialogs abgesichert wird. „Gerade auch der nicht-verbale Ausdruck von Anerkennung oder Missachtung, Respekt oder Gleichgültigkeit

15 Vgl. E. Altwater/B. Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung. Ökologie, Ökonomie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996.

gegenüber dem Kommunikationspartner bildet die Voraussetzung dafür, dass Menschen einander als Subjekte wahrnehmen und als politische Wesen wechselseitig in die Pflicht nehmen können.“¹⁶

4. Resümee

Urbanität ist einerseits etwas sehr Handfestes. Urbanität findet man dort, wo Menschen in Kontakt miteinander treten und sich von Angesicht zu Angesicht begegnen, wo bauliche Dichte und Funktionsvielfalt Lebendigkeit erzeugen, wo ein austariertes Nebeneinander von öffentlichem und privatem Raum jedem Einzelnen die Wahl lässt, sich auf offener Bühne in Szene zu setzen, in der Anonymität der Masse unterzutau-chen oder sich schlicht in seine vier Wände zurückzuziehen. Diese Wahlfreiheit gibt Urbanität andererseits aber auch etwas sehr Atmosphärisches, was über diese handfesten Grundlagen hinausreicht. Sie spiegelt ein Lebensgefühl, das von Weltoffenheit und Toleranz geprägt ist. Urbanität verbindet das Konkrete mit dem Allgemeinen: das Besondere des Ortes, das historisch und (bau-)kulturell geprägt ist, mit der Blaupause einer universell gültigen Vorstellung, was „Stadt“ jenseits des spezifischen Ortes ausmacht. Urbanität hat eine bauliche, räumliche, politische und soziale Dimension, sie ist aber auch eine Vorstellung im Kopf. **Urbanität ist nicht nur reale Realität, sondern auch virtuelle Realität.**

Virtuelle Realität existiert für den Menschen seit der Erfindung der Höhlenmalerei und der Schrift. Virtualität ist unsere Welt der Bilder und Symbole, der Vorstellung und der Imagination. Das Aufkommen technischer Medien wie Radio, Fernsehen und Mobiltelefon und erst recht die massenhafte Verbreitung des Internets haben zu einem sprunghaften Anstieg der Bedeutung von virtueller Realität im Leben und Wirtschaften des Menschen geführt. Die Abkehr von unmittelbaren menschlichen Kontakten hin zu medialen Beziehungen scheint immer weiter fortzuschreiten. Diese medialen Beziehungen sind neben den beschleunigten Transportmöglichkeiten die wesentliche Voraussetzung für die räumliche Entflechtung einst eng verbundener Nutzungsfunktionen und die Ausweitung sozialer und wirtschaftlicher Interaktionen auf allen Maßstabsebenen, von der stadtreionalen Wohnsuburbanisierung bis hin zur weltwirtschaftlichen Integration. Auch wenn einerseits die computertechnische Virtualität nur eine von mehreren Erklärungsfaktoren dieser „Enträumlichung“ ist und andererseits dessen negativen Wirkungen – für sich allein betrachtet – geringer als befürchtet sein mögen, kann man doch konstatieren: **Virtuelle Realität bedroht die klassischen Voraussetzungen für Urbanität.**

Die neuen computertechnischen Medien bieten faszinierende Möglichkeiten. Für jeden Einzelnen können sie ein Mehr an Wahlmöglichkeiten – zwischen realem An-

¹⁶ Ebda., S. 286.



Abb. 2 : La Défense (Foto: S. Schmitz).

gebot und virtuellem Angebot, aber auch zwischen verschiedensten virtuellen Angeboten – und eine Erweiterung des Horizonts bedeuten. Für Gemeinschaften bieten sie die Chance für neue Formen der Kommunikation und kollektiven Intelligenz. So entsteht auch eine Parallel-Urbanität im virtuellen Raum. Diese Internet-basierte, virtuelle Urbanität weist erstaunlich viele Gemeinsamkeiten mit der Urbanität herkömmlicher Prägung auf. So findet auch die für die reale Stadt so typische Dialektik von bewusster Selbstdarstellung des Individuums einerseits und Verschwinden in der Anonymität andererseits ihre Entsprechung in allen gängigen sozialen Netzwerken, die das Internet heute bietet. Und es sieht so aus, dass Surfen und Chatten im virtuellen öffentlichen Raum das Flanieren im realen öffentlichen Raum nicht ausschließen, dass virtuelle Urbanität und reale Urbanität wirklich parallel existieren können. Auch wenn viele hoch fliegenden Erwartungen an die virtuelle Präsenz der Städte im Netz vielleicht enttäuscht werden, kann man doch beobachten: ***Virtuelle Realität selbst wird zu neuer, ergänzender Urbanität.***

Markus Hesse

Raum und Zeit: neue Muster des aktionsräumlichen Handelns

Dieser Beitrag befasst sich mit der Bedeutung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für das aktionsräumliche Handeln sowie die Zeitverwendung in Städten. Ausgehend von einer Einführung in das Thema soll anhand einer komprimierten Literaturlauswertung ein Überblick über den Einfluss der IKT auf das raumzeitliche Handeln gegeben werden. Außerdem wird, auch in Ermangelung einer belastbaren *verallgemeinerbaren* Datenbasis, anhand eines Fallbeispiels ein Einblick in die IKT-Nutzung und Zeitverwendung von Jugendlichen gegeben. Schließlich wird ein Ausblick auf mögliche Zukünfte dieses Themas vorgenommen.

1. Einführung

Ein Beitrag wie dieser kann nicht ohne einen Blick zurück beginnen. Denn sein Thema hat in den vergangenen 12 bis 15 Jahren eine ebenso dynamische wie wechselhafte Entwicklung vollzogen. Unter den vielen Mutmaßungen, Übertreibungen und Mythen, die bezogen auf die Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) spätestens seit Mitte der 1990er Jahre aufgestellt wurden – und im Prinzip begleitet uns dieses Thema ja schon etwas länger – soll stellvertretend nur eine Feststellung von Kollegen aus dem Jahre 1996 zitiert sein:

„Daß mit den digitalen und vernetzten Medien der geographische Raum neutralisiert wird, Entfernungen keine Rolle mehr spielen und sich die Lebenswelt der künftigen Tele-Existenz im ortlosen Raum realisiert, ist mittlerweile eine kaum noch hinterfragte These. Zwischen den Euphorikern der digitalen Medien und deren Verächtern findet normalerweise eine Diskussion nur *darüber* statt, inwieweit die virtuelle Lebenswelt die wirkliche ergänzen, verdrängen oder gar ersetzen kann.“¹

Hinter Thesen wie dieser stand die Annahme, das aktionsräumliche Handeln der Menschen würde sich unter dem Einfluss des technologischen Wandels von den klassischen Grenzen von Raum und Zeit lösen. Viele solcher Diskurse spiegelten das wider,

1 S. Iglhaut/A. Medosch/F. Rötzer, Stadt am Netz. Ansichten von Telepolis, Köln 1996, S. 7.

was Graham und Marvin auch „technologischen Determinismus“ genannt haben:² also die lineare Projektion einer veränderten Rahmenbedingung in eine bestimmte Zukunft, ihr unmittelbares Durchschlagen auf die Verhaltensmuster der Menschen.

Aus heutiger Sicht ist das Zitat eine ziemlich verwegen klingende Überbetonung des Neuen und analoge Unterschätzung des Bestehenden durch die Apologeten des *Cyber-space*. Sie wurde von Wissenschaft und Politik ähnlich euphorisch aufgenommen, was im Rückblick durchaus zu denken gibt. Hinzu kommen zwei weitere Punkte: Zum einen überrascht die bis heute eher bescheidene empirische Durchdringung dieses Themas. Es gibt zwar viele Fallstudien und Einzelbefunde, aber wenig *übergreifendes* Wissen, das es erlauben würde, die Ausgangsfrage angemessen zu beantworten. Zum anderen werden dieser Gegenstand und die entsprechenden Wechselbeziehungen – gewissermaßen als methodologische Konsequenz aus ihrer hohen Komplexität – von vielen empirischen Studien in mikroskopisch kleine Einheiten zerlegt. Damit ist man dann vielleicht datenmäßig „auf der sicheren Seite“. Doch die damit gebotene Erkenntnis hält sich zwangsläufig in Grenzen.

Das Terrain für die hier folgende Standortbestimmung erschließt sich also nicht auf den ersten Blick, es ist von latenter Unsicherheit und konkurrierenden Interpretations- und Deutungsmustern geprägt.

2. Der Einfluss der IKT auf das raumzeitliche Handeln

Um diesen Gegenstand angemessen einzuordnen, bedarf es eines „frames“, eines konzeptionellen Rahmens, der beim Erschließen eines größeren Bildes über das Thema hilft. Einen solchen Rahmen bietet beispielsweise der Ansatz von Kellerman und Paradiso:³ Sie haben die Bedeutung von Raum für soziale Interaktion unter dem Einfluss von Technologien untersucht und interpretieren den aktuellen Wandel als Übergang von „Schicksal“ zu „Möglichkeit“, von *destiny to opportunity*: Im Industriezeitalter unterlagen menschliche Aktivitäten den Rationalitäten des physischen Raums und dem Aufwand zu seiner Überwindung, insbesondere in Gestalt der Transportkosten. In der spät- oder nachindustriellen Zeit haben neue IKT die Menschen in die Lage versetzt, sich von der „Tyrannei der Distanz“ zunehmend zu lösen. Als gewissermaßen geographische oder besser: raum-zeitliche Folge davon hat sich auch der Charakter von Raum (im Sinne von „*place*“) gewandelt: von einer absoluten zu einer relativen Kategorie. Eine Positionierung gegenüber relevanten Akteuren, die Interaktion mit diesen Akteuren sowie die Rolle eines Ortes im System der „*flows*“ wird zunehmend höher gewichtet als die klassischen Lagemerkmale des absoluten Raums.

2 S. Graham/S. Marvin, *Telecommunications and the city. Electronic spaces, urban places*, London, New York 1996.

3 A. Kellerman/M. Paradiso, *Geographical location in the information age: from destiny to opportunity?*, in: *Geojournal* 70 (2007), S. 195-211.

Mit diesem Effekt stehen die IKT in einer historischen Linie mit den Basisinnovationen des Verkehrs- und Nachrichtenwesens des 19. und 20. Jahrhunderts (Eisenbahn, Telegraf, Dampfschiff, Automobil, Flugzeug). Und folgerichtig werden auch die IKT intensiv auf ihre Bedeutung für das raum-zeitliche Handeln hin diskutiert. In einer klassischen Annäherung unterschied man dabei drei Wirkungsweisen: IKT können Aktivitäten *auslösen*, sie können demgegenüber *neutral bleiben* bzw. sie ergänzen, oder sie können Aktivitäten *ersetzen*.⁴ Vor allem vom letzten Punkt erhoffte man sich Entlastung, ja, gewissermaßen Erlösung: Der Einsatz der virtuellen Kommunikation sollte das Verkehrsproblem lösen helfen, die Umwelt schonen und das Leben angenehmer gestalten. Wie wir heute wissen, war dies ein Trugschluss.

Eine wichtige Stellgröße zur Einschätzung dieser Wirkungsbeziehungen ist die Grundgesamtheit, die überhaupt an der Nutzung der IKT teilnimmt. Dies ist der gesellschaftliche ‚Filter‘, durch den unsere Fragestellung hindurch muss. Wovon gehen wir diesbezüglich aus? Im Jahr 2008 hatten nach den jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes 76 % der Haushalte in Deutschland Zugang zu einem Computer, 67 % der Bevölkerung nutzten mehr oder minder regelmäßig das Internet, fast drei Viertel der Nutzer verfügten dabei über einen Breitbandzugang.⁵ Gleichzeitig hat ein Drittel aller Haushalte (31 %) aufgrund fehlenden Bedarfs keinen Zugang zu einem Computer. Die entsprechenden Werte streuen stark in Abhängigkeit vom Einkommen, aber nur noch geringfügig nach dem Bildungsstand. Mobilkommunikation wird heute in 104 von 100 Haushalten praktiziert, ist also statistisch gesehen bereits im Stadium der Überversorgung. PC- und Internetverfügbarkeit bzw. -nutzung sowie die Ausstattung mit Mobilkommunikation sind insofern harte Indikatoren dafür, dass raum-zeitliches Handeln unter dem Einfluss der IKT stehen *muss*: Denn die Menschen verbringen de facto immer mehr Zeit damit.

Die Wirkungen, die die Nutzung der neuen IKT in raum-zeitlicher Hinsicht auslöst, werden seit Ende der 1980er Jahre untersucht. Dabei war anfangs auch die Raumordnung von Bedeutung: IKT galten als Instrument, räumliche Peripherisierung zu überwinden und Regionen vor der Abkopplung von den Agglomerationen zu bewahren. Auch dieser Effekt hat sich, wenn überhaupt, nur sehr begrenzt materialisiert. Zudem ist eine entsprechende Beweisführung methodisch sehr voraussetzungsvoll. Räumliche Ungleichheiten gibt es indes weiterhin, etwa in der Versorgung mit Breitbandanschlüssen (DSL). Ein Projekt wie das der T-City liefert vielleicht das „Labor“, die regionalen Wirkungen solcher Strategien ex-post zu überprüfen. Dabei könnte auch die Frage geklärt werden, ob Friedrichshafen durch die T-City stark wurde (oder aber ob Friedrichshafen T-City wurde, weil es stark war...).

4 P. Mokhtarian, Telecommunications and Travel, TRB-Millennium Paper A1C08 – Committee on Telecommunications and Travel Behaviour, Washington D.C. 2000.

5 Statistisches Bundesamt, Informationsgesellschaft in Deutschland, Ausgabe 2009, Wiesbaden 2007, S. 23.

Spätestens mit dem Aufkommen des Internet richtete sich das Interesse der Forschung ganz allgemein auf die Frage, welche Veränderungen im raum-zeitlichen Handeln die IKT-Nutzung auslösen würde. Die entsprechenden Wirkungsfelder und -schichten sind in Abb. 1 dargestellt.⁶ Nachfrage, Angebot und Nutzung von IKT stellen hier eine Suprastruktur dar, die die räumliche Entwicklung systemisch beeinflusst – im Zusammenwirken mit einer Verbesserung der physischen Erreichbarkeitsverhältnisse, die man hier nicht außer Acht lassen darf. Die konkreten Wirkungen der IKT sollen im Folgenden exemplarisch auf drei Gebieten vertiefend dargestellt werden, die relativ gut literaturgestützt abgebildet werden können: Telearbeit oder „Telecommuting“, „Teleshopping“ bzw. E-Commerce und „Alltagsmobilität“. Im Bewusstsein der Fallspezifität, der jede Referenz an *ausgewählte* Arbeiten unterliegen kann (wenn auch nicht muss), sollen im Folgenden einige Befunde präsentiert werden, die m.E. einen relativ hohen Grad an Aussagefähigkeit, wenn nicht sogar Repräsentativität aufweisen.

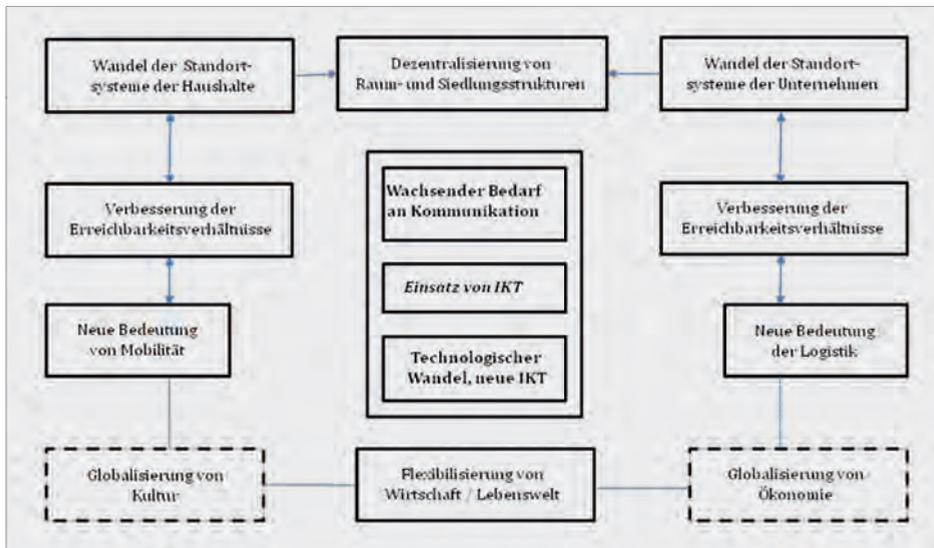


Abb. 1: IKT im Kontext von Raum und Zeit (verändert nach M. Hesse/S. Schmitz (s. A 6).

Stichwort Telecommuting/Telearbeit: Internationale Studien mit repräsentativen Samples hierzu wurden, insbesondere in den USA, bereits in den 1980er Jahren durchgeführt, so bspw. das *State of California Telecommuting Pilot Project*, das mehrere Hundert Bedienstete des Bundesstaates in seine empirischen Erhebungen einbezogen hatte.⁷ Vor

6 M. Hesse/S. Schmitz, Stadtentwicklung im Zeichen von „Auflösung“ und Nachhaltigkeit, in: Informationen zur Raumentwicklung 7/8, 1998, S. 435-453.

7 B. Koenig/D. Henderson/P. Mokhtarian, The Travel and Emissions Impacts of Telecommuting for the

dem Hintergrund der dortigen Rahmenbedingungen (weite Pendlerwege, Dominanz des Pkw, Überlastung des Autobahnnetzes) konnten durchaus nennenswerte Veränderungen durch Telearbeit registriert werden: Reduzierung der Fahrtenzahl, Reduzierung der zurückgelegten Distanzen, Verdichtung von Aktivitäten u.a. um den Wohnstandort. Allerdings wurde in mehreren Projekten auch eine Erhöhung von freizeitbezogenen Tätigkeiten registriert, u. a. in Folge des disponibleren Zeitbudgets. Hier fand die gesuchte Substitution also nicht (nur) zwischen physischer und virtueller Mobilität statt, sondern auch zwischen den Wegezwecken Arbeit und Freizeit. **In die gleiche Richtung** wiesen andere Studien: „Gould and Golob (1997) found that people working exclusively at home on a given day spent significantly more time shopping on the work day than did persons working away from home.“⁸ Das entsprechende Resümee ist knapp und eindeutig: „The increasing use of ICT is unlikely to reduce travel significantly.“⁹

Dies hat an dieser Stelle nicht nur mit den genannten Kompensationseffekten zu tun, sondern auch damit, dass Arbeit nicht auf die mechanische Erledigung von Tätigkeiten reduziert werden kann, sondern eingebettet ist in soziale und kulturelle Kontexte, in das Bedürfnis nach Kontakt und persönlicher Interaktion etc. Das macht Ortsveränderung nicht nur notwendig, sondern oft auch wünschenswert. (Dies klingt aus heutiger Sicht wie eine Selbstverständlichkeit, war aber zu jener Zeit keineswegs allgemein akzeptiert). Weitere Faktoren kommen hinzu: Niederländische Kollegen haben die Telearbeit vor kurzem mit Blick auf Einkommensverteilung und -unterschiede in der Region Utrecht untersucht (n=826).¹⁰ Dabei haben sie vor allem Zeit- und Budgetrestriktionen berücksichtigt, dem klassischen „constraint“-Modell Torsten Hägerstrands folgend. Demzufolge ist Heimarbeit in der untersuchten Region mit durchaus erheblichen Einkommensnachteilen verbunden – die allerdings bei Verfügbarkeit des Internets nur noch marginal ausfallen. Für die Frage „Telearbeit: ja oder nein?“ sind nach Einschätzung der Autoren Alter und Bildungsgrad weit wichtiger als die in raumzeitlicher Hinsicht diskutierten Faktoren Pendelzeit, -distanz und Verkehrsmittelwahl.¹¹ Wie wird sich Tele-Erwerbsarbeit weiterentwickeln? Das Statistische Bundesamt resümiert auf der Basis des Mikrozensus 2004 wie folgt: „Studien zur künftigen Gestaltung der Arbeitswelt prognostizieren eine räumliche Dezentralisierung der Unternehmen mit der Folge, dass für einen immer größeren Teil der Erwerbstätigen der Arbeitsplatz in die eigene Wohnung verlegt wird. Die Realität sieht allerdings noch anders aus. In den ersten Monaten des Jahres 2004 hatten lediglich 5 % der Erwerbstätigen (1,8 Mio.) hauptsächlich, also an

State of California Telecommuting Pilot Project, in: Transportation Research C 4 (1996), S. 13-32.

8 M.-P. Kwan, Time, Information Technologies, and the Geographies of Everyday Life, in: Urban Geography 23 (2002), S. 478.

9 Ebda.

10 T. Schwanen/M. Dijst/M.-P. Kwan, Introduction-The Internet, Changing Mobilities, and Urban Dynamics, in: Urban Geography 27 (2007), S. 585-589.

11 Vgl. auch T. Schwanen/M.-P. Kwan, The Internet, mobile phone and space-time constraints, in: Geoforum 39 (2008), S. 1362-1377.

mindestens der Hälfte der Arbeitstage, zu Hause gearbeitet. Ihr Anteil erhöhte sich gegenüber dem Frühjahr 2000 um einen Prozentpunkt. Damit hat sich Erwerbsarbeit von zu Hause aus in den letzten Jahren kaum weiter verbreitet.¹²

Stichwort Teleshopping: Dies ist vielleicht das bestuntersuchte Beispiel von IKT-Anwendung, die einen unmittelbaren raumzeitlichen Effekt hat und einige weiter reichende Wirkungen dazu. Hier wurde spekuliert, *Teleshopping* oder *E-Commerce* würden den stationären Handel in seiner Existenz gefährden. Es ist, vorläufig, noch anders gekommen – wenn auch die Wachstumsraten unverkennbar sind und Relevanz auf lange Sicht gegeben sein dürfte. Zur Grundgesamtheit: immer mehr Haushalte und vor allem Unternehmen beziehen Waren per Bestellung im Internet. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes haben 2008 53% aller Haushalte in Deutschland *on-line*-Einkauf praktiziert, gegenüber 33% im Jahr 2002.¹³ Allerdings ist hier auch ein relevanter Anteil klassischer Versandhandel enthalten, d. h. der Unterschied zwischen Telefon und Internet erscheint nur marginal. Die ursprüngliche Vermutung von der Verdrängung des stationären Handels durch den E-Commerce ist, wenn überhaupt, längst der Ko-Existenz von „*click&mortar*“, also der Parallelität beider Vertriebswege gewichen. Unter den reinen *on-line*-Händlern haben nur wenige die Anfangsphase der *New Economy* überlebt, wie *Amazon.com* oder das Auktionshaus *eBay*. Zu den hauptsächlich im Netz gekauften Konsumgütern gehören Bücher und Magazine, Kleidung und Sportartikel, private Gebrauchsgüter und Spielzeug, Reisen, Bahn- und Flugtickets, schließlich Computer- und Softwareupdates sowie Musik und Filme. Nur im Fall der beiden letztgenannten Sortimentsgruppen ermöglicht der *Download* die Substitution physischer Verkehre.

Relevant für unser Thema ist natürlich die Frage, inwieweit sich das raum-zeitliche Einkaufsverhalten durch die Möglichkeiten des *on-line*-Shoppings verändert hat. Auch hier ist das Bild offenbar komplexer als ursprünglich angenommen; zudem überlagern sich individuelle Nutzungsmuster mit städtischen Standortstrukturen. Substitutionseffekte etwa durch die (Wieder-)Einführung von Lieferdiensten, z. B. für Lebensmittel, die den Gang oder die Fahrt zum Laden ersparen würden, konnten sich bisher nicht durchsetzen. Verantwortlich hierfür waren Fragen der Organisation dieser Dienstleistung, aber auch so fundamentale Dinge wie die meist fehlende ökonomische Rentabilität solcher Modelle.

Im Rahmen einer größeren empirischen Erhebung wurden diese Fragen vor wenigen Jahren in Hannover und Leipzig untersucht.¹⁴ Dabei wurden fast 1.000 Personen aus zwei Vergleichsgruppen auf ihr Einkaufsverhalten hin befragt: Personen die sehr

12 Statistisches Bundesamt, *Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004*, Wiesbaden 2005, S. 52. .

13 Statistisches Bundesamt (s. A 5), S. 47 f.

14 G. Tegeeder, *Der Konsument im Netz. Einfluss des Internet auf den städtischen Einzelhandel*, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 48 (2004), S. 111-123.

aktiv mit dem Internet umgehen („*on-liner*“) und solche, die diesem Medium eher distanziert gegenüberstehen („*non-liner*“). In der ersten Gruppe fanden sich deutlich mehr jüngere, „aufstiegsorientierte“ Personen, während in der zweiten Gruppe ältere Jahrgänge mit konservativen Einstellungen dominierten. Die als *on-liner* adressierte Gruppe hatte eine deutlich höhere Neigung zum Einkauf in den untersuchten Innenstädten (ca. 60 % der Einkäufe), während die Nicht-Internetnutzer häufiger die Shopping-Mall aufsuchten (55 % der Einkäufe dieser Gruppe). Hier zeigt sich trotz – oder wegen? – einer höheren Affinität zu PC und Internet eine ausgeprägte Vorliebe für einen bestimmten Typus physischen Raums, der klassischen Innenstadt. Ihre Ursache ist in lebenskulturellen und lebensstilspezifischen Merkmalen und Einstellungen dieser Gruppe zu finden. Technologieaffinität ist hier also nicht ausschlaggebend für das Einkaufsverhalten, sondern umgekehrt eine Konsequenz soziokultureller Faktoren.

Hinzu kommt, dass Einkauf und Konsum heute – aus der Perspektive der handelnden Subjekte betrachtet – zunehmend als komplexe Identitätsbildungsprozesse begriffen werden, in denen (Waren-)Ästhetik, Distinktion und soziale Interaktion spezifisch ausgeformt und reproduziert werden. Dies findet seinen stadträumlichen Niederschlag in den immer ausgefilterten Strategien des „*place-making*“ von Innenstädten (auch von historischen), von *Shopping Malls* und *Entertainment-* bzw. *Business Improvement Districts*. Im Vergleich dazu wirkt das Ansinnen, Waren-, Transport- und Kundenströme per Datenaustausch optimieren zu wollen, als eher triviale Optimierungsaufgabe. Wenn überhaupt, dann findet diese Optimierung am „*back-end*“ der Wertschöpfungskette, im Warenwirtschaftssystem und in der Logistik statt, nicht am „*front-end*“ der Kundschaft. Mittlerweile hat sich die Nutzung des Internets in diesem Kontext weiter ausdifferenziert: Schwanen et al. (2007) weisen etwa auf die zunehmende Verknüpfung von Einkaufsentscheidungen (stationär) mit vorgeschalteten Such- und Informationsstrategien über das Internet hin.¹⁵ Diese Art von Hybridisierung der Mediennutzung unterstreicht die Bedeutung komplementärer – statt, wie anfangs vermutet, alternativer – Entwicklungspfade. Sie erschwert aber auch ein klares Urteil über die räumlichen Wirkungen.

Drittes Stichwort: Betrachtet man *Raum-Zeit-Muster und Alltagshandeln* im größeren Maßstab, unabhängig von einzelnen Teilfunktionen wie Arbeiten oder Einkaufen, dann liegt der Einfluss der neuen IKT wohl darin, dass er Tendenzen der raum-zeitlichen Zerlegung von Aktivitäten in diskrete Einheiten fördert. Couclelis (2004) hat diesen Vorgang „Fragmentierung“ genannt.¹⁶ Die einzelnen Aktivitäten sind nicht mehr an einen fixen Standort gebunden, sondern streuen räumlich und zeitlich zunehmend. Auch in dieser Hinsicht haben IKT nicht (oder besser: noch nicht) zu einem Bruch in der raum-zeitlichen Entwicklungslogik geführt. Sie haben vielmehr Tendenzen der räum-

15 T. Schwanen (s. A 9).

16 H. Couclelis, Pizza over the Internet: e-commerce, the fragmentation of activity, and the tyranny of the region, in: *Entrepreneurship and Regional Development* 16 (2004), S. 41-54.

lichen Expansion und zeitlichen Verdichtung verfestigt und verfeinert, die bereits von den Vorläufer-Innovationen der Verkehrs- und Nachrichtentechnik angelegt waren. Allerdings wird durch diese Art der räumlichen und zeitlichen Disintegration vermutlich eher *mehr* physische Interaktion und Raumüberwindung generiert als eingespart. Dies ist zumindest eine Einschätzung, die Lenz und Nobis (2007) auf der Basis einer breit angelegten empirischen Erhebung unter 1.612 deutschen Befragungsteilnehmern gewonnen haben.¹⁷ Dabei haben sie im Rahmen eines clusteranalytischen Verfahrens vier verschiedene Gruppen von IKT-Nutzern unterschieden: die vollzeit- oder teilzeitarbeitenden Nutzer von Mobiltelefon oder dem eigenen mobilen Computer. Sehr stark ausgeprägte Zerlegung von Aktivitäten nach Raum, Zeit oder Medium wird insbesondere beim vierten (mengenmäßig kleinsten) Cluster der vollzeitarbeitenden Nutzer des eigenen mobilen Computers registriert. Diese Gruppe ist charakterisiert durch den höchsten Anteil männlicher Mitglieder (82%), die höchsten Einkommen sowie die intensivste Reiseaktivität, insbesondere mit dem Pkw, aber auch per Bahnfernverkehr sowie Flugzeug.

In der Bewertung ihres Befundes gehen die Autorinnen davon aus, dass es keine direkte Kausalität von IKT in Richtung räumliches Handeln gibt, sondern eher umgekehrt bestimmte Mobilitätsanforderungen den besonders intensiven Gebrauch von IKT nach sich ziehen. Diese Feststellung gilt insbesondere für die Nutzer von Mobiltechnologien. Dies führt zu einem weiteren Punkt: Erst die Loslösung des Internets vom konkreten Ort – dem stationären Rechner – durch immer mehr „mobile Applikationen“ dürfte einen weiteren Schritt in Richtung mehr Flexibilität und räumlicher Dissoziation darstellen. Dessen Konsequenzen sind aber nur vage absehbar. Die Kombination von „unterwegs“ und „am Netz“ wird künftig sicher weitere Potenziale für einen Wandel von Raum und Zeit mit sich bringen, auch wenn diesem Trend bisher noch ökonomische Grenzen gesetzt sind (s. UMTS).

Neue Technologien – Information und Kommunikation, Steuerung und Logistik – tragen schließlich auch dazu bei, dass zeitliche Verdichtung insgesamt erheblich an Bedeutung gewinnt. Insofern ist es kein Zufall, dass gerade in den letzten Jahren zeitpolitische Diskurse wieder eine große Beachtung finden. Hartmut Rosa hat in seiner Kulturgeschichte der Beschleunigung, wie andere Autoren vor ihm, sogar die These vertreten, dass die traditionelle Einheit von Raum und Zeit aufgelöst sei und Zeit gegenüber Raum immer mehr an Bedeutung gewinne: „Es gibt kein der Beschleunigung analoges, eigenständiges räumliches Veränderungsmoment der Moderne. Der Wandel der [raumzeitlichen] Strukturen wird primär durch ihre temporale Veränderungsdynamik angetrieben.“¹⁸ In dieser Aussage steckt natürlich erhebliche Brisanz für eine Wissenschaft wie die Geographie, selbst wenn man diese Bewertung nicht teilen sollte

17 B. Lenz/C. Nobis, The changing allocation of activities in space and time by the use of ICT — „Fragmentation“ as a new concept and empirical results, in: *Transportation Research A* 41 (2007), S. 190-204.

18 H. Rosa, *Beschleunigung*, Frankfurt a.M. 2007, S. 62.

und eher von einer Interdependenz räumlicher und zeitlicher Faktoren ausgeht. Wie auch immer: richtig ist, dass sich die treibende Kraft der neuen Technologien wohl nur im größeren Kontext einer umfassenden Raum-Zeit-Politik entfaltet. Und deren Implikationen lassen sich nur in einem solchen Kontext angemessen nachvollziehen und verstehen.

3. Jung und mobil¹⁹

Ergänzend zum Literaturüberblick erfolgt hier ein beispielhafter Exkurs zur IKT-Nutzung und Zeitverwendung von Jugendlichen. Das raum-zeitliche Handeln junger Erwachsener ist deshalb besonders interessant, weil die jetzt jungen Generationen (die sog. „digital natives“) mehr oder minder vollständig mit Computer und Internet aufwachsen. Sie stehen insofern im Zentrum der eher längerfristig verlaufenden Adaption der neuen IKT. Dieses Thema war von 2004 bis 2006 Gegenstand eines Lehr- und Forschungsprojektes der Freien Universität Berlin gemeinsam mit dem DLR-Institut für Verkehrsforschung in Berlin. Dabei wurden Daten zu Zeitverwendung und Mediennutzung von über 400 Schülern im Alter von 16 bis 19 Jahren in Berlin und Brandenburg erhoben. Dazu wurden neue Erhebungstechnologien zur satellitengestützten Ortung von Personen eingesetzt. Als Erhebungsinstrument kamen mobile elektronische Endgeräte zum Einsatz. Die Aktivitäten der Befragten wurden mit elektronischen Fragebögen auf einem PDA (Personal Digital Assistant) erhoben. Das Bewegungsprofil wurde durch einen GPS-Empfänger ermittelt. Zusätzlich wurden zur Ermittlung individueller und gruppenspezifischer Motive mit ausgewählten Personen bzw. Gruppen (ca. 10 -12 % der Stichprobe) Interviews geführt. Auf diese Weise wurden auch die Einstellungen der Jugendlichen gegenüber den IKT ermittelt.

Welche Ergebnisse sind hier bemerkenswert? Zunächst hat uns in diesem Sample überrascht, welch hohen Stellenwert die IKT-Nutzung der Jugendlichen im Alltagshandeln hat: 10 % aller Aktivitäten und 10 % des gesamten Zeitbudgets (zwei Fünftel der disponiblen Zeit!) werden mit Computer, Internet und Telefon/Handy etc. verbracht. Das ist eine durchaus hohe Adaptionsrate. Diese Aktivität findet – über die ganze Woche betrachtet – vor allem abends statt, außerdem mit einem Peak am Wochenende. PC, Internet und Handy haben die anderen Freizeitaktivitäten zwar nicht abgelöst, aber dennoch nennenswert ergänzt.

In unserem Sample konnte weiterhin eine Unterscheidung zwischen einer Gruppe der *VielnutzerInnen* und einer Gruppe der *NormalnutzerInnen* vorgenommen werden.

19 Dieser Abschnitt beruht auf Teilergebnissen des Studienprojekts „Jung und mobil“, das gemeinsam mit Stephan Birk, Matthias Kracht und Eva Reisinger sowie Studierenden der Diplomgeographie zwischen 2004 und 2005 am Institut für Geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin durchgeführt wurde; vgl. M. Kracht/S. Birk/E. Reisinger, Auswertung der Ergebnisse des Studienprojekts „Jung und mobil“, unveröff. Ms., Berlin 2007.

Für VielnutzerInnen wird die Computernutzung durch *on-line*-Verfügbarkeit als Teil eines Gruppenerlebnisses begriffen. Das Vor-dem-Computer-Sitzen wird regelmäßig praktiziert, teilweise sehr zeitaufwändig. Das Internet mit Flatrate setzt hier den Standard. *On-line*-Kontakte (über Messenger-Programme, Foren etc., heute vor allem Facebook und StudiVZ) werden als natürliche Kommunikationsform verstanden. Dabei zeigen die Schüler eine hohe Vertrautheit mit Geräten, denn sie sind eben i. d. R. mit dem Computer aufgewachsen, sind stolz auf selbst angeeignetes Computerwissen; z. T. besitzen sie auch mehrere Geräte.

Der Zugang zum Internet wird in vielen Schulen mittlerweile vorausgesetzt. Dabei sind in den Gesprächen mit den Jugendlichen umfangreiche Einsatzgebiete des Internets identifizierbar. Chatten via Internet hat sich dabei als besonders bedeutend für Jugendliche herausgestellt, um neue Freunde kennen zu lernen oder Freundschaften zu pflegen, Überblick zu haben, welche Freunde *on-line* sind oder auch gleichzeitig mit mehreren Personen zu kommunizieren. Vorteile wie niedrige Kosten und die schnelle Kommunikationsform tragen zur Beliebtheit des Chattens bei. Neben dem Internet ist das Handy *das* Kommunikationstool für die Jugendlichen. Rund 25 % der in den Interviews Befragten haben eine sehr hohe Nutzungsintensität, während der Rest primär die Möglichkeit schätzt, via Handy erreichbar zu sein bzw. die SMS-Funktion nutzt. Vorteile sind hier die schnelle, spontane und flexible Möglichkeit des Verabredens und die Nutzung der im Handy implementierten Funktionen. Die Internetfunktion wurde dabei allerdings noch nicht thematisiert.

Als Nachteil werden die hohen Kosten der Handynutzung gesehen. Ferner wird auch bereits „Stress“ durch die Erwartung jederzeitiger Erreichbarkeit empfunden; die Verbindlichkeit von Abmachungen leidet unter der Möglichkeit, kurzfristige Absagen platzieren zu können. Und: Das Handy wird auch in dieser Zielgruppe nicht als Ersatz für Face-to-Face Kommunikation gesehen.

Die Untersuchung zeigt, dass PC, Internet und Handy eine große Bedeutung für den jugendlichen Alltag besitzen und bestätigt insofern andere Befunde.²⁰ Sie werden intensiv und selbstverständlich genutzt. Zentrale Aussagen zielen auf hohe Verfügbarkeit, neue Formen der Erreichbarkeit, Spaßfaktor und eine Form von Freiheitsgefühl. Der Technisierungsgrad des Alltagslebens erscheint unumkehrbar, auch Schule und Lernen verändern sich. Allerdings werden auch kritische Punkte genannt, etwa mit Blick auf drohende Abhängigkeit bzw. Suchtpotenziale, sinnlose Medienangebote und den hohen Zeitaufwand, den die IKT mit sich bringen. Last but not least werden persönliche Kontakte als wichtiger eingeschätzt als Computerkontakte. Hier schließt sich also der Kreis der eher komplementären, ergänzenden statt die Verhältnisse völlig neu definierenden Rolle der IKT für das Alltagshandeln.

20 Vgl. etwa C. Tully (Hrsg.), Multilokalität und Vernetzung. Beiträge zur technikbasierten Gestaltung jugendlicher Sozialräume, Weinheim und München 2009.



Abb. 2: La Défense (Foto: S. Schmitz).

4. Ausblick

Auf der Basis des bisher Festgestellten sind die in naher Zukunft zu erwartenden Veränderungen des aktionsräumlichen Handelns in Städten in eher vorsichtige Prognosen zu fassen, jedoch mit einem weit aufgespannten künftigen Möglichkeitsraum. Ich schließe mich hier der Position von Kollegen an, die *kurzfristige* Veränderungen im Zuge der IKT-Verbreitung und Anwendung als eher begrenzt ansehen, dagegen *langfristig* durchaus erhebliches Veränderungspotenzial erwarten. Man kann davon ausgehen, dass wir uns derzeit noch am Anfang dieser Strecke befinden. Zusammenfassend dazu folgende Thesen:

- 1) Es spricht Einiges dafür, dass neue IKT das Handeln der Menschen – speziell in Städten, aber nicht nur dort – weiter verändern werden; dies wird aber voraussichtlich nicht zu einer raschen und grundlegenden Veränderung dieser Handlungsmuster führen, sondern ist als schrittweise Transformation zu verstehen. Tendenziell ist hier eher von *Evolution* als von *Revolution* auszugehen.
- 2) Im Gegensatz zu einseitig deterministischen Erklärungsansätzen wird das Maß dieser Veränderung sehr stark durch sozio-ökonomische Kontexte, Lebensweisen und Lebensstile etc. bestimmt, weniger durch die Technologie an sich; hier kommen also viele weitere Faktoren in Betracht, über deren Zusammenspiel wir immer noch eher rudimentär im Bilde sind.

- 3) Physische Raumüberwindung wird auch in der Stadt von morgen von großer Bedeutung sein; sie wird durch elektronische Kommunikation und zeitliche Koordination keineswegs überflüssig gemacht, aber ergänzt, vielfältig überlagert bzw. neu gestaltet.
- 4) Überraschungen sind keineswegs ausgeschlossen: Wir sollten daher unsere Neugier gegenüber dem Unerwarteten bewahren und festgefügte Weltbilder immer wieder kritisch hinterfragen. Wir sollten aber auch versuchen, sie ‚richtig‘ in die Erfahrung von historischen Entwicklungspfaden einzuordnen.
- 5) Wir müssen auch wachsam sein. IKT sind ein hervorragendes Instrument der Kontrolle und Durchleuchtung, gerade auch in raum-zeitlicher Hinsicht. Und so nützlich diese Eigenschaften aus Sicht des Forschers sein können, so gefährlich werden sie mit Blick auf Daten, Sicherheit und Identitäten – weil sie die Freiheit bedrohen. Mit diesem Problem ist bisher nur ein randständiger Teil der Stadtforschung befasst. Dies ist angesichts der in den letzten eineinhalb bis zwei Jahrzehnten zu beobachtenden Durchsetzung neuer Sicherheits- und Überwachungstechnologien im öffentlichen und privaten Raum schlicht besorgniserregend. Der subtile Vormarsch der informationstechnischen Durchleuchtung unserer Lebenswelt – das *mapping*, *screening* und *tracing* von Daten – wirft noch ein ganz anderes Licht auf die Eingangsfrage nach der Bedeutung der IKT für raum-zeitliches Handeln. Dieser Aspekt hat m.E. eine kritische Analyse in ganz anderen Dimensionen verdient als dies bisher praktiziert wird.

Heidemarie Hanekop

Mobiles Internet und lokaler Raum: *Alltag zwischen lokaler Präsenz und „Always Online“*

1. Einführung

Die mobile Nutzung des Internets mit einem Handy oder Smartphone breitet sich dynamisch aus: steigende Verkaufszahlen des iPhone und anderer internetfähiger Smartphones belegen dies ebenso wie die wachsende Nutzung von UMTS-Datenverbindungen¹ und aktuelle Studien.² Sinkende Preise und Flatrates für mobile Datenverbindungen fördern die Nutzung.³ Eigentlich ist diese Entwicklung nicht wirklich überraschend. Experten der Branche hatten das „Mobile Internet“ bereits Anfang des Jahrzehnts prognostiziert, noch bevor der Aufbau der UMTS-Netze begonnen hatte. So war die Versteigerung der UMTS-Lizenzen im Jahr 2000 begleitet von euphorischen Erwartungen. Allerdings wurden diese in den vergangenen Jahren nicht erfüllt. Die Einführung von WAP-Diensten, einem speziellen Web-Dienst für mobile Endgeräte, war ebenso ein Flop wie andere Versuche, neue mobile Anwendungen einzuführen (z.B. Lokalisierungsdienste⁴ und mobiles TV).⁵ Dies änderte sich erst, als Apple mit dem iPhone ein neues Gerät mit innovativen Merkmalen auf den Markt brachte, mit dem man dank eines besonders sensitiven Touchscreens trotz kleinen Displays einigermaßen komfortabel im Web navigieren kann. Anders als bei WAP, steht der mobilen Internetnutzung heute das gesamte Web zur Verfügung. Gleichzeitig öffnet Apple – gefolgt von anderen Herstellern (Nokia, der Android-Verbund) – das Betriebssystem für extern

1 *Bitkom*, Gutes Weihnachtsgeschäft mit Hightech-Produkten, 12/2009, www.bitkom.org/61964_61957.aspx, Marktanalyse: Der Smartphone-Boom hält an, Telekom Handel vom 12.11.2009, www.telecom-handel.de; *Bundesnetzagentur*, Tätigkeitsbericht Telekommunikation 2009, Bonn 2009, www.bundesnetzagentur.de.

2 *TNS Infratest*, Mobiles Internet für den Massenmarkt, 2009, www.tns-infratest.com/presse/presseinformation.asp?prID=685; Zukunft und Zukunftsfähigkeit der deutschen IKT und Medien, Münchner Kreis, 2009, www.muenchner-kreis.de/zukunftsstudie/.

3 *BVDW*, Mobile Internetnutzung ist 2009 deutlich günstiger geworden, 15.12.2009, www.bvdw.org/presse/news...

4 Vgl. *H. Hanekop/V. Wittke*, Der Kunde im Internet, in: *H. Jacobsen/S. Voswinkel*, Der Kunde in der Dienstleistungsbeziehung, Wiesbaden 2005, S. 193-217; *H. Hanekop*, Innovationsbarrieren: Probleme bei der mobilen Nutzung elektronischer Medien, in: *Mitteilungen aus dem SOFI 4/2008*.

5 *H. Hanekop/A. Schrader*, DMB-Projekt MI FRIENDS – Ergebnisse der Begleitforschung München, in: *BLM Schriftenreihe Band 86*, München 2008.

entwickelte Anwendungen unzähliger Entwickler und Unternehmen (sog. „Apps“ beim iPhone). Dies löst gegenwärtig eine Welle neuer Angebote für das iPhone und vergleichbare Smartphones aus, die die Nutzer zu meist erschwinglichen Preisen oder sogar kostenlos downloaden und auf ihrem Gerät installieren können. Dieses Innovationsmodell ist bezeichnenderweise dem des PC und des Internets ähnlicher, als die bisherigen geschlossenen Innovationsmodelle der Mobilfunkprovider, in denen externe Entwickler kaum Möglichkeiten zur eigenständigen Anwendungsentwicklung hatten.⁶

Diese Ausbreitungsdynamik des „Mobilen Internets“ wirft die Frage nach möglichen Auswirkungen der Internetnutzung für den lokalen Raum in neuer Weise auf. Durch den ortsunabhängigen Zugang und die damit verbundene Ausweitung und Intensivierung stellt sich verschärfte die Frage, ob die mobile Internetnutzung lokale Aktivitäten seiner Nutzer verringert bzw. substituiert und damit zum Bedeutungsverlust lokaler Räume und lokaler Aktivitäten beiträgt.

Denn bereits die intensive Nutzung des „festen“ Internets stellt eine Konkurrenz zu lokalen Angeboten dar, sei es durch Online-Shopping oder weil man sich häufiger im Netz mit Freunden trifft als vor Ort. Mit dem „Mobilen Internet“ erweitern sich diese Möglichkeiten, weil die Nutzung nicht mehr an „feste“ Orte wie zu Hause oder den Arbeitsplatz gebunden ist. Zudem ist das Handy bzw. Smartphone üblicherweise ständig in Betrieb und griffbereit, die Internetnutzung wird flexibler und spontaner, man ist nun auch unterwegs „Always-On“. Dies gilt auch für Wegezeiten, die sich besonders für eine mobile Nutzung anbieten. Aktivitäten, die man „online“ erledigt, entfallen in der lokalen Umgebung; Zeit, die man im Internet verbringt, steht für andere Aktivitäten nicht mehr zur Verfügung. Und die Aufmerksamkeit, die der (mobilen) Internetnutzung gewidmet wird, ist der physischen Umwelt entzogen – wie der telefonierende Passant, der für zufällige Gespräche mit anderen Passanten keine mehr Zeit hat.

Mobile Internetnutzung könnte aber auch – so die Gegenthese – zum Bedeutungsgewinn physischer Orte und zur Unterstützung lokaler Aktivitäten beitragen. Zum einen, weil man nicht mehr zuhause bleiben muss, um das Internet nutzen zu können. Damit könnten Aktivitäten in der Stadt dadurch attraktiver werden, dass man das Internet dorthin mitnehmen kann. Zum anderen kann das Internet unterwegs zur Orientierung im lokalen Raum genutzt werden (z.B. durch Navigationsdienste) oder man kann spontan Informationen nachschauen, die beim Einkaufen oder der Nutzung anderer lokaler Dienstleistungen nützlich sind („location based services“).

Im Folgenden werde ich mich in drei Schritten mit dieser Frage beschäftigen. Zunächst werde ich die Substitutionsthese in Bezug auf Effekte des „festen“ Internets betrachten. Welche Aktivitäten werden ins Internet verlagert, welche eher nicht? Hierbei stütze ich mich auf die Ergebnisse einschlägiger repräsentativer Studien zur Internetnutzung. Im zweiten Schritt werde ich die Effekte des mobilen Telefonierens auf alltäg-

6 Entwicklungsmöglichkeiten für Mobile Broadcasting: Projektbericht des europäischen Mobile Media Projekts MI FRIENDS, in: BLM Schriftenreihe Band 90, München 2009.

liche soziale Beziehungen unter Bezugnahme auf einschlägige so-zologische Studien skizzieren. Im dritten Schritt schließlich werde ich die Entwicklung mobiler Internetnutzung und deren Wirkung diskutieren.

2. Internet und lokaler Raum: vom virtuellen „Global Village“ zum realen Alltagsmedium

In der Anfangsphase des Internet gab es die Idee, reale Orte, Städte und Straßen im Internet zu errichten, gewissermaßen ein virtuelles Abbild im digitalen Raum zu schaffen. Beispiele hierfür waren die „digitalen Städte“, am bekanntesten die Digitale Stadt Amsterdam (DDS), die virtuelle Cafés, Straßen und Häuser der (online-) Bewohner sowie öffentliche als auch kommerzielle Angebote auf einer Online-Plattform präsentierte. Gleichzeitig allerdings ermöglichte sie den Bewohnern und Gästen auch den Zugang zum weltweiten Internet. Auch viele deutsche Städte bauten Online-Plattformen mit Informationen über die Stadt auf (z.B. Bremen.de). Idealerweise sollten daraus regionale Plattformen entstehen, die das gesamte Leben der Stadt im virtuellen Raum präsentieren. Ähnlich waren lokale und regionale „Marktplätze“ konzipiert. Solche „Abbilder“ realer Strukturen haben sich aber nicht auf Dauer etabliert. Heute konzentrieren sich die städtischen und regionalen Webseiten auf E-Governance. Die digitale Stadt Amsterdam wurde nach sieben Jahren aufgelöst, da ihr Angebot nicht mit dem kommerzieller Internetprovider konkurrieren konnte.⁷

Strukturen im Internet orientieren sich an Anwendungen und Inhalten und nicht an geographischen Räumen; Inhalte und Dienste sind global oder zumindest national; Entfernung spielt im Netz keine Rolle – bekanntlich schrumpft sie zu einem Mausklick. Auch für die Strukturierung der Inhalte wurde der Ortsbezug mit der Einführung von Suchmaschinen überflüssig. Lediglich der physische Zugang zum „festen“ Internet ist an den Ort gebunden. Er setzt eine kabelgebundene Infrastruktur voraus, die in der Anfangsphase nur rudimentär verfügbar war. Der Erfolg von Plattformen wie der Digitalen Stadt Amsterdam basierte daher auch vornehmlich auf ihrer Funktion als lokaler Internetprovider. Neben Universitäten hatten die Städte und (Bürgernetz-)Initiativen eine wichtige Funktion bei der Bereitstellung von erschwinglichen Internetzugängen. Heute ist der ortsgebundene Zugang vor allem ein Problem der Verfügbarkeit breitbandiger Zugangstechnologien in ländlichen Regionen.

Aus der Perspektive der NutzerInnen allerdings gewinnt der Ortsbezug von Informationen und Angeboten dadurch an Bedeutung, dass das Internet immer stärker zu einem Alltagsmedium geworden ist – und der Alltag der Nutzer findet im lokalen Raum statt. In 12 Jahren von 1997 bis 2009 ist der Anteil der Internetnutzer von 6,5 % auf 65 %

7 Vgl. P. van den Besselaar/D. Beckers, The Life and Death of the Great Amsterdam Digital City, in: P. van den Besselaar, Digital Cities, Heidelberg 2005, S. 66-96.

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
71	76	82	91	104	121	138	129	123	119	118	120	136

Tab. 1: Durchschnittliche tägliche Verweildauer bei der Onlinenutzung 2002 bis 2009 in Minuten; Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudien 1997-2009, www.ard-zdf-onlinestudie.de.

gestiegen, von den unter 30jährigen nutzen über 90 % das Internet.⁸ Nicht nur die Reichweite, sondern auch die Intensität der Internetnutzung zeigt, wie stark es in den Alltag eingebunden ist (vgl. Tab. 1):

Die dynamische Entwicklung und zunehmende Integration des Internets in den Alltag der Menschen basiert auf der Herausbildung von neuen Nutzungsformen. E-Mails haben sich als Kommunikationsmedium und das Web als Informationsmedium zur gezielten Informationssuche sowie zum Surfen – ein erst durch das Web mögliches Informationsmuster – etabliert. Auch Unterhaltung verlagert sich mit der kostengünstigen Verfügbarkeit breitbandiger Internetzugänge zunehmend ins Netz (Musik, Videos und zunehmend auch TV).

	2009	2007	2005	2003	2001	1999
Versenden/Empfangen von E-Mails	82	79	78	73	80	77
zielgerichtet bestimmte Angebote suchen	47	57	53	52	59	-
einfach so im Internet surfen	49	38	50	51	51	49
Homebanking	33	34	37	32	31	34
Gesprächsforen, Newsgroups, Chats	25	20	16	18	18	22
Online-Communities nutzen	27	9	-	-	-	-
Instant Messaging (ICQ, Skype, etc.)	30	30	-	-	-	-
Onlinespiele	17	10	11	11	11	19
Onlineauktionen	9	18	19	16	6	-
Online-Shopping	8	13	12	8	5	8
Download von Dateien	19	23	23	29*	34	40
Musik + Audiodateien	18	14	11	17	-	-
Video + TV	13	16	10	12	-	-

Tab. 2: Entwicklung der genutzten Onlineanwendungen 1999-2009 (mindestens einmal wöchentlich genutzt, Onlinenutzer ab 14 Jahre in Deutschland, in %); Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudien 1999-2009; www.ard-zdf-onlinestudie.de.

* Musik und Video werden ab 2003 getrennt erfragt.

8 ARD-ZDF Online-studie, Media Perspektiven 7/2009, S. 336.

Die Frage nach der Substitution lokaler Aktivitäten muss allerdings differenziert betrachtet werden. Generell gilt, dass die neuen Optionen neue Nutzungsmuster haben entstehen lassen, die überwiegend zusätzliche Aktivitäten im Netz ausgelöst haben. Daher stellen sie weniger eine Substitution als vielmehr eine Erweiterung und Ergänzung „realer“ Aktivitäten dar. Allerdings substituieren Homebanking und Online-Shopping durchaus lokale Dienstleistungen und Aktivitäten vor Ort. Schaut man sich den Nutzungsanteil der unterschiedlichen Online-Anwendungen an (vgl. Tab. 2), zeigt sich jedoch, dass Homebanking und Online-Shopping auf bestimmte Personengruppen bzw. Produkte konzentriert bleiben. Ein Drittel der Internetnutzer macht wöchentlich Online-Banking. Viele kaufen zwar immer mal wieder im Netz ein, jedoch weniger für den alltäglichen Bedarf als vielmehr für ausgewählte Produkte, die nicht wöchentlich benötigt werden. Insofern trifft der Substitutionseffekt den lokalen Handel je nach Produktspektrum unterschiedlich. Allerdings verstärken Online-Angebote die Konkurrenz für lokale Anbieter, denn sobald das lokale Angebot nicht attraktiv genug ist, weichen Kunden ins Netz aus.

Weit verbreitet sind die unterschiedlichen Formen der Gruppenkommunikation, sowohl im unmittelbaren Freundeskreis (Chats, Instant Messaging) als auch in größeren Online-Communities. Diese neuen Formen der Kommunikation zählen in den Altersgruppen bis 30 Jahren zu den wichtigsten Internetanwendungen. Fast 80 % der unter 20jährigen nutzen regelmäßig Online-Communities und Instant Messaging (vgl. Tab. 3). Ob solch intensive Online-Kommunikation auch dazu führt, dass man sich weniger mit Freunden in der Stadt trifft oder weniger den Kontakt zu Gleichgesinnten im lokalen Umfeld sucht, lässt sich schwer abschätzen, aber sicher nicht ausschließen.

	Gesamt	14-19 J.	20-29 J.	30-49 J.	ab 50 J.
Gesprächsforen, Newsgroups, Chats	25	76	47	13	7
Onlinecommunitys nutzen	27	78	56	12	8
Instant Messaging, Chat	30	80	65	15	10

Tab. 3: Genutzte Onlineanwendungen 2009 nach Altersgruppen (mindestens einmal wöchentlich genutzt, Onlinenutzer in %) ; Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudie 2009; www.ard-zdf-onlinestudie.de.

Ein zentraler Vorteil der Online-Angebote liegt darin, dass man sie als Alternative nutzen kann, wenn das lokale Angebot nicht verfügbar ist oder wenn man physisch nicht anwesend sein kann. Typisch ist, dass intensive Online-Kommunikation oft unter Freunden stattfindet, die sich auch physisch treffen. Ähnliche Verschränkungen zwischen alltäglichen, lokalen Aktivitäten und Internetnutzung entstehen beim Einkaufen, beim Besuch von Veranstaltungen und vielen anderen lokalen Angeboten. Oft informiert man sich vorab im Netz, um mit diesen Informationen gezielt einzukaufen oder ein lokales Angebot in Anspruch zu nehmen. Meine Vermutung ist, dass dies durchaus Effekte für die lokale Präsenz der Menschen und deren Aktivitäten in ihrem lokalen

Umfeld hat. Allerdings sind diese nicht leicht zu fassen und erst recht nicht zu quantifizieren. Allgemein könnte man vermuten, dass lokale Aktivitäten gezielter angegangen werden, Kunden besser informiert sind und Verabredungen leichter getroffen werden. Nicht die gesamte Aktivität – z.B. beim Einkaufen – wird ins Netz verlagert, aber Teile davon, etwa die Informationen über Produkte und Preise. Der Kaufakt selbst erfolgt im lokalen Geschäft. Ähnliches gilt für Verabredungen mit Freunden: Man diskutiert und entscheidet im Chat, was man wo gemeinsam tun will, um sich dann am Ort zu treffen. Damit erhält die zunehmende Einbindung des Internets in den Alltag der Menschen einen Bezug zum lokalen Raum, in dem ein wachsender Teil des Alltags medial organisiert und durch das alltägliche Handeln mit dem lokalen Umfeld verbunden wird. Entscheidend für die Bedeutung lokaler Räume ist weniger die Substitution lokaler Aktivitäten, als vielmehr die Möglichkeit ihrer Verknüpfung mit Aktivitäten im Internet.

Mit der massenhaften mobilen Nutzung des Internets könnte diese Art der Durchdringung des Alltags mit Internetanwendungen eine neue Stufe erreichen. Je höher der Grad der Durchdringung des Alltags, umso stärker wird „offline“ als Einschränkung gewohnter Alltagspraktiken erfahren. Mobiles Internet ist daher (unter den eingangs beschriebenen Bedingungen) attraktiv. Unklar ist, welche Effekte dies für lokale Aktivitäten haben wird. Als Anhaltspunkte für die Wirkung mobiler Kommunikationstechnologien werde ich im Folgenden zunächst Befunde soziologischer Studien zur Mobilkommunikation vorstellen.

3. Mobile Nutzung und lokaler Raum: Intensivierung alltäglicher sozialer Beziehungen

Mobile Kommunikationstechnologie entfesselt medial vermittelte Kommunikation von der Ortsbindung und erlaubt damit die (fast) jederzeitige Erreichbarkeit von Personen, gleichgültig an welchem Ort sie sich gerade aufhalten („anytime and anywhere“). Dies hat zur dynamischen Ausbreitung der Mobilkommunikation und zu überraschenden Nutzungsmerkmalen beim mobilen Telefonieren geführt.⁹ Im Vordergrund stehen nicht etwa Telefonate mit Fremden, sondern die intensive Kommunikation mit nahestehenden Personen, d.h. mit Personen, die im Alltag eine Bedeutung haben. Ein weiteres Merkmal mobiler Nutzungspraxen ist, dass man das Mobiltelefon (fast) immer bei sich trägt, um jederzeit erreichbar zu sein. Intensive (fast) jederzeit mögliche Kontakte per Handy bilden die Grundlage einer Kommunikationsform, die durch die zeitliche Nähe (Erreichbarkeit) eine medial vermittelte Form von Anwesenheit konstituiert. Es entsteht ein Gefühl von Nähe trotz räumlicher Distanz, da die betreffende Person per Handy zumindest akustisch in Reichweite ist oder mit anderen Worten: Sie

9 Vgl. H. Hanekop/V. Wittke, Die Entwicklung neuer Formen mobiler Kommunikation und Mediennutzung, in: S. Hagenhoff (Hrsg.), Internetökonomie in der Medienbranche, Universitätsverlag Göttingen, 2006, S. 109-137.

vermittelt über das Handy Anwesenheit. In der sozialwissenschaftlichen Forschungsliteratur wird diese mobile Kommunikationsform als „Perpetual Contact“¹⁰ bezeichnet. Burkart¹¹ beschreibt die soziale Konstruktion eines Kommunikationsraums, der vom physischen Raum abgekoppelt ist und dennoch oder gerade deswegen die Poren des Alltags durchdringen kann. Denn mobile Kommunikation verlängert – so die These – die Anwesenheit in primären sozialen Kontexten (Familie, Freunde, enge Kollegen) in solche Phasen des Alltags hinein, in denen man sich zwar an getrennten Orten aufhält, aber dennoch miteinander in Kontakt bleibt. Gergen¹² nutzt die Metapher „Absent Presence“, um eine Nutzungsform zu charakterisieren, bei der die Telefonierenden zwar lokal präsent sind, aber gleichzeitig medial vermittelt woanders sind: zum einen medial vermittelte Anwesenheit trotz physischer Abwesenheit, andererseits aber auch mentale Abwesenheit trotz physischer Anwesenheit. Letzteres charakterisiert die Beziehung des mobil Telefonierenden zur physischen Umgebung. Denn obwohl physisch anwesend, wird dem lokalen Umfeld wenig Beachtung geschenkt, z.B. beim Pendeln mit dem Bus oder beim Gang durch die Stadt. Man kennt diesen Effekt, wenn Menschen telefonierend durch die Städte gehen und nur begrenzt für lokale Kommunikation erreichbar sind. Höflich¹³ argumentiert, dass Fern-Anwesenheit zur Verdopplung des Ortes führt, an dem die Person anwesend ist. Dieser Effekt kann zum relativen Bedeutungsverlust des lokalen Raumes beitragen. Denn häufig ist der Ort der medialen Anwesenheit bzw. die Person subjektiv wichtiger als der physische Ort. Denn mobil kommuniziert man besonders häufig und intensiv mit sehr vertrauten, nahe stehenden Personen. Mobiles Telefonieren entzieht lokalen Aktivitäten partiell die Aufmerksamkeit, enthebt den Telefonierenden aus dem physischen Kontext, tritt als zweite (medial vermittelte) Realität neben die physische. Ebenso wie die Gesprächspartner sind auch die Inhalte der Mobilkommunikation meist höchst alltagsrelevant, z.B. die Koordination des gemeinsamen Alltags. Mobilkommunikation ist in den Alltag integriert und in vielfältige lokale Aktivitäten eingebettet. Insofern wirkt mobiles Telefonieren nicht substitutiv, sondern es ergänzt und erweitert Alltagshandeln im lokalen Umfeld. Wichtig ist die Verbindung beider Realitäten – eine Herausforderung, die für diese Nutzungsform bezeichnend ist.

Ein Problem der Vereinbarkeit lokaler und medial vermittelter Anwesenheit erwächst aus der Synchronität des Telefonierens. Nicht jede Situation bzw. sozialer Kontext erlaubt gleichzeitiges Telefonieren. Technische Hilfsmittel wie die Mailbox und die Aufzeichnung der (nicht beantworteten) Rufnummern dienen der Überbrückung. Kommunikationsformen, die per se asynchron sind, wie SMS oder E-Mail, erleichtern

10 J.E. Katz/M. Aakhus, *Perpetual Contact*, Cambridge University Press, 2002.

11 G. Burkart, *Mobile Kommunikation: Zur Kulturbedeutung des „Handy“*, in: *Soziale Welt: Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis* 2/2000, S. 209-231.

12 Vgl. K.J. Gergen, *The challenge of absent presence*, in: J. E. Katz/M. Aakhus (s. A 11), S. 227-241.

13 J.R. Höflich, *An mehreren Orten zugleich: Mobile Kommunikation und soziale Arrangements*, in: J.R. Höflich (Hrsg.), *Mobile Kommunikation*, Frankfurt am Main 2005.

zweifellos die Verbindung beider Realitäten. Mobile E-Mails sind ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Eine zweite Einschränkung kennzeichnet mobiles Telefonieren: man spricht i. d. R. mit einer Person. Will man spontan mit mehreren Personen „zusammen sein“, wird es kompliziert. Besser geeignet scheinen die im Internet verbreiteten Formen der Gruppenkommunikation und der Social Networks, wie etwa Chats, Schüler- und StudiVZ, Facebook oder MySpace. Das medial vermittelte Zusammensein mit Freunden und Gleichgesinnten entspricht einem starken Bedürfnis der Jugendlichen – bisher allerdings fesselt diese Kommunikationsform die Beteiligten mehr oder weniger ans Haus. Mediales Zusammensein mit vielen Freunden ist somit alternativ zum realen Treffen in der Stadt. Beide Einschränkungen können durch mobiles Internet aufgehoben werden.

4. Mobiles Internet und lokaler Raum

Mobiles Internet – das haben die weniger erfolgreichen Versuche in den ersten Jahren des Ausbaus der UMTS-Netze gezeigt – erfordert nicht nur leistungsfähige drahtlose Internetzugänge, sondern es bedarf auch einer gelungenen Kombination aus Verbreitungstechnologie, neuen Endgeräten, Anwendungen und Erweiterungen. Mit den bisher verbreiteten Handys war Navigation im Web kaum sinnvoll möglich. Zudem stellen mobile Nutzungssituationen höhere Anforderungen an die Navigations- und Auswahlfeatures der Dienste – man muss sie schnell und einfach bedienen können. Oft ist die Zeit knapp, es stören Umweltgeräusche die Konzentration und die Lichtverhältnisse sind ungünstig. Gleichzeitig war bisher das Angebot an neuen Anwendungen vergleichsweise begrenzt, da die abgeschotteten Innovations- und Geschäftsmodelle von Herstellern und Mobilfunk Providern es externen Entwicklern nahezu unmöglich machten, mit eigenen innovativen Anwendungen auf den Markt zu kommen. Dies aufzubrechen, bedurfte offenbar starker branchenfremder Unternehmen wie Apple und Google (mit seinem neuen Betriebssystem Android).

Der gegenwärtige Take-Off mobiler Internetnutzung basiert auf vier Faktoren: Erstens sind die UMTS-Netze 2009 zwar nicht überall, aber doch in 70 % der Fläche bzw. für 59 bis 81 % der Bevölkerung verfügbar. Im dritten Quartal 2009 nutzten mehr als 17 Mio. Teilnehmer regelmäßig UMTS-Dienste.¹⁴ Zweitens ist die Navigation im Web mit den Touchscreen basierten Smartphones, insbesondere mit dem hochsensitiv steuerbaren iPhone, sehr viel attraktiver geworden. Somit steht das komplette Spektrum des Web zur Verfügung – anders als bei der Einführung des speziellen mobilen Webdienstes WAP. Drittens sind die Systeme der neuen Smartphones offen für eine Vielzahl mobiler Applikationen, den sogenannten „Apps“ beim iPhone, die oft sehr spezielle Anwendungen bieten und auf den Bedarf des Nutzers zugeschnittene, unkomplizierte und

14 Bundesnetzagentur, Tätigkeitsbericht Telekommunikation 2009, Bonn 2009, S. 55.

schnell bedienbare Applikationen bereitstellen. Und viertens sind die Preise für mobile Internetnutzung erheblich gesunken, und günstige Flatrates begrenzen die Kosten bei intensiver Nutzung.

Gegenwärtig gibt es noch keine zuverlässigen Daten darüber, welche Nutzungsformen sich beim mobilen Internet herausbilden und welche Anwendungen besonders intensiv genutzt werden. Einige Annahmen lassen sich aufgrund der Erfahrungen mit der Nutzung des „festen“ Internets und der Mobilkommunikation allerdings treffen:

1. Mobiles Internet baut auf den Diensten und Inhalten des herkömmlichen Internets auf, sodass die Nutzer auf die gewohnten Inhalte auch dann zugreifen können, wenn sie nicht zu Hause sind. Dies schließt im Prinzip das gesamte Spektrum der Dienste und Themen ein.
2. Allerdings weisen erste Erfahrungen mit der mobilen Nutzung darauf hin, dass Kommunikationsdienste wie E-Mail, Chats, Skype und Social Networks (z.B. Facebook) stärker im Mittelpunkt stehen werden. Man kann annehmen, dass sich ähnlich wie beim mobilen Telefonieren die Kommunikation auf vertraute Personen und Gleichgesinnte konzentriert. Die neue Qualität der Kommunikation im mobilen Internet gegenüber dem mobilen Telefonieren ist die Möglichkeit, quasi jederzeit mit einer Gruppe von Freunden oder Bekannten medial vermittelt „zusammen zu sein“, jederzeit in Kontakt zu sein und sich denen mitteilen zu können, mit denen man sich verbunden fühlt. Die Personen sind über den Tagesverlauf an vielen verschiedenen Orten verteilt – dennoch ist man medial vermittelt ständig zusammen. Dieser Effekt des mobilen Internets ist mit dem „Perpetual Contact“ und der „Absent Presence“ beim mobilen Telefonieren vergleichbar.
3. Mobiles Internet wird noch enger in den Alltag integriert sein, da es tagesbegleitend immer dann zur Verfügung steht, wenn man es spontan benötigt. Es füllt die Poren des Alltags, z.B. wenn man beim Pendeln warten muss oder sich auch unterwegs auf dem Laufenden halten will, z.B. bei interessanten Ereignissen, Sportveranstaltungen etc. Die Möglichkeit, auch unterwegs die gewohnten Informations- und Unterhaltungsangebote nutzen zu können, ist insofern sogar förderlich für lokale Aktivitäten, da man beides miteinander vereinbaren kann (diesen Effekt haben wir in unseren Studien zum mobilen TV empirisch belegen können). Gleichzeitig zieht die mobile Internetnutzung natürlich auch einen Teil der Aufmerksamkeit auf sich – wiederum ein ähnlicher Effekt, der dem mobilen Telefonieren vergleichbar ist; allerdings hier mit der zusätzlichen Einschränkung, dass sich bei der mobilen Internetnutzung (wie auch beim mobilen TV) auch die visuelle Aufmerksamkeit auf das Medium statt auf die lokale Umgebung konzentriert. Man hört nicht nur, sondern schaut auch auf das Smartphone in der Hand. Den gleichen Effekt hat allerdings auch die morgendliche Zeitungslektüre in der U-Bahn oder das Lesen eines Buches im Café.
4. Breitbandige, mobile Internetanwendungen bieten Visualisierungsmöglichkeiten, die es ermöglichen, per Video miteinander zu kommunizieren (z.B. Skype). Darü-

ber hinaus können lokale Räume, Straßen und Gebäude durch Bilder oder Videos dargestellt werden. Im Unterschied zu den „digitalen Städten“ der Anfangsphase des Internets wirken diese jedoch nicht nur als „virtuelle“ Alternative zur physischen Präsenz, sondern als Ergänzung der realen physischen Anwesenheit in dieser Stadt und an dem medial abgebildeten Ort. Man kann sie als Unterstützung bei der Orientierung nutzen, etwa um ein Gebäude oder eine Straße zu erkennen; man kann dort Zusatzinformationen finden oder genaue Informationen über den Weg dorthin oder das Angebot eines Ladens, Restaurants oder einer öffentlichen Einrichtung. Die neue Qualität im Vergleich zum „festen“ Internet beruht auf der Kombination von ortsunabhängigem Internetzugang und verbesserten Visualisierungsmöglichkeiten. Das virtuelle Abbild der Stadt bekommt hier eine neue, hilfreiche Funktion, indem man es mitnimmt in die reale Stadt, um sich dort besser zurechtzufinden.

5. Die Kombination des mobilen Internets mit der Möglichkeit, den aktuellen Standort des Nutzers per GPS zu lokalisieren, eröffnet weitreichende neue Anwendungsmöglichkeiten. Sie verbinden die lokalen Aktivitäten der Nutzer mit Informationen und Services im Web. Grundlage hierfür sind Navigationsanwendungen mit Karten und Informationen über den lokalen Raum (z.B. Google Maps, tomtom u. v. a.). In erweiterter Form können dies auch virtuelle Stadtführer sein, in die man je nach Bedarf gezielt Standorte und Informationen ein- oder ausblenden kann, z.B. die nächsten Restaurants, Apotheken oder auch ein ganz bestimmter Laden. Für die Attraktivität solcher Services spricht die gegenwärtig besonders dynamische Ausbreitung von Navigationsanwendungen. Auch eigene Studien mit einem Prototypen eines Stadtführers für Göttingen haben bereits 2007 – trotz technischer Mängel – eine sehr positive Bewertung und hohe Nutzungsbereitschaft durch die Testpersonen ergeben. Besonders attraktiv ist hierbei aus Nutzerperspektive, dass man selbst bestimmen kann, welche Informationen man erhält, um diese auf die situativen, individuellen Bedürfnisse auszurichten.

Anhaltspunkte über besonders häufig genutzte Anwendungen lassen sich derzeit vor allem anhand häufig heruntergeladener „Apps“ für iPhones gewinnen. Viele dieser Applikationen bieten keine gänzlich neuen Inhalte oder Dienste, sondern sie vereinfachen den Zugriff auf bestimmte Webseiten, indem sie Abfragen automatisieren, kombinieren und ggf. mit einer einfacher zu bedienenden Oberfläche und Zusatzinformationen versehen. Sie wirken gewissermaßen wie ein komplexer Anstellknopf für Webseiten, die bestimmte Bedürfnisse bedienen. Sie sind für Nutzer besonders interessant, um häufig benötigte Alltagsroutinen zu vereinfachen und um sie ohne zeitraubende Navigationsprozesse schneller verfügbar zu haben – beispielsweise wenn bestimmte Informationen situativ zeitkritisch sind (Fahrpläne, Zugverspätungen etc.) oder die Zeitsequenz für die Nutzung kurz ist (z.B. bei einer kurzen Busfahrt) oder sie ständig aktualisierte Informationen bereitstellen. Auffällig ist die hohe Alltagsrelevanz der häufig heruntergeladenen

Applikationen, bei denen das Spektrum von Kochanleitungen bis zu Verkehrshinweisen reicht. Unter den besonders beliebten „Apps“ sind auffällig viele Navigations- und Orientierungstools, aber auch Online-Spiele und Medienangebote. Viele der großen Medien (TV und Zeitschriften) sind mittlerweile mit eigenen „Apps“ vertreten. Ähnliches gilt für Bahn, ÖPNV, Hotelbuchungs- und Reiseveranstalter. Noch wenig präsent sind allerdings nach meinem Eindruck Städte, Regionen und lokale Anbieter. Allerdings ist heute noch offen, wie gut all diese „Apps“ tatsächlich die Bedürfnisse der Anwender erfüllen. Welche sich dauerhaft durchsetzen, wird (wie im Internet üblich) erst durch die zukünftigen Nutzer entschieden.

6. Ausblick

Wie bereits bei der Ausbreitung von Internet und Mobilkommunikation ist die Integration der Nutzung in das Alltagshandeln auch für die gegenwärtig stattfindende Diffusion des mobilen Internets von entscheidender Bedeutung: Sie fördert enge soziale Beziehungen, bietet orts- und zeitunabhängige Unterstützung bei alltäglichen Aktivitäten und Zugriff auf gewohnte Informations- und Unterhaltungsmedien. Umgekehrt ist zu erwarten, dass die mobile Internetnutzung Alltagshandeln immer stärker durchdringen wird; Entscheidungen werden unmittelbar beeinflusst, gleichzeitig lenkt die Internetnutzung die Aufmerksamkeit partiell von der lokalen Umwelt ab. Die Nutzungsform wird weniger durch (ungezieltes) Surfen im Netz bestimmt sein – denn dieses ist zwar möglich, aber mit dem kleinen Display nicht wirklich komfortabel –, sondern vielmehr durch kleine, spezielle Applikationen, die zielgerichtet genutzt werden, um individuelle Interessen und Bedürfnisse orts- und zeitunabhängig zu verwirklichen. Sie erleichtern die alltagsrelevante Internetnutzung, und beeinflussen damit das Alltagshandeln.

Was bedeutet dies für lokale Akteure, Handel, Dienstleister und öffentliche Anbieter? Ganz allgemein kann man sagen, wird es für lokale Anbieter mit dem weiteren Bedeutungsgewinn alltäglicher Internetnutzung noch wichtiger werden, im Internet präsent zu sein. Auch wenn unmittelbare Substitutionseffekte des Internets begrenzt und auf bestimmte Produktgruppen konzentriert bleiben, ist das Internet für die Auswahl, den Vergleich und als Kanal für die Ansprache von Kunden unerlässlich. Einerseits ergeben sich aus der Verbreitung von Navigations- und Lokalisierungsanwendungen im mobilen Internet für lokale Anbieter neue Möglichkeiten, ihre Kunden auch unterwegs direkt anzusprechen, um sie dann in ihren Räumen und Geschäften zu bedienen. Die primäre Kundenschnittstelle ist in diesem Fall – anderes als beim Online-Shopping im Internet – die physische Ko-Präsenz der Kunden im Laden. Allerdings setzt auch die Nutzung von Navigations- und Lokalisierungsdiensten durch lokale Anbieter neue Formen der Kundenansprache voraus, die diese in die eigene Vermarktungsstrategie und in ihre Geschäftsmodelle integrieren müssen. Geschieht dies nicht, kann es sein, dass sie von potenziellen Kunden nicht gefunden werden, obwohl diese physisch ganz in der

Nähe sind, aber möglicherweise von der Navigationsanwendung zum Konkurrenten geleitet werden, der dort auf sein Angebot hinweist. Oft werden dies die großen Ketten mit zentralen Marketingabteilungen sein. Solche Navigations- und Lokalisierungsanwendungen werden von Webanbietern standardisiert entwickelt (Google u.a.), aber lokale Anbieter sollten sich frühzeitig darum bemühen, dass sie mit ihren Informationen und Angeboten integriert werden. Gleiches gilt sicherlich für Kommunen und kulturelle Einrichtungen. Dabei wird es nicht trivial sein, wirklich die Interessen potenzieller Nutzer zu treffen.

Die Verbreitung mobiler Internetnutzung hat gerade erst begonnen, wichtige Zielgruppen wie die Jugendlichen sind aufgrund der noch vergleichsweise hohen Kosten für das Smartphone erst in Ansätzen einbezogen. Falls es zu einer mit Internet und Mobilkommunikation vergleichbaren Ausbreitungsdynamik kommt, werden sich in der nächsten Zeit – wie bereits in den beiden anderen Fällen – im Verlauf der massenhaften Aneignung der neuen Möglichkeiten neue, spezifische Nutzungsformen herausbilden. Diese lassen sich bisher nur erahnen, für zuverlässige Prognosen ist es zu früh. Soviel allerdings lässt sich absehen: Mobile Internetnutzung wird den Alltag im Tagesverlauf begleiten und sich in seinen Poren und Nischen festsetzen, beispielsweise immer dann, wenn man gerade nicht wirklich beschäftigt ist, weil man warten muss oder unterwegs ist. Dabei steht das gesamte Spektrum der Inhalte und Dienste des Internets zur Verfügung. Es wäre unrealistisch anzunehmen, dass sich die mobile Internetnutzung auf wenige Anwendungen, z.B. Navigations- und Lokalisierungs- oder Kommunikationsdienste konzentrieren wird. Erstere werden bei der alltäglichen Routine weniger wichtig sein – schließlich kennt man sich dort aus. Und mediale Kommunikation ist in der Regel doch nur eine Ergänzung zum realen Zusammensein. Vermutlich wird es neue Nutzungsformen für Information und Unterhaltung geben. Dies deutet sich bereits beim Blick in den iTunes-Shop für das iPhone an. Mobiles Internet wird wohl nicht reales Alltagshandeln substituieren, aber indem es jederzeit präsent ist, kann es Aufmerksamkeit binden, d.h. die Menschen sind auch dann medial beschäftigt, wenn sie eigentlich nichts zu tun haben. Auch das kann folgenreich sein

Wandel in Friedrichshafen – von der Stadt des Zeppelins zur T-City

1. Einleitung

„T-City erinnert an den Pioniergeist des Zeppelins.“¹

Seit Anfang 2007 ist die Stadt Friedrichshafen am Bodensee T-City. Mit diesem Titel, den das große Telekommunikationsunternehmen Deutsche Telekom der Stadt verliehen hat, sind die Stadt und der Konzern eine spezielle Public Private Partnership für einen Zeitraum von fünf Jahren eingegangen. Die beiden Partner wollen der Öffentlichkeit gemeinsam zeigen, wie ein konzentrierter Einsatz der neuen IuK-Technologien die Lebensqualität der Bürger und die Standortbedingungen der Wirtschaft in einer Mittelstadt von fast 60.000 Einwohnern verbessern kann.

Mit unserem Beitrag wollen wir nun darstellen, wie sich dieses Projekt in die Stadt Friedrichshafen einpasst. Hierbei ist von Erkenntnisinteresse, auf welche stadt-spezifische Ausgangssituation das T-City-Projekt in Friedrichshafen trifft und wie sich diese für die Durchführung und den Verlauf des Projektes auswirkt. Dazu erscheint es uns notwendig, in einem ersten Schritt die Geschichte sowie die Struktur der Stadt und in einem zweiten Schritt das Projekt T-City genauer vorzustellen. Vor diesem Hintergrund wollen wir dann die Schwierigkeiten und Erfolge reflektieren, die es bisher bei der Umsetzung dieser Public Private Partnership in Friedrichshafen gegeben hat und die Frage beantworten, warum das Potenzial der Stadt für ein Projekt, in dem es um technologische und gesellschaftliche Innovation geht, nur schwer zu nutzen ist.

2. Die Entwicklung der Stadt Friedrichshafen zum Industrie- und Tourismusstandort

„Es ist vielleicht gerade diese Allianz von Idylle und Weltbeachtung, die den Charakter Friedrichshafens bis heute prägt: Hochtechnologie, Weltoffenheit und beschauliche Provinzialität am ‚Schwäbischen Meer‘ verschmelzen in dieser Stadt zum faszinierenden Amalgam der Modernität.“²

Die Stadt Friedrichshafen ist durch zwei besondere Stärken gekennzeichnet: einige große High-Tech-Industrieunternehmen und den florierenden Tourismus am Boden-

1 Aufschrift auf der T-City-Schauwand in Friedrichshafen am 13.01.2010.

2 P. Renz, Friedrichshafen, Eine deutsche Stadt am See, Tübingen 2008, S. 13.

see. Dies ist ein ungewöhnliches und einzigartiges Profil für eine deutsche Wachstumsstadt in einer prosperierenden Region. Mit dem einleitenden Zitat zu Beginn dieses Abschnittes möchten wir auf die besondere Beziehung verweisen, die sich aus den spezifischen ökonomischen Grundlagen und dem Charakter der Stadtgesellschaft für die Entwicklung von Friedrichshafen ergibt. Diese stadthistorische Pfadabhängigkeit aus technischem Wissen und Stadtgesellschaft prägt das Bild Friedrichshafens bis heute.

Friedrichshafen ist eine relativ junge Stadt, die nach ihrer Gründung 1811 durch die Zusammenlegung der Reichsstadt Buchhorn und des Ortes Hofen einen wirtschaftlichen Aufschwung durch verkehrstechnische Neuerungen in den Bereichen der Dampfschiffahrt und des Eisenbahnnetzes erfuhr. Gleichzeitig trug der Wandel Friedrichshafens zu einem beliebten Kurort bereits früh zur Prosperität der Stadt bei. Ende des 19. Jahrhunderts hielt hingegen erst relativ spät – ausgelöst durch den „Höhenflug“ des Zeppelins – die Industrialisierung Einzug in die Stadt und rief in der bis dato als kleinstädtisch geltenden, von Landwirtschaft und Kleinbetrieben dominierten Stadt einen wirtschaftlichen Strukturwandel hervor.³

2.1 Industriegeschichte bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Anfänge der Luftschiff-Industrie am Standort Friedrichshafen fielen Ende des 19. Jahrhunderts in eine Zeit, die von dem militärstrategischen und rüstungspolitischen Wettstreit der europäischen Großmächte und von einer steigenden weltwirtschaftlichen Verflechtung gekennzeichnet war. Die Grundstrukturen des Zeppelin-Konzerns wurden im Jahr 1908 zum einen durch die Bildung der gemeinnützigen Zeppelin-Stiftung, die das aus einer großen „Nationalspende“ von 1908 stammende monetäre Vermögen für den Zweck der Luftschiffahrt verwaltete, und zum anderen durch die Gründung der Zeppelin GmbH in Friedrichshafen gelegt.⁴ In den Folgejahren wurden weitere Tochterunternehmen unter der Dachgesellschaft der Stiftung aufgebaut. Dazu gehörten u. a. die Zahnradfabrik GmbH, die Maybach Motorenbau GmbH bzw. die Zeppelin Werke Lindau GmbH, was zu einer Diversifizierung des Unternehmens und einer Vergrößerung des Konzerns auf regionaler und überregionaler Ebene führte. Während des Ersten Weltkriegs erfuhr der Konzern aufgrund der wachsenden militärischen Bedeutung ein rasantes Wachstum.⁵

Die Stadtentwicklung Friedrichshafens wurde maßgeblich durch den Konzern geprägt. Bereits in den Anfangsjahren der Zeppelin-Stiftung und der ihr zugehörigen Unternehmen entwickelte sich eine enge Verbindung zwischen dem Konzern und der

3 Vgl. B. Rieger-Benkel, Das Brouillon von 1824 – ein wichtiges Dokument zur frühen Stadtgeschichte Friedrichshafens, in: J. Oellers (Hrsg.), Friedrichshafener Jahrbuch für Geschichte und Kultur, 2. Band, Aichhalden 2008, S. 8-39.

4 Vgl. J. Oellers, Von den unternehmerischen Anfängen bis zur Zeppelin-Stiftung 1898 bis 1919, in: *Stadt Friedrichshafen* (Hrsg.), Zeppelin 1908 bis 2008. Stiftung und Unternehmen, München 2008, S. 31-70.

5 Vgl. H. Trischler, Innovationskulturen im Deutschen Luftschiffbau: Zeppelin und Schütte im Vergleich, in: W. Meighörner (Hrsg.): Wissenschaftliches Jahrbuch 2002, Friedrichshafen 2002, S. 68-79.

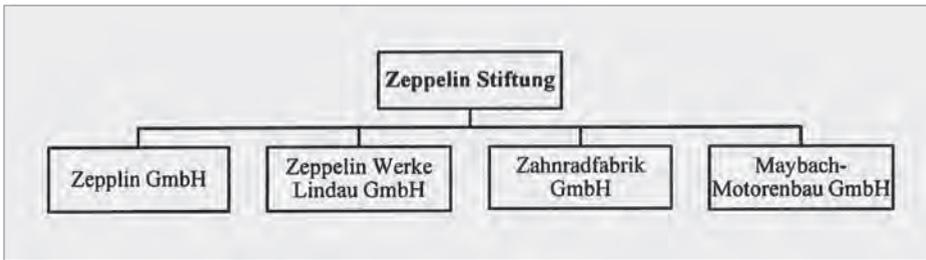


Abb. 1: Organigramm der Zeppelin-Stiftung und einiger Tochterunternehmen; eigene Darstellung nach *J. Oellers* (s. A 4), S. 31-70.

Stadt. So hat er städtische Bauvorhaben, wie beispielsweise das repräsentative Gebäude des Kurgartenhotels, unterstützt, sein Betriebsgelände ausgeweitet und eigene Arbeitersiedlungen für die zugewanderten Arbeitskräfte gebaut.⁶

Nach dem Ersten Weltkrieg mussten die Unternehmen des Zeppelin-Konzerns aufgrund der Restriktionen des Versailler Vertrags umgestaltet werden. Es wurden neue Produktionsfelder erschlossen, die von der Automobilindustrie bis zur Textilwirtschaft reichten. Die Konstruktion von Luftschiffen für den zivilen Luftverkehr wurde aber nicht aufgegeben. Sie erlebte in den 1920er und 1930er Jahren einen weltweit publikumswirksamen, wenn auch wirtschaftlich nicht erträglichen Höhepunkt. Nach der Hindenburg-Katastrophe 1937 wurde der Bau des Zeppelins eingestellt. Die Produktion verlagerte sich auf militärische Güter, wodurch die Stadt Friedrichshafen abermals zu einem wichtigen Standort der Rüstungsindustrie wurde. Dies hatte zur Folge, dass die Stadt während des Zweiten Weltkriegs fast vollständig durch Bombardements der Alliierten zerstört wurde.⁷

2.2 Die Entwicklung der Industrie seit dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Zeppelin-Stiftung ihren eigentlichen Zweck aufgrund des Luftfahrtverbotes durch die Alliierten nicht erfüllen. Nach Bestimmungen in der Stiftungssatzung gingen in diesem Fall die Stiftung und ihr Vermögen an die Stadtgemeinde Friedrichshafen. Die Stadt hatte somit einen großen Einfluss auf die Neugestaltung der Industrie in der Region gewonnen.⁸

Die aus der Zeppelin-Stiftung stammenden Unternehmen dominieren noch heute die Wirtschaftsstruktur Friedrichshafens und lassen sich folgendermaßen in aller Kürze beschreiben:

⁶ Vgl. *J. Oellers* (s. A 4), S. 31-70.

⁷ Vgl. *R. Köster*, Zwang zur Neuausrichtung des Konzerns: Zeppelin 1928 bis 1929, in: *Stadt Friedrichshafen* (s. A 4), S. 81-112; *B. Waibel*, Der Zeppelin-Konzern in der Prägung von Hugo Eckner 1929 bis 1940, in: *ebda.*, S. 129-169.

⁸ *H. Semmler*, Die Zeppelin-Stiftung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Stadt Friedrichshafen* (s. A 4), S. 249-296.

- ▷ Die ZF Friedrichshafen AG, die einstige Zahnrad Friedrichshafen AG des Zeppelin-Konzerns, hat sich zu einem führenden Unternehmen in den Bereichen der Antriebs- und Fahrwerktechnik sowie der Automobilzulieferung entwickelt. Sie agiert heute weltweit an 125 Standorten in 26 Ländern mit über 60.000 Mitarbeitern. Davon sind rund 7.000 in Friedrichshafen beschäftigt. Die Zeppelin-Stiftung ist mit einem Anteil von 99,99% Hauptaktionär dieses Unternehmens.
- ▷ Die aus der Maybach-Motorenbau GmbH entstandene MTU Friedrichshafen GmbH, die mittlerweile zur Tognum AG gehört, ist ein weltweit vernetztes Unternehmen, welches Antriebs- und Systemtechnik, vor allem große Dieselmotoren für Nutzfahrzeuge und industrielle Zwecke, herstellt. In Friedrichshafen gibt es rund 5.800 Beschäftigte in diesem Unternehmen.
- ▷ Die auf Luft- und Raumfahrzeugbau spezialisierte Dornier GmbH, ehemals Zeppelin Werk Lindau GmbH, wurde 1985 zunächst Teil des Konzerns Daimler-Benz und 1989 in die DaimlerChrysler Aerospace AG (Dasa) eingegliedert. Die Weiterentwicklung und Herstellung im Bereich der Satellitentechnik wurde 1995 in der Dornier Satellitensysteme GmbH zusammengeschlossen, welche im Jahr 2000 in den neu gegründeten europäischen Raumfahrtkonzern EADS Astrium integriert wurde. Am Standort Friedrichshafen sind verschiedene Unternehmensbereiche vertreten, die Produkte der Verteidigungstechnik und der Raumfahrt entwickeln und fertigen.⁹

Diese drei größten Unternehmensgruppen stellen in Friedrichshafen mehr als die Hälfte aller Beschäftigten.¹⁰

Friedrichshafen konnte nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls auf die Grundlagen des in der Stadt verankerten Tourismus aufbauen. Vor der Industrie und ihren Arbeitskräften kamen die Touristen nach Friedrichshafen. 1812 wurde Friedrichshafen königliche Sommerresidenz; für Hofstaat und Besucher wurden erste touristische Angebote geschaffen. Sie wurden ein Jahrhundert später erweitert, als Bau und Probeflüge des Zeppelins eine Attraktion waren und Besuchermassen anzogen.¹¹

Heute ist der Fremdenverkehr nach der Industrie das zweite wirtschaftliche Standbein der Stadt Friedrichshafen. Die Stadt zählt mehr als 600.000 Übernachtungen im Jahr, die Touristen generieren über 100 Mio. Euro Umsatz.¹² Damit sind sie die wich-

9 Vgl. F. Maier, Friedrichshafen Heimatbuch III. Stadtgeschichte(n) – Erinnerungen an Vorgestern und Gestern. Von der Nachkriegszeit bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Friedrichshafen 2004; Bewerbungsunterlagen der Stadt Friedrichshafen für das Projekt T-City.

10 17.030 Beschäftigte haben die drei genannten Unternehmen laut Webseite der Stadt (www.friedrichshafen.de/unsere-stadt/zahlen-daten-fakten; abgerufen am 11.12.2009). 2008 waren insgesamt 30.894 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Friedrichshafen zu verzeichnen (Stat. LA BW).

11 Vgl. P. Renz (s. A 2).

12 Vgl. Friedrichshafen Stadtmarketing GmbH, Friedrichshafen – Zahlen, Daten & Fakten, Friedrichshafen 2009; Stadtplanungsamt Friedrichshafen, Stadtentwicklungsplanung Friedrichshafen, Bd. 1: Grundlagen, Friedrichshafen 2002, S. 30 ff.

tigste Einnahmequelle für Hotels und Gastronomiebetriebe, den örtlichen Einzelhandel und anderes lokales Gewerbe sowie die Grundlage für zahlreiche Arbeitsplätze in diesen Branchen. Die ‚Erholungstouristen‘ prägen zwar das Bild und sind mit knapp zwei Drittel der Übernachtungen noch immer die größte Gruppe; sie werden aber zunehmend ergänzt durch ‚Messe-touristen‘ und ‚Tagungstouristen‘, eine Entwicklung, die die Stadtpolitik durch den Aufbau von Infrastrukturen wie Messe und Veranstaltungszentrum gefördert hat.¹³

2.3 Die Entwicklung der Sozialstruktur bzw. des gesellschaftlichen Umfeldes in Friedrichshafen

Bei der ersten Volkszählung nach dem Zweiten Weltkrieg (1950) lebten in der Stadt Friedrichshafen 25.000 Menschen. Heute sind es im Jahr 2008 knapp 59.000. Das rasante Einwohnerwachstum vollzog sich vor allem in den ersten 20 Jahren nach dem Krieg – bis 1970 hatte sich die Einwohnerzahl verdoppelt. Seitdem hat die Bevölkerung in Friedrichshafen „nur noch“ um knapp 15 % zugenommen. Nach einer längeren Stagnation zwischen 1970 und 1987 wächst die Bevölkerungszahl in Friedrichshafen wieder langsam, aber kontinuierlich (vgl. Tab. 1).

Jahr	Einwohner	davon Ausländer
1950*	25.045	
1970*	51.220	4.650
1987*	51.808	6.071
2008	58.848	7.809

Tab. 1:
Bevölkerungsentwicklung in Friedrichshafen nach dem Zweiten Weltkrieg;
* = Volkszählungsergebnis; Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Ursache für dieses Einwohnerwachstum in Friedrichshafen waren neben den Eingemeindungen kleiner Nachbargemeinden vor allem die Zuwanderungen von Arbeitskräften. Sie wurden von den schon bald nach Kriegsende wieder produzierenden Industriebetrieben angezogen. Ihr starkes Wachstum hat dazu geführt, dass sich die Zuwanderungen in den letzten 20 Jahren kontinuierlich und auf hohem Niveau fortsetzen. Ein großer und zunehmender Teil dieser Arbeitskräfte waren Ausländer, so dass heute fast jeder siebte Einwohner von Friedrichshafen dieser Personengruppe zuzuordnen ist.

Die Sozial- und Beschäftigtenstruktur der Stadt wird aufgrund der wirtschaftlichen Dominanz der großen High-Tech-Unternehmen aus den Wachstumsbranchen Fahrzeugbau und Luftfahrt durch das produzierende Gewerbe dominiert. Noch im Jahr 2007 war mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte im produzierenden Gewerbe beschäftigt

13 Vgl. Stadtplanungsamt Friedrichshafen (s. A 12).

(im Vergleich dazu 40 % im hochindustrialisierten Land Baden-Württemberg).¹⁴ Damit geht ein deutlich niedrigerer Anteil im Dienstleistungsbereich einher, insbesondere im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen. Kleine und mittlere Unternehmen sind relativ schwach vertreten. Auch die Gründungsdynamik ist im Bodenseekreis im Vergleich zur Wirtschafts- und Arbeitsplatzdynamik „moderat“.¹⁵

Das Qualifikations- und Bildungsniveau der Bewohner und Beschäftigten bietet ein widersprüchliches Bild.¹⁶ Es liegt im Bodenseekreis leicht unter dem vergleichbarer Städte und Regionen Deutschlands – der Anteil von Bewohnern mit mindestens Fachhochschulreife ist niedriger, der Anteil von Bewohnern mit Hauptschulabschluss höher. Andererseits weist der Bodenseekreis einen der höchsten Anteile hochqualifizierter sozialversicherungspflichtig Beschäftigter auf (mit (Fach-)Hochschulabschluss). Diese Indikatoren bestätigen das Bild eines Arbeitsmarktes, der durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in großen Unternehmen dominiert wird. Sie beschäftigen einerseits eine große Zahl von qualifizierten Facharbeitern, darunter auch viele Ausländer, und andererseits überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bzw. mit Dienstleistungstätigkeiten.

Die Friedrichshafener Gesellschaftsstruktur wird geprägt durch die Dominanz von großen Unternehmen, von Industrie und Facharbeitern, durch viele Zuwanderer und Neubürger. Es gibt in Friedrichshafen somit keine bürgerliche Elite und kaum Ansätze für ein intellektuelles Milieu. Daran hat die Gründung einer Privatuniversität, der Zepelin-Universität, vor einigen Jahren wenig geändert. Prägend ist zudem die hohe Zahl von Touristen und Ruheständlern in Friedrichshafen. Durch die über viele Jahre stabilen Altersruhesitz-Zuwanderungen liegt der Anteil älterer Menschen über dem vergleichbarer Städte und Regionen und der Anteil jüngerer Menschen leicht darunter.

2.4 Innovationskultur und Innovationsmilieu in Friedrichshafen

Der Innovationstätigkeit von Unternehmen wird für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes eine vorrangige Bedeutung und positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum einer Region zugeschrieben.¹⁷ Hierbei wird zumeist von der Überlegung ausgegangen, dass Innovationsprozesse vermehrt durch die Kooperation und Interaktion verschiedener Akteure bestimmt werden, die in ein bestimmtes Milieu – eine gemeinsame

14 Das ist ein bemerkenswert hoher Anteil, selbst wenn berücksichtigt wird, dass durch die großen Industrieunternehmen wahrscheinlich mehr Beschäftigte fehlklassifiziert sind als üblich, also dem produzierenden Bereich zugerechnet werden, obwohl sie in den Unternehmen Verwaltungs- oder Dienstleistungstätigkeiten ausüben.

15 Vgl. A. Huchler, Kreatives Zentrum trotz geographisch peripherer Lage? Ein inter-regionaler Vergleich des Strukturwandels deutscher Top-20-Regionen und Implikationen für den Bodenseekreis, in: S.A. Jansen/E. Schröter/N. Stehr (Hrsg.), Rationalität der Kreativität? Multidisziplinäre Beiträge zur Analyse der Produktion, Organisation und Bildung von Kreativität, Wiesbaden 2009, S. 93-120.

16 Vgl. ebda.

17 Vgl. H. Bathelt/J. Glückler, Wirtschaftsgeographie: ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive, Stuttgart 2003.

„Wirtschaftskultur“ – eingebettet sind. Solche Netzwerke basieren auf kulturell und historisch gewachsenen Normen, eingespielten Kooperationsformen und institutionellen Arrangements.¹⁸ Nach Trischler liegen in einzelnen Unternehmen persistente Innovationskulturen vor, die in der spezifischen Werthaltung von Unternehmenszielen und im Verständnis von Technik gründen und sich auf das jeweilige Umfeld auswirken.¹⁹

Industrielle Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gehen in den Friedrichshafener Betrieben auf althergebrachte Strukturen und Unternehmenskulturen zurück und haben in der Bodenseeregion zu einer Agglomeration des Bereichs Forschung und Entwicklung geführt.²⁰ Für die Innovationskultur der Zeppelin-Konzerne war schon in früherer Zeit eine Zentralisierung der Innovationstätigkeiten innerhalb der Region bei einer gleichzeitigen Differenzierung der voneinander unabhängigen Produktionsbereiche kennzeichnend.²¹

Die Bodenseeregion zeigt heute als einzige ländlich-altindustrielle Region in Deutschland eine hohe Anzahl an Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung auf. Die Unternehmen besitzen eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und konzentrieren innovationsstarke Kapazitäten in der Region.

Hinsichtlich der internen Organisation von Innovationstätigkeiten unterscheiden sich die Betriebe. Während die ZF-Friedrichshafen AG eine starke interne Zentralisierung der Innovationskräfte und -tätigkeiten am Standort Friedrichshafen betreibt, weisen die beiden früheren Unternehmen MTU Friedrichshafen AG und Dornier GmbH, die in die Organisationsstrukturen der multinationalen Großunternehmen Tognum AG bzw. EADS eingegliedert wurden, eine starke überregionale Abhängigkeit und Fremdsteuerung hinsichtlich der Personal- und Ressourcenentwicklung für Innovationsaktivitäten auf.²²

Das Innovationsmilieu in der Region ist durch eine starke vertikale Struktur innerhalb der Unternehmen und durch eine schwache Vernetzung der Unternehmen untereinander geprägt. In die Region getragenes Wissen, welches über die internationalen und überregionalen Standorte der Unternehmen generiert wird, wird überwiegend intern genutzt. Eine regionale Vernetzungsstruktur in Form von Innovationskooperationen ist nicht gegeben. Dieses ist zum einen mit den unterschiedlichen Technologiegebieten in den F+E-Bereichen²³ der einzelnen Unternehmen und zum anderen mit der geringen Anzahl der F+E-intensiven Großbetriebe in der Region zu erklären.²⁴

18 Vgl. D. Läßle, Stadt und Region in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 2/2001, S. 12-36.

19 Vgl. H. Trischler, Innovationskulturen im Deutschen Luftschiffbau: Zeppelin und Schütte im Vergleich, in: W. Meighörner (s. A 5), S. 68-79.

20 Vgl. J. Specht, Industrielle Forschung und Entwicklung: Standortstrategien und Standortvernetzung. Am Beispiel der Regionen Rhein-Main, Bodensee und Dresden, Münster 1999.

21 Vgl. H. Trischler (s. A 19), S. 68-79.

22 Vgl. J. Specht (s. A 20).

23 F+E (Abkürzung für Forschung und Entwicklung).

24 Vgl. J. Specht (s. A 20).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Friedrichshafen und die Bodenseeregion eine hohe Innovationskraft besitzen, die auf den alten industriellen Strukturen gründet. Gleichzeitig ist die Wachstumsdynamik der Region aber durch eine hohe Abhängigkeit von der überregionalen Steuerung im F+E-Bereich einzelner Unternehmen bestimmt. Das Innovationsmilieu ist durch eine schwache regionale Vernetzung der Innovationsaktivitäten gekennzeichnet.

3. Das Projekt T-City in Friedrichshafen – die Deutsche Telekom engagiert sich in der Stadt

Im Februar 2007 waren der damalige Friedrichshafener Oberbürgermeister Josef Büchelmeier und sein Mitarbeiter Andreas Roth zu Gast in der Konzernzentrale der Deutschen Telekom in Bonn. Vom Bodensee angereist warteten sie gespannt auf die Bekanntgabe des Siegers für einen Städtewettbewerb, den die Deutsche Telekom ein Jahr zuvor bundesweit ausgeschrieben hatte. Neun weitere Oberbürgermeister aus anderen deutschen Mittelstädten waren ebenfalls zu diesem Termin nach Bonn gekommen und machten sich jeweils mit ihren Projektverantwortlichen Hoffnungen, an diesem Tag als die T-City ausgezeichnet zu werden.

Bis dahin hatten in einer ersten Runde zunächst 52 deutsche Städte in der Größenordnung zwischen 25.000 und 100.000 Einwohner an dem Städtewettbewerb teilgenommen und ihre Bewerbungen geschrieben. Nach einer Vorauswahl waren es in einer zweiten Runde dann noch zehn Städte, die Ende 2006 eine unabhängige Jury überzeugen wollten, dass ihre Stadt für dieses große Vorhaben geeignet sei. Gefordert war von den Teilnehmern ein Konzept, in dem in einer abgestimmten gesamtstädtischen Strategie Einzelprojekte entwickelt werden sollten, um mit Breitbandtechnologie die Lebensqualität, die Standortqualität und die Vernetzung in einer deutschen Mittelstadt zu verbessern. Als Hauptgewinn versprach die Deutsche Telekom Investitionen von bis zu 35 Mio. Euro in den Ausbau der Infrastruktur für schnelle Festnetzanschlüsse (VDSL) und den Mobilfunkbereich (HSDPA) sowie bis zu 85 Mio. Euro an Personal- und Finanzmitteln für die weitere Entwicklung von Projekten, die die Vorteile der Nutzung von Breitbandtechnologie für eine einzelne Stadt zeigen sollten.

Wie auch die Mitbewerber hatte die Stadt Friedrichshafen ein Konzept vorgelegt, in dem mit Hilfe der neuen IuK-Technologien und darauf basierender Ideen und Projekte das alltägliche Leben erleichtert und die Lebens- und Standortqualität für die Bürger und Unternehmen gesteigert werden sollte. Das Konzept war in der ersten Runde weitgehend von einem einzelnen Mitarbeiter in der eigenen Stadtverwaltung entwickelt worden. In der zweiten Runde war die Stadt wie auch die anderen neun verbliebenen Mitbewerber gefordert, ihre Bewerbungen zu verbessern. Ein wichtiger Aspekt war damals in Friedrichshafen bereits die breitere Beteiligung der Bürgerschaft. Das Projekt war in der ersten Bewerbungsphase zu wenig in der Stadt bekannt.

Im Februar 2007 war der Jubel in Friedrichshafen zunächst groß, als der Vorstandsvorsitzende René Obermann den Briefumschlag öffnete und im Beisein der neun Mitbewerber verkündete, dass Friedrichshafen den Städtewettbewerb gewonnen hatte. Die Stadt Friedrichshafen hatte sich damit gegen die Städte Arnsberg, Coburg, Frankfurt an der Oder, Görlitz, Kaiserslautern, Kamp-Lintfort, Neuruppin, Osterholz-Scharmbeck und Schwäbisch Hall durchsetzen können, die auch die zweite Runde des Wettbewerbs erreichen konnten.

Nach der anfänglichen Freude und dem offiziellen Projektstart in Friedrichshafen im April 2007 folgte dann aber zunächst ein halbes Jahr, in dem die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Friedrichshafen und dem Konzern der Deutschen Telekom geklärt werden mussten. Es wurde ein Rahmenvertrag zwischen den beiden Partnern geschlossen, in dem für die Laufzeit von fünf Jahren die entsprechenden Grundlagen geregelt wurden. Dazu gehören beispielsweise der Aufbau eines eigenen Projektbüros vor Ort, der so genannten „Repräsentanz“, sowie die Einrichtung eines „Advisory Board“ als eine Art Aufsichtsrat mit hochrangigen Vertretern von Stadt und Konzern, in dem u. a. über die Auswahl der einzelnen Projekte entschieden wird.

Bis Ende 2009 wurden dann gemeinschaftlich in sechs Projektfeldern rund 40 verschiedene Projekte entwickelt, die „den Bürgern das Leben ein Stück weit einfacher, komfortabler und interessanter machen und für Unternehmen einen fruchtbaren Boden für Innovationen schaffen“²⁵ sollen. Sie berühren die Lebensbereiche „Lernen und Forschen“, „Mobilität und Verkehr“, „Tourismus und Kultur“, „Bürger und Staat“, „Wirtschaft und Arbeit“ sowie „Gesundheit und Betreuung“. Für die rund 40 Projekte seien an dieser Stelle exemplarisch drei Beispiele aus den Bereichen der Bildung, des Gesundheitswesens und der privaten Unternehmen genannt:

- ▷ Im Bereich der Bildung wird beispielsweise an einigen Schulen in Friedrichshafen eine internetbasierte Lernplattform eingerichtet, mit der die Lehrer und Schüler untereinander besser vernetzt werden sollen,
- ▷ im Bereich des Gesundheitswesens geht es beispielsweise bei einer virtuellen Tumorkonferenz darum, den Erfahrungsaustausch von Medizinern über die Therapiemöglichkeiten von Krebskranken im Netz zu organisieren und damit aufwändige Reisen zu reduzieren, und
- ▷ im Bereich der privaten Unternehmen soll das Projekt dDesk ein zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten ermöglichen, indem die Inhalte eines PC-Arbeitsplatzes zentral auf einem Server der Deutschen Telekom bereit gestellt werden und auf den von überall zugegriffen werden kann.

Ziel des Projektes war es von Anfang an, dass nicht nur die Stadtverwaltung und das Unternehmen der Deutschen Telekom die Partnerschaft bilden, sondern dass auch die

25 Vgl. www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/560962; abgerufen am 28.01.2010.

gesamte Stadtgesellschaft in Friedrichshafen an dem Projekt beteiligt sein soll. Dazu gehören vor allem die Bürger und Unternehmen in der Stadt, aber auch Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie beispielsweise die Schulen oder das städtische Krankenhaus. Wesentliche Impulse für die Entwicklung der Einzelprojekte gingen in den beiden letzten Jahren von den Mitarbeitern der T-City-Repräsentanz in Friedrichshafen sowie den verschiedenen Geschäftsbereichen der Deutschen Telekom aus. Hier werden die Ideen für die Projekte konkretisiert und unter Mitwirkung verschiedener lokaler Akteure in Friedrichshafen realisiert. Darüber hinaus finanziert die Deutsche Telekom ein Institute for Connected Cities an der privaten Zeppelin Universität in Friedrichshafen, an dem u. a. die Modernisierung von Stadt und Verwaltung wissenschaftlich thematisiert werden soll.

Schließlich gibt es zahlreiche Initiativen der Öffentlichkeitsarbeit, um das Projekt T-City in der Stadt Friedrichshafen bei den Bürgern bekannt zu machen, da den Verantwortlichen im Projekt bewusst war, dass T-City mit ihren technisch ausgerichteten Einzelprojekten zu wenig die Alltagswelt der Bewohner trifft. Zu diesen Initiativen gehören u. a. die so genannten „Botschafter“ und die „Zukünftler“. Bei den „Botschaftern“ handelt es sich um insgesamt 24 Bürger aus unterschiedlichen Berufen und Altersgruppen, die ehrenamtlich über das Projekt informieren. Damit soll das Projekt eine größere Bürgernähe erhalten. Bei den „Zukünftlern“ handelt es sich um neun Haushalte und einen Kindergarten aus der Stadt, die im Frühsommer 2009 nach einem Wettbewerb aus über 500 Teilnehmern ausgewählt wurden und die mit den neuen IuK-Technologien ausgestattet werden. Sie berichten über ihre Alltagserfahrungen mit den neuen Medien und können damit für den Einsatz dieser Techniken werben.

4. Probleme bei der Umsetzung des Projektes T-City

Die Kooperation zwischen der Stadt Friedrichshafen und der Deutschen Telekom hat die Bürgerinnen und Bürger der Stadt in den drei letzten Jahren nicht in dem Maße begeistert, wie es sich die für das Projekt T-City verantwortlichen Akteure erhofft hatten. In repräsentativen Befragungen und qualitativen Interviews mit ausgewählten Bürgern zeigt sich gegenüber dem Projekt eine Zurückhaltung.

Um genauer zu verstehen, warum das Projekt T-City in Friedrichshafen bisher auf eine nur geringe Resonanz in der Bevölkerung gestoßen ist, werden im Folgenden städtische und unternehmensbezogene Einflussfaktoren betrachtet, um im Anschluss deren Wirkungen auf den Erfolg der Public Private Partnership zu diskutieren.

4.1 Hoher Anspruch des Projektkonzeptes

Im Februar 2007 erklärte der Vorstandsvorsitzende René Obermann in seiner Rede zur Bekanntgabe des Siegers im Städtewettbewerb: „T-City ist für uns ein einzigartiges, innovatives Leuchtturmprojekt mit besonderer Tragweite, bei dem der Konzern Deut-

sche Telekom als Ganzes eine Kooperation mit einer ganzen Stadt eingeht. Wir machen T-City, um die Gemeinschaftsleistung eines innovationsfreundlichen, integrierten Telekommunikationskonzerns zu demonstrieren.“²⁶ Das Projekt solle, neben der Steigerung der Lebens- und Standortqualität,²⁷ auch

- ▷ eine „Zukunftswerkstatt für innovative, kundennahe und nutzenorientierte Produktentwicklungen und Dienstleistungen“²⁸ schaffen, und
- ▷ die „Entwicklung neuer marktfähiger Produkte“²⁹ ermöglichen.

Erfolge sind der Ausbau der Infrastruktur, der bereits im Jahr 2007 abgeschlossen wurde und zu einer hervorragenden Ausstattung der Stadt mit breitbandiger Netztechnik im Mobilfunk und im Festnetz geführt hat. Zahlreiche Partner aus Stadt und Telekom arbeiten in mehr als 30 Einzelprojekten zusammen. Für viele Bürger ist die Anwendung breitbandiger Technologien beispielsweise beim Fernsehen über das Internet (IP-TV) oder der mobilen Internetnutzung heute schon Normalität. Die Nutzung der breitbandig ausgebauten Netze gilt allerdings nur für die Kunden der Telekom. Sowohl im Mobilfunkbereich als auch im Bereich des IP-TV profitieren Kunden anderer Anbieter zurzeit nicht von der höheren Bandbreite oder Geschwindigkeit.

Zur Halbzeit des Projektes sind die ambitionierten Projektziele (noch) nicht erreicht. Die Bürger bringen sich kaum aktiv in das Projekt ein, zahlreichen Vertretern von Unternehmen ist nicht bekannt, dass sie selbst Projektvorschläge machen können, andere sind von der bisherigen Zusammenarbeit enttäuscht.³⁰ 83 % der Einwohner und 86 % der Unternehmensvertreter haben von dem Projekt T-City gehört, in qualitativen Interviews wird jedoch deutlich, dass bei vielen nicht viel mehr als der Name des Projektes bekannt ist.

Die Stadtgesellschaft als Ganzes ist in ihrer Veränderungsbereitschaft und Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Innovationen offensichtlich überschätzt worden. Ob die Stadt Friedrichshafen über weniger integrierte Kooperationsstrukturen ihrer verschiedenen Akteure verfügt als angenommen oder ob es sich generell um eine Fehleinschätzung der Leistungsfähigkeit von nicht-organisierten städtischen Akteuren handelt, kann ohne einen Vergleich zu anderen großen und komplexen Projekten nicht beantwortet werden.

26 Vgl. www.t-systems.de/...Friedrichshafen-TCity; abgerufen am 14.12.09.

27 Vgl. Pressemitteilung Deutsche Telekom: „Aufruf zum Wettstreit der Ideen“ vom 31.05.2006; www.t-vision.ch/dtag/cms/content/dt/de/19334; abgerufen am 14.12.09.

28 Vgl. ebda.

29 Vgl. ebda.

30 Die Ergebnisse der qualitativen Interviews zeigen, dass es kaum genaue Kenntnisse über das Projekt gibt. Typische Aussagen der Interviewpartner lauten etwa: „Das ist das mit dem schnellen Internet“ - „Das ist bestimmt gut für die Unternehmen – was ich damit soll, weiß ich nicht“ - „Die großen Unternehmen sind da bestimmt eingebunden. Wir nicht“ - „Einzelprojekte? Nein, da fällt mir jetzt keins ein“ (Zitate aus qualitativen Interviews mit Bürgern und Unternehmensvertretern).



Abb. 1:
Friedrichshafen,
T-City-Flugzeug
(Foto: Claus-C. Wiegandt).

4.2 Ausgangssituation und Einbettung des Projektes in Friedrichshafen

Die Stadt Friedrichshafen verfügt durch ihre prädestinierte Lage in der Nähe zu den Alpen und am Bodensee über besondere landschaftliche Qualitäten. Gerade der See wird immer wieder als ein positives Merkmal der Stadt genannt und bietet den Bürgern aller Altersklassen zum Segeln und Schwimmen oder auch nur zum Flanieren an seinem Ufer eine hohe Lebensqualität, deren Steigerung durch den Einsatz hochwertiger IuK-Technologien kein leichtes Unterfangen darstellt.

Neben der besonderen naturräumlichen Lage ist der Bodenseekreis, in dem die Stadt Friedrichshafen liegt, durch eine deutlich unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in Höhe von 5,4% geprägt.³¹ Der Druck, irgendetwas ökonomisch zu verändern, ist deshalb gering. Wie bereits dargestellt, ist der bisherige wirtschaftliche Erfolg Friedrichshafens auf die großen Unternehmen der Wachstumsbranchen Fahrzeugbau und Luftfahrt zurückzuführen. Erst im letzten Jahr zeigen sich erste Probleme in der Folge der Weltwirtschaftskrise.

Trotz der langjährigen wirtschaftlichen Prosperität der Region und ihrer positiven Auswirkung auf den städtischen Haushalt Friedrichshafens, ist der finanzielle Beitrag der Stadt zu dem Projekt eher zurückhaltend. Die Investitionen der Deutschen Telekom in Höhe von bis zu 120 Mio. Euro in einem Zeitraum von fünf Jahren sind für eine Stadt mit jährlich durchschnittlichen Haushaltseinnahmen in Höhe von rund 160 Mio. Euro im Jahr³² beachtlich. In der Bewerbung hatte die Stadt noch 16 Mio. Euro als „Eigenmittel der Partner aus Friedrichshafen“ in Aussicht gestellt, die die Projektmittel der Deutschen Telekom ergänzen sollten. Dieses starke Engagement der Stadt, das in der Bewerbung auch zahlreiche Partner aus Unternehmen und Organisationen bekundet hatten, ist inzwischen verhaltener. So zeigten sich Anfang 2009 einige Gemeinderäte von

31 Stat. Landesamt Baden-Württemberg und eigene Berechnungen für die Zeit zwischen 2000 und 2008.

32 Durchschnittliche Einnahmen 1999-2006: 163 Mio. Euro jährlich (Stat. LA BW).

dem prognostizierten städtischen Anteil an dem Projekt in Höhe von 7 bis 10 Mio. Euro für 2009 bis 2012 überrascht und schlugen die Konzentration auf wenige Einzelprojekte vor.³³ Dabei sind es weniger die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise, die auch an Friedrichshafen nicht spurlos vorbei gegangen ist, als vielmehr die mangelnden Informationen des damaligen Oberbürgermeisters gegenüber seinem Stadtrat über die zu erwartenden finanziellen Belastungen für T-City, die die heutige Zurückhaltung erklärt. Der neue Oberbürgermeister Andreas Brand betonte erst vor Kurzem, dass die Stadt mit einer jährlichen Belastung von einer viertel Million nur einen geringen Anteil zu der Finanzierung des Projektes beisteuere.³⁴

4.3 Projektmanagement und -organisation

Ebenso vielfältig wie die Ziele des Projektes T-City ist die Struktur des großen Konzerns der Deutschen Telekom. Zu Beginn von T-City standen den Projektpartnern in Friedrichshafen noch die vier Unternehmensbereiche T-Online, T-Com, T-Mobile und T-Systems gegenüber. Anfang Juli 2007 verschmolzen dann T-Com und T-Online zu T-Home. Im November 2009 beschlossen die Aktionäre auf einer außerordentlichen Hauptversammlung schließlich die Fusion von T-Home und T-Mobile,³⁵ die voraussichtlich in 2010 wirksam wird. Weder die bisherige Ausrichtung von T-Home und T-Mobile auf einen Endkunden-Massenmarkt noch die Ausrichtung von T-Systems auf Großkunden passen nahtlos zu dem Gedanken, dass der Konzern der Deutschen Telekom die Kooperation mit der gesamten Stadt(gesellschaft) und nicht nur mit der Verwaltung eingeht. Hier entspricht das Leitbild der „One Company“, das der Vorstandsvorsitzende Obermann immer wieder als Ziel formuliert,³⁶ noch nicht dem Alltag der Bürger.

Im Projektalltag von T-City ist der Strukturwandel des Konzerns bemerkbar, wenn für die Einzelprojekte unterschiedliche Geschäftsbereiche der Deutschen Telekom zuständig sind. Schwierigkeiten entstehen, wenn Verantwortlichkeiten in bestehenden Projektfeldern wechseln,³⁷ wie etwa im Fall von T-Systems, für die seit Jahren über einen (Teil-)Verkauf spekuliert wird.³⁸ Die hohe Fluktuation von Personal gilt aber nicht nur für die Einzelprojekte, sondern auch für das Gesamtprojekt. So ist seit Projektbeginn kaum eine Position mit der gleichen Person besetzt.³⁹

33 Vgl. Südkurier vom 20.1.2009: Projekte müssen für Bürger erkennbar sein.

34 Rede des OB Brand zur Einweihung der T-City Schauwand am 13.01.2010.

35 Vgl. www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/778814; abgerufen am 14.12.09.

36 Vgl. z.B. die Pressemitteilung der Telekom zur außerordentlichen Hauptversammlung am 19.11.2009; www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/778682; abgerufen am 14.12.09.

37 Derzeit ist z.B. die dritte Projektleiterin der T-Systems für Gesundheitsprojekte zuständig. Städtische Mitarbeiter beklagen sich, sie sollten „jetzt schon der dritten Mannschaft unsere Anforderungen für eine Software mitteilen“.

38 Vgl. zusammenfassend: www.heise.de/newsticker/meldung/Bericht-Bund-wird-Netzbetreiber-797845.html; abgerufen am 7. Oktober 2009.

39 So ist beispielsweise die Position des Teilprojektleiters Kommunikation bereits in der vierten Besetzung.

Diese hohe Fluktuation im personellen Bereich findet sich aber nicht nur bei der Telekom, sondern auch bei der Stadt. In 2009 haben die Bürger der Stadt zwei Jahre nach dem Start des Projektes einen neuen Oberbürgermeister und einen neuen Rat gewählt. Der neue Oberbürgermeister hat die Verträge der beiden Geschäftsführer der städtischen Projektgesellschaft für T-City nicht verlängert, sondern einen neuen Geschäftsführer bestellt, der sich neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit der Geschäftsführung der Stadtwerke (Technische Werke Friedrichshafen – TWF) nebenamtlich um das Projekt T-City kümmern soll. Nur zwei der sechs städtischen Projektfeldleiter, die die Themenfelder der Einzelprojekte steuern und koordinieren sollen, sind seit Beginn des Projektes dabei, die anderen haben z. T. mehrfach gewechselt.

In der Umsetzung des Projektes erschweren neben den Personalwechslern drei weitere Aspekte die Zusammenarbeit und die Durchführung des Projektes:

- ▷ eine unterschiedliche Projektorganisation auf Seiten von Telekom und Stadt,
- ▷ die Verortung wichtiger Leitungskräfte der Telekom in Bonn statt in Friedrichshafen und
- ▷ die Kommunikationsschwierigkeiten beider Seiten aufgrund von Kulturunterschieden.

Die Projektorganisationen auf Seiten der Stadt und der Telekom sind nicht deckungsgleich. Während die Stadt eine Projektgesellschaft gegründet hat, die ursprünglich mit zwei hauptamtlichen Geschäftsführern und zwei Assistentinnen ausgestattet war, gab es auf Seiten der Telekom einen Repräsentanten und fünf Mitarbeiter. Auf städtischer Seite wurde für jedes der sechs Projektfelder ein Projektfeldleiter benannt. Im Telekom-Konzern bestand kein Interesse, diese städtische Struktur auf Seiten der Telekom zu „kopieren“. Die telekominterne Organisationsstruktur in die Bereiche T-Systems, T-Mobile und T-Home (damals noch T-Com) sollte nicht durch eine zusätzliche Ebene verkompliziert werden. Stattdessen wurden für die drei strategischen Bereiche Koordinatoren definiert, die jeweils für einzelne Projekte die Verbindung in den Konzern herstellen sollten. In der internen Logik der beiden Organisationen macht diese Struktur Sinn, sie führt allerdings dazu, dass wechselseitig keine „natürlichen“ Ansprechpartner vorhanden sind und es – zumindest zu Beginn des Projektes – Zuordnungsschwierigkeiten zwischen verschiedenen Ebenen gab.

Der Repräsentant der Telekom vor Ort ermöglicht es, im Alltagsgeschäft zahlreiche Abstimmungen zwischen den Partnern unkompliziert zu erledigen. Wichtige (Budget-)Entscheidungen werden von der Telekom jedoch in Bonn getroffen. Die räumliche Entfernung zahlreicher Projektmitarbeiter von den Projekten in Friedrichshafen bringt – trotz häufiger Aufenthalte vor Ort und zahlreicher Telefon- und Videokonferenzen – Abstimmungsschwierigkeiten mit sich.

Die Kommunikation der beiden Partner verlief im bisherigen Prozess nicht immer optimal. Die jeweiligen Erfahrungen mit der eigenen Organisationsstruktur wurden

implizit auf den anderen Partner übertragen und Abweichungen vom so erwarteten Verhalten waren irritierend. Auch heute, drei Jahre nach Projektbeginn, besteht für die Akteure beider Partner noch ein großes Potenzial darin, die jeweilige andere Struktur und Kultur mit ihren Zielen und Zwängen nachvollziehen zu können. Erfreulicherweise zeigt das Personal der Stadt und der Telekom vor Ort in Friedrichshafen eine große Bereitschaft, diese Differenzen zu überwinden und eine gemeinsame Projektkultur zu entwickeln.

5. Unterschiedliche Anforderungen an Innovation

Vor dem Hintergrund einer historisch gewachsenen, innovationsstarken Stadt wie Friedrichshafen könnte angenommen werden, die hohen Ansprüche der Deutschen Telekom an das Projekt T-City, gemeinsam mit der gesamten Stadtgesellschaft in Friedrichshafen innovative Projekte zu entwickeln und durchzuführen, seien ein leicht zu erfüllendes Ziel. Der Konzern hat bei der Auswahl Friedrichshafens für den Erfolg des Projektes durchaus auch auf die traditionell enge Verbindung von Hochtechnologie und Stadtgesellschaft innerhalb einer wirtschaftlich prosperierenden Region gesetzt – eine Argumentation, die stark an den Topos der „kreativen, innovativen Stadt“⁴⁰ erinnert, in der die Talente und die Kreativität der Bürger sowie der Akteure in Wirtschaft und Stadt gemeinsam Ideen generieren und umsetzen.

Ein kreatives und innovatives Milieu in diesem Sinne beruht vornehmlich auf urbanen Qualitäten. Ideen entstehen in der „kreativen Stadt“ durch Begegnungen mit dem Fremden und Unbekannten und durch spontane, nicht planbare Interaktionen verschiedener sozialer Gruppen. Für ein solches innovatives Milieu sind Verdichtung und Mischung Grundvoraussetzungen, damit Kommunikation und Kontakte überhaupt möglich werden. Kennzeichnend für solche kreativen Städte ist eine Diversität in der Bevölkerungsstruktur, eine Offenheit und Toleranz gegenüber dem Anderen, dem Fremden.⁴¹ Zudem stellen Florida und Gates⁴² in diesem Zusammenhang eine wenn auch nicht notwendige Beziehung zwischen der Konzentration von Hochtechnologie und wirtschaftlichem Wachstum in Regionen und Städten fest.

Friedrichshafen besitzt ein innovatives Milieu, welches sich in den Unternehmens- und Innovationskulturen der aus dem Zeppelin-Konzern stammenden Betriebe begründet (vgl. Abschnitt 2.3). Auf den ersten Blick scheint die Voraussetzung für ein kreatives, innovatives Milieu, welches durch die Verbindung der Hochtechnologie, Innovationsstärke und der Stadtgesellschaft gezeichnet ist, gegeben. Auf den zweiten Blick aller-

40 Vgl. R. Florida, *The Rise of The Creative Class*, New York 2001; C. Landry, *The Creative City. A Toolkit For Urban Innovators*, London 2006.

41 Vgl. ebda.

42 Vgl. R. Florida/G. Gates, *Technology and Tolerance: The Importance of Diversity to High-Technology Growth*, in: *Survey Series 6/2001*, S. 1-12.

dings stellt sich die Frage, inwieweit die für ein innovativ-kreatives Milieu nach Laundry oder Florida kennzeichnenden urbanen Qualitäten in Friedrichshafen vorliegen.

In Friedrichshafen lässt sich eine historisch entstandene Verknüpfung zwischen der Stadt und den Unternehmen aufzeigen, die sich vornehmlich durch Gestaltungsmaßnahmen und Aktivitäten zur Steigerung des Gemeinwohls in Friedrichshafen ausdrückt (vgl. Abschnitt 2). Während Stadt und Industrie in diesen Bereichen stark verzweigt sind, ist das von den Hochtechnologie-Unternehmen ausgehende Innovationsmilieu wenig in der Stadtgesellschaft verankert. Die Innovationsaktivitäten spannen sich innerhalb der einzelnen Betriebe und ihren darüber liegenden überregionalen und weltweiten Netzwerken auf, wodurch wissenschaftlich-technische Innovationen gefördert, aber unabhängig von städtischen Qualitäten geschaffen werden.

Im Falle Friedrichshafens ist deshalb kaum von einem kreativen Innovationsmilieu zu sprechen, das in urbanen Qualitäten und einer damit verbundenen Vielfältigkeit und Offenheit gegenüber dem Fremden in der Stadtgesellschaft wurzelt. Als ein Beispiel sei hier die bisher kaum erfolgte Integration der 2003 gegründeten Zeppelin-Universität in die Stadtgesellschaft zu nennen, die trotz vielfältiger Bemühungen seitens der Wissenschaftseinrichtung, die Bürger Friedrichshafens einzubinden, immer noch auf Ablehnung und Misstrauen in der Bevölkerung stößt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Stadtgesellschaft Friedrichshafens nicht die Fähigkeit abgesprochen wird, in der Kooperation mit der Deutschen Telekom Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Hervorgehoben werden soll aber der Gedanke, dass die Durchführung des T-City Projektes nicht selbstverständlich auf das Vorhandensein eines kreativ-innovativen und technik-affinen Milieus in der Stadtgesellschaft bauen kann, sondern dass die Stadtgesellschaft in ihrer Fähigkeit, Ideen hervorzubringen, stärker als bisher angeleitet werden muss und ihr Plattformen zur Herstellung und Verbreitung dieser Ideen geboten werden müssen. Für die Stadt Friedrichshafen und die Deutsche Telekom liegt hierin sowohl die besondere Chance als auch die Herausforderung des T-City Projektes.

Mediale Infrastrukturen

1. Schlaglichter auf die Medienkulturgeschichte

Die verschiedenen Lebensweisen und Siedlungsformen, Milieus und Kulturen der Menschen unterscheiden sich bekanntermaßen in vielerlei Hinsicht. Dass dies auch für ihre jeweils spezifische *Kommunikationsdichte* gilt, ist ein bisher wenig beachteter Aspekt. So ist das kommunikative Verhalten sesshafter oder nomadischer Menschen bzw. von Menschen, die auf dem Lande oder in der Stadt leben, offensichtlich schon nach der bloßen Häufigkeit kommunikativer Kontakte unterschiedlich, wie eine genauere Analyse insbesondere mit Blick auf die kommunikativ-medialen Prägungen ruraler, im Gegensatz zu urbanen Umwelten (man denke z.B. an Plakatwerbung, Leuchtreklame, Ladenschilder, Verkehrszeichen usw.) zeigen könnte. Folgt man aber einmal den gängigen Klischees über Agilität und Innovationsfreudigkeit der Städter im Vergleich etwa zur Bedächtigkeit und zum traditionellen Verhalten der Landbevölkerung, kommt eine weitere, ganz andere, nämlich qualitative Differenz in den Blick: ein Unterschied im *Kommunikationsklima*. Und um im Bilde zu bleiben: Urbane Umwelten repräsentieren ein kommunikatives Reizklima.

Dabei spielt die Stadt weniger als urbane Kulisse, als künstliches, von Menschenhand geschaffenes Gebilde aus Wegen und Gebäuden eine Rolle. Dass sie biologische und ökonomische Vorteile (z.B. Schutz, bessere Reproduktionschancen, Komfort, günstige Marktbedingungen) bietet, mag eines der anthropogenen Motive ihrer Entstehung sein. Für das urbane Reizklima kommt es aber vielmehr auf das *Potenzial kommunikativer Gelegenheiten, Möglichkeiten und Anforderungen* an, die sich in erster Linie aus der Gesellschaft vieler anderer Menschen und deren Kommunikationsofferten und den damit verbundenen wechselseitigen kognitiven und sozialen Adaptationen ergeben. Tatsächlich ist eine *große Zahl kommunikativer Kontakte* mit immer wieder *wechselnden Kommunikationspartnern* eine wichtige Bedingung dafür, dass jeder Einzelne seine kommunikativen Kompetenzen – und damit sehr eng verbunden auch seine intellektuellen Potenziale – möglichst weit entwickeln bzw. ausschöpfen kann. Das urbane kommunikative Reizklima ist deshalb auch für die Entwicklung der Medien entscheidend, einerseits für ihre *Ausdifferenzierung*, ihre Vielfalt und ihren Funktionenreichtum und andererseits für ihre *Konventionalisierung* und Standardisierung (z.B. in Gestalt von Amtssprachen, Kunstgattungen, Genres und religiösen, journalistischen oder

juristischen Textformaten). Dementsprechend ist die Bedeutung der Urbanität – gewissermaßen als Inkubator und Katalysator – für die Entwicklung von Kunst, Literatur, Musik und Wissenschaft kaum zu überschätzen. Die katalytische Leistung des urbanen kommunikativen Reizklimas besteht genau genommen darin, dass es die Intensität des kommunikativen Verkehrs steigert, Anforderungen an die Qualität und Leistung von Kommunikation fallweise stark variiert und dadurch die Entstehung von funktional ausdifferenzierten Kommunikationsmitteln und deren Standardisierung (z.B. Fachsprachen) fördert. Mit anderen Worten: Das urbane Reizklima beschleunigt und variiert die Entstehung und Entwicklung *medialer Infrastrukturen*, also solcher konventionalisierter Kommunikationsmittel und -wege, solcher kommunikativen und rezeptiven Verhaltensweisen und Instrumente, mit denen die Mitglieder der (städtischen) Gesellschaft ihren Kommunikationsbedarf und ihre kommunikativen Interessen erfolgreich befriedigen können. Klarerweise entstehen mediale Infrastrukturen in jedem kulturellen, gesellschaftlichen, soziokognitiven Raum, aber – wie bereits gesagt – abhängig von kommunikativen Anforderungen und allen weiteren Rahmenbedingungen in jeweils spezifischer Ausprägung.

Selbstverständlich hat diese Argumentation auch eine historische Dimension. Denn im Informationszeitalter¹ und in der Informationsgesellschaft² haben sich die kommunikativ-medialen Verhältnisse deutlich und nachhaltig verändert, z.B. durch die Ausdehnung von Kommunikationsräumen bis zur *Globalität*, durch die Beschleunigung von Signalübertragungsprozessen bis zur *Instantaneität*, durch die digitale Codierung und die Erweiterung von Bandbreiten bis zur *Beliebigkeit von Content*, und nicht zuletzt durch die industrielle Herstellung und massenhafte Verbreitung immer billigerer elektronischer Geräte bis zur *Ubiquität*.

Die Folgen dieses jüngsten, durch Digitalisierung und Informatisierung getriebenen Mediatisierungsschubes³ treten zunächst entlang der Bahnen auf, die frühere Medienentwicklungen von den Schriftsystemen der Antike über den Buchdruck bis hin zu Telefon und Fernsehen im 19. und 20. Jahrhundert bereits geebnet haben. Sie gehorchen zunächst einer Logik des „Mehr-von-Demselben“: größere Reichweite, schnellere Übertragung, größere Präsenz, mehr Konvergenz, mehr Multimedialität, mehr Mobilität. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, wie sie beispielhaft seit der Bildungs- und Leserevolution im 18. Jahrhundert vorgezeichnet ist: nämlich die *zunehmende mediale Integration der Gesellschaft* weit jenseits der klassischen kulturellen Grenzen zwischen

1 Vgl. M. Castells, *The rise of the network society*, Oxford 1998 und M. Castells, *The Information Age: Economy, Society and Culture*, Oxford 1996.

2 Vgl. M. Bagemann, *Information Infrastructure*, aus: www.ispo.ccc.be/infosoc/promo/speech/geneva.html (08.10.1997), *Speech at Telecom Inter@ctive '97*, Geneva; A. Gore, *Building the Information Super Highway*, aus: www.robson.org/gary/captioning/gorespeech.html (13.12.2001), *Speech by the Vice President of the USA*.

3 Zum Begriff der Mediatisierung vgl. F. Krotz, *Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*, Opladen 2007.

Stadt und Land. Schon die modernen Massenmedien, wie die Zeitung, das Radio und vor allem das Fernsehen, haben die Signifikanz der Stadt-Land-Differenzen immer mehr schwinden lassen. Heute subventioniert die Europäische Union die Einrichtung breitbandiger, schneller Internetverbindungen in ländlichen Regionen. Und schon verlegen z.B. Börsenmakler, Finanzdienstleister, Werbeagenturen, Verlage und e-Commerce-Unternehmen ihre Standorte aus den Städten heraus in landschaftlich höchst angenehme, familienfreundliche und mit Blick auf die informationelle Infrastruktur bestens versorgte ländliche Regionen. Schon sind virtuelle Unternehmen als neuer Organisationstyp etabliert und neue Formen kollaborativer Zusammenarbeit per e-Mail, Filesharing und Video-Conferencing im Internet nehmen einen festen Platz in der Unternehmenskommunikation ein. IuK-Technologien machen *zunehmend standortunabhängig*.

Vor allem gilt dies für jenen neuen Typ des Arbeits-Nomaden, der nicht mehr der Arbeit nachreist, sondern seine Arbeit dank mobiler Medien (Mobilfunk, Mobiles Internet) gleich unterwegs erledigt. Die alten ökonomischen Vorteile *räumlicher Nähe* zu den Märkten spielen für Informations-Dienstleister gleich welcher Couleur schon heute praktisch keine Rolle mehr. Entscheidend bleibt jedoch die *informationelle Nähe* zu Partnern und Kunden. Sie wird durch neue IuK-Technologien sowie Web 2.0-Tools trotz räumlicher Distanz nicht nur gesichert, sondern sogar noch gesteigert: Jeder ist – im Prinzip – jederzeit erreichbar. Eine e-Mail wird – so verlangt es die Netiquette – unverzüglich beantwortet. Informationen von Text über Grafik bis zum bewegten Bild können in allen möglichen Datenformaten ausgetauscht werden. Jeder kann sehr viel über jeden anderen wissen, wenn die im Internet (in Community-Portalen) verfügbaren und freiwillig angebotenen Informationen genutzt werden. Im Zeitalter der IuK-Technologien fallen räumliche und informationelle Nähe auseinander. Wenn diese Diskrepanz spürbar wird, kommt – gewissermaßen als Rückfallebene für Authentifizierung, Verständigungssicherung und Beglaubigung sozialer Beziehungen (z.B. bei Vertragsschlüssen) – die Face-to-face-Kommunikation zu ihrem Recht. Allerdings geschieht dies nicht, um die neuesten IuK-Technologien letztlich doch als mangelhaft herauszustellen. Vielmehr zeigt sich darin eine unter den Bedingungen der neuen IuK-Technologien weiter spezialisierte kommunikative Praxis, in der die Face-to-Face-Kommunikation wegen ihrer psychosozialen Funktionen (Herstellung von menschlicher Nähe, Bindung, personaler Zurechenbarkeit und Verantwortlichkeit) als strategisches Instrument (bis auf Weiteres) unverzichtbar erscheint.

Die alte Stadt (sic) mit ihrem kommunikativ-intellektuellen Reizklima hat in den Massenmedien und erst recht mit dem Internet ernsthafte Konkurrenz bekommen. Der seit Jahren zu beobachtende Niedergang der Theaterkultur und der Zeitungen zusammen mit dem inzwischen – wenn auch mit erheblicher Verzögerung – eingetretenen Boom des e-Commerce darf dafür getrost als Beleg genommen werden.

Besondere Beachtung verdienen an dieser Stelle auch jene neuen Medienprodukte und -dienste, die als *Location Based Services*, *Geo-Spatial Technology* oder als *Neo-*

geography ganz explizit Rauminformationen und Raumbezüge herstellen, mit Hilfe von Software verarbeiten, im Internet präsentieren und Georeferenz als Nutzwert höchst variantenreich für private und professionelle Verwendungen verfügbar machen. Hersteller und Betreiber, von den Telekommunikations Providern, Softwarehäusern wie ESRI oder MapInfo über Car-Navigation-Anbieter bis hin zu Google (Maps, Earth View, Street View usw.) und zahlreichen Web 2.0 Internetportalen, erschließen Geo- und Rauminformationen, die durch Satellitenfotographie, das amerikanische Global Positioning System (GPS) und deren Vernetzung mit allen möglichen anderen Informationsquellen im Internet gestützt werden. Diese Produkte und Dienste erfinden zwar den Begriff der Geo-Medien nicht völlig neu. Schließlich gibt es Land- und Seekarten, Gestirnatlanten, Reiseliteratur und Landschaftsmalerei, Städteführer und Filmberichte über Länder und Leute teilweise schon seit Jahrhunderten. Dennoch bieten die *neuen Geo-Medien* georeferentialisierte Informationen in einer bisher nicht gekannten Fülle, Qualität und Intensität an, die geeignet erscheinen, das Raumgefühl, das Raumbewusstsein und letztlich die Raumbegriffe der Nutzer nachhaltig zu verändern.

- ▷ „Entfernungen verlieren an Bedeutung. Es kommt zu einer scheinbaren Komprimierung des Raumes.
- ▷ Nahe Orte erscheinen häufig weiter entfernt als fern gelegene. Es kommt zu einer Torsion des Raumes.“⁴

In diesem Sinne bricht die digital getriebene Mediatisierung unserer Tage mit der Logik des „Mehr-von-Demselben“. Anders, und zwar radikal anders als die klassischen Massenmedien bieten die neuen IuK-Technologien ihren Nutzern auch gleichwertige Rückkanäle an. Mediennutzer sind nicht länger auf die Rolle von Rezipienten, Konsumenten oder die sonstigen Varianten des Zaungäste-Daseins festgelegt. Mediennutzer – Produzenten und Rezipienten – können im telekommunikativ aufgerüsteten Internet im vollen Wortsinn miteinander kommunizieren. Auch können sie nicht nur an etwas Vorgefertigtem partizipieren, sondern sie können selber Produzenten und Anbieter von Medien werden, wie es z.B. YOUTUBE eindrucksvoll demonstriert. Wiederum radikal anders als die klassischen Massenmedien gestatten Web 2.0-Services im Netz ihren Nutzern die freie Konfiguration der Dienste, die sie in Anspruch nehmen möchten (z.B. Feeds, Pipes). Bertolt Brechts Idee eines demokratisierten Radios wirft bestenfalls einen schmalen Schatten auf diese Welt von Nutzer-Generierten-Inhalten und aus atomisierten Content-Splittern frei arrangierbaren Misch-Medien (Mash-Up-Media) mit ihren letztlich und praktisch unbegrenzten Personalisierungs- und Angebotsoptionen. Wie lautet noch der Claim von YOUTUBE? „*Broadcast yourself*“! Keine Stadt der Welt kann eine solche Kommunikationsdichte, ein solch kommunikatives Reizklima bieten. Die

4 H. Floeting/B. Oertel, „Neue Medien“ und Stadtentwicklung – Virtualisierung und Entstehung neuer Raummuster in der Stadt, Berlin 2002, S. 9.

„Weltstadt“⁵ entsteht im Internet, paradoxerweise jedoch als eine Art informationeller Dschungel, dessen wachsendes Risikopotenzial (z. B. mit Blick auf Persönlichkeits-, Urheber- oder Produktrechte, auch für die politische Verfassung unserer Gesellschaften) die von Gore und Bangemann beschworenen Vorteile (z. B. für die Entwicklung kollektiver Intelligenz, kollektiven Wissens, neuer Märkte und innovativer Produkte) aufzuzehren droht.⁶

2. Kommunikation und Medien

Für die Geschichte der Kommunikation und der Medien können einige systematische Bedingungen genannt werden, die für eine Erklärung der beobachteten Entwicklungen hilfreich erscheinen. An dieser Stelle sollen nur die zwei wichtigsten Grundbedingungen zur Sprache kommen: (1) das kommunikative Handeln kognitiv autonomer Akteure und (2) die Emergenz – man könnte auch sagen: die soziale Erzeugung – von Medien aus dem kommunikativen Wechsel- und Zusammenspiel solcher kognitiv autonomen Subjekte. Gemeinsam stellen diese beiden Grundbedingungen basale Bausteine einer Kommunikations- und Medientheorie⁷ dar, die zunächst einen bekannten allgemeinen Begriff als Grundbegriff ansetzt, nämlich den der *Orientierung*, hier verstanden als *Aktivierung von Aufmerksamkeit und Verhalten*.⁸

Aus diesem Begriff können dann spezialisierend Konzepte der *Kommunikation* und der *Rezeption* – verstanden als Akte der Fremdorrientierung (im Falle des Kommunizierens) und der Selbstorientierung (im Falle des Rezipierens) – gewonnen werden. Aus und in dem Zusammenspiel von Akteuren, die fallweise als Kommunikatoren oder Rezipienten handeln, entstehen dann *Medien als konventionalisierte Orientierungsmittel*, d.h. als konventionalisierte Kommunikations- und/oder Rezeptionsmittel.⁹

Dieser kognitions- und handlungstheoretisch und – durch das Konventionenkonzept – zugleich sozialtheoretisch fundierte Medienbegriff integriert die klassisch getrennten Ebenen des individuellen Handelns und der sozialen Regulation und Konfigu-

5 Ebda., S. 10.

6 Selbst die Pioniere des Internets stehen einer zügellosen NetEconomy (Kelly 2001) zunehmend skeptisch gegenüber. So z.B. *J. Lanier*, *You are not a Gadget: A Manifesto*, New York 2010; siehe dazu auch das Interview mit *P. Bethge*, *Dynamik der Meute*, in: *Der Spiegel*, Nr. 4, 25.01.2010, S. 128 f. *Der Spiegel* widmete überdies in seiner Ausgabe Nr. 2, 11.01.2010 die Titelstory diesem Thema: „Supermacht Google – das digitale Imperium macht mobil“, S. 58-69.

7 Vgl. *G. Rusch*, *Konturen konstruktivistischer Ökonomik*, in: *G. Rusch* (Hrsg.), *Konstruktivistische Ökonomik*, Marburg 2006, S. 7-26.

8 Der Begriff der Aktivierung impliziert dreierlei: 1. Initialität, 2. Operationalität und 3. Richtung bzw. Gerichtetheit von Operationen; vgl. *G. Rusch*, *Medienkommunikation. Begriffe, Ansätze, Grundfragen*, Kaiserslautern 2008.

9 Die Konventionalität ist ein wesentliches Merkmal des Medienbegriffs. Die dadurch mögliche Differenzierung nicht-konventioneller Kommunikations- und Rezeptionsmittel ist für eine konsistente Bestimmung der Begriffe Kommunikation und Medium/Medien unerlässlich.

ration. Dadurch wird eine systematische, die funktionalen Eigenschaften von Medien als „Mittel“ theoretisierender Erweiterung des Medienbegriffs selbst auch über kommunikative und rezeptive Handlungen hinaus möglich, z.B. mit Blick auf die Nutzung von Medien in Spielen (vom Schach bis hin zu Computerspielen) oder das distante Handeln (z.B. das Fernbedienen von Geräten, das Auslösen von Kontobewegungen im Online-Banking). Zugleich wird die inhärente, besser: *intensionale Mehrdimensionalität* des Medienbegriffs deutlich, der neben den stets im Vordergrund stehenden semiotischen (inhaltlichen und formalen) Merkmalen, biologische und kognitive (Sinne, Atmung, Kapazität des Gedächtnisses), sozialstrukturelle (und damit auch organisationale, institutionelle, ökonomische, juristische) sowie technische (infrastrukturelle und apparative) Dimensionen umfasst.

Als „Mittel“ können Medien empirisch als *Instrumentierungen* von Kommunikation, Rezeption oder sonstigem Handeln begriffen werden, die historisch in enger Wechselbeziehung mit jeweiligen sozialen, politischen, ökonomischen und technischen, also kulturellen Verhältnissen entwickelt, konsolidiert und ausdifferenziert werden. Medien haben in diesem Sinne Werkzeugcharakter; sie sind Orientierungswerkzeuge. So können z.B. Schriftsysteme als weitere, ergänzende Instrumentierungen von vormals nur oral bzw. verbal instrumentierter Kommunikation und Rezeption angesprochen werden. Die Benutzung von Schrift eröffnete dabei nicht nur neue Berufsfelder und Dienstleistungsbereiche (z.B. Schreiber, Vorleser, Bürokratie etc.), sondern ebnete auch dem Zulieferbereich von der handwerklichen Papierherstellung und Produktion von Schreibstiften und Farben den Weg bis zur Industrialisierung. Analog entwickelten und erweiterten sich mit der Druckerpresse nicht nur die Märkte für entsprechende Kommunikations- und Rezeptionsmittel (z.B. Zeitung, Buch), sondern auch für alle vor- und nachgelagerten Industrien mit ihren Organisationen, Unternehmen und Infrastrukturen. Audiovisuelle, elektronische und digitale Medien wie Kino, Radio, Fernsehen und das Internet stellen in dieser Hinsicht keine Ausnahmen dar: Auch diese Medien sind als Instrumentierungen von Kommunikation und Rezeption anzusehen, die jeweils verfügbare technische Möglichkeiten nutzen, weiterentwickeln und in entsprechenden medialen Angebotsformen gestützt auf soziotechnische Organisationen, Institutionen und technische Infrastrukturen realisieren. So verlangt distante Kommunikation nach Boten, Übermittlern oder Überträgern, die entweder mündlich, schriftlich oder in einem Sendeformat, welches Signale optisch oder elektrisch zu übermitteln gestattet, Botschaften überbringen. Beim Schriftformat handelt es sich beispielsweise um eine Notiz oder einen Brief, der als papierenes Objekt vom Absender zum Empfänger transportiert werden kann – ein Botendienst, den die Post schließlich kommerzialisiert hat. Solche Instrumentierungen bieten für das Kommunizieren, Rezipieren und für das semiotische Handeln im Allgemeinen jeweils spezifische Optionen mit Blick auf die Materialität der Angebotsformen oder medialen Oberflächen, mit Blick auf deren sinnliche, ästhetische Qualitäten, auf Speichereigenschaften, auf die Produktions- und Distribu-

onspraktiken und damit verbunden die kommunikative Reichweite und Kommunikationsgeschwindigkeit usw.

Neben den semiotischen Objekten selbst und neben den Bedeutung tragenden Objekten wie Texten, Bildern etc. kommen auf diese Weise auch die kognitiven, sozialen, politischen, ökonomischen und technischen Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen ihrer Herstellung, Verbreitung und ihres Gebrauchs in ihren vielfältigen Wechselwirkungen und gegenseitigen Abhängigkeiten in den Blick. Als *semiotische Handlungsmittel* sind Medien immer ein Resultat bzw. eine Funktion des Zusammenspiels der Kognitionen und Handlungen *vieler* Akteure und ein Resultat der *Standardisierung* der für kommunikative Zwecke benutzten Dinge und Gerätschaften. Sie sind Ergebnis der *Konventionalisierung* der jeweiligen vokalen, gestischen, graphischen oder motorischen Vorgehens- und Verhaltensweisen (etwa des Sprechens, des Zeigens, des Schreibens, des Bedienens von Geräten usw.). In dieser Hinsicht sind Medien sozusagen *doppelt kulturell kodiert*: durch die Standardisierungen ihrer Materialität und Technik und durch die Konventionalisierung des kommunikativen Verhaltens im Mediengebrauch, dem Sprechen einer natürlichen Sprache, dem Schreiben usw.

Man kann diese kursorischen Überlegungen zur Theorie von Kommunikation und Medien in der Feststellung zusammenfassen, dass Medien die (kommunikativen) Beziehungen zwischen Menschen stützen und stabilisieren, die Verständigung signifikant erleichtern und beschleunigen und schließlich diesen Beziehungen einen materialen, institutionellen, organisationalen und technischen Ausdruck verleihen. In diesem Sinne spannen die kommunikativen *Beziehungen*, die Menschen mit Hilfe von Medien (konventionalisierten und standardisierten Kommunikationsmitteln) untereinander pflegen, den *sozialen Raum* auf, in dem sie sich als Gemeinschaft und Gesellschaft verwirklichen.

3. Kommunikation, sozialer Raum und Technik – Mediale Infrastrukturen

„Genauso wie ein Werkzeug *in situ* als solches entsteht, ist eine Infrastruktur ein Gebilde, das durch das (gemeinsame) Handeln von Personen entsteht. Daraus folgt, dass eine Infrastruktur keine Sache sein kann, sondern eine Beziehung darstellt.“¹⁰ Mit diesem Gedanken von Gideon Bleek können wir nun die theoretischen Überlegungen zur ‚Natur‘ von Medien mit den Ausführungen zur Medienkulturgeschichte zusammenführen und auf die Frage zuspitzen, ob nicht Medien als Infrastrukturen angesehen werden können oder sogar angesehen werden sollten.

Ein Blick in einschlägige Lexika und Wörterbücher zeigt, dass es sich bei Infrastrukturen um grundlegende Dinge, Einrichtungen, Anlagen, aber auch Ordnungs- und Regelungsverfahren handelt, die als Unterbau und Voraussetzung für das Funktionieren

10 W.-G. Bleek, Software-Infrastruktur – von analytischer Perspektive zu konstruktiver Orientierung, Hamburg 2004, S. 54.

einer Organisation oder für die Versorgung und Nutzung eines Landes oder Gebietes zur Verfügung stehen sowie zu deren Sicherung aufrechterhalten werden. Bleek definiert entsprechend:

„Eine Infrastruktur ist eine einer Gruppe von Personen zur Verfügung stehende Zusammenstellung von Personen, Organisationen, Gerätschaften, Installationen, Regelungen, Standards und damit verbundenen Dienstleistungen, die zur Umsetzung von Aktivitäten langlebig zur Verfügung steht und als selbstverständlich betrachtet werden kann.“¹¹

Nur auf den ersten Blick erscheint die alltagssprachliche Intuition in der Verwendung des Infrastrukturbegriffs vom bisher dargestellten Konzept der Medien weit entfernt. Tatsächlich lassen sich semiotische Produkte (z.B. Bücher), deren Autoren, Lektoren und Verleger, Druckereien und Buchhandlungen und schließlich Käufer und Leser sehr leicht als Komponenten einer *Informations-, Bildungs- und Unterhaltungs-Infrastruktur* beschreiben. Diese Infrastruktur versorgt die Mitglieder der Gesellschaft direkt mit Inhalt für ihr Wissens- und Affektmanagement und indirekt für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der sichtbare Teil einer solchen literarischen Infrastruktur sind die Bücher. Aber wie nur die Spitze eines Eisberges über den Wasserspiegel ragt, so wird auch in diesem Kontext der gesamte Unterbau leicht vergessen. Bezieht man aber diesen Unterbau und all die stillschweigend vorausgesetzten Bedingungen ein, dann wird sehr schnell klar, dass Medien als Infrastrukturen analysiert werden können. Schon die natürlichen Sprachen und der Sprachverkehr weisen alle wesentlichen Merkmale von Infrastrukturen auf.

Dies lässt sich besonders gut anhand des Konzeptes der „sozialen“ Informatik der beiden letzten Jahrzehnte darstellen, das mit Blick auf „Computernetze“ und „Informationsnetzwerke“¹² entwickelt wurde und in der Tradition informationstechnischer und netzwerktheoretischer Theorien und Diskurse steht.¹³ Die Rede ist von informatischen Infrastrukturen oder Software-Infrastrukturen.

11 Ebda., S. 40.

12 Z.B. R. Kling/W. Scacchi, *TheWeb of Computing: Computer Technology as Social Organization*, in: M. C. Yovits (Hrsg.), *Advances in Computers* Bd. 21, New York/London 1982, S. 2-90; R. Kling, *Behind the Terminal: The Critical Role of Computing Infrastructure in Effective Information Systems' Development and Use*, in: W. Cotterman/J. James (Hrsg.), *Challenges and Strategies for Research in Systems Development*, London 1992, S. 153-201; C.U. Ciborra et. al., *From Control to Drift – The Dynamics of Corporate Information Infrastructures*, New York 2002; W.-G. Bleek, *Software-Infrastruktur – von analytischer Perspektive zu konstruktiver Orientierung*, Hamburg 2004.

13 Diese reichen vom Kommunikationsmodell von C.E. Shannon/W. Weaver, *The Mathematical Theory of Communication*, Urbana/Chicago/London 1949, über die Experimente zur Vernetzung von Computern bei D. Engelbart, *Augmenting Human Intellect. A Conceptual framework*, 1962, aus: www.bootstrap.org/augdocs/friedewald030402/aumentinghumanintellect/ahi62index.html (12.03.2007), über die Network Communities und Online-Kollaboration von J.C.R. Licklider/R.W. Taylor, *The Computer as a Communication Device*, in: *Science and Technology* 76, 1968, S. 21-41, bis hin zum Konzept eines World Wide Web bei T. Berners-Lee u.a., *World Wide Web. The Information Universe*, in: *Electronic Networking Research, Applications and Policy* 1/1992, S. 52-58.

Susan Star und Karen Ruhleder¹⁴ haben in ihren Untersuchungen zur *Ökologie von Infrastrukturen* Kriterien bzw. Dimensionen herausgearbeitet, die Schritt für Schritt auf Medien angewendet werden können:

- ▷ „*Embeddedness. Infrastructure is sunk into, inside of, other structures, social arrangements and technologies*“: Medien (als konventionalisierte Kommunikationsmittel) sind eingebettet in und verbunden mit weiteren kulturellen Konventionenbeständen und Institutionen z.B. der Rechtsordnung, der Ökonomie und Politik. Sie sind zudem ausdifferenziert nach verschiedenen Modalitäten (wie Sprache, Schrift, Ton, Bild, Bewegtbild, stationär, mobil usw.) und in jeweils zahlreiche Formate und Genres und prägen *intermediale* Beziehungen aus.
- ▷ „*Transparency. Infrastructure is transparent to use, in the sense that it does not have to be reinvented each time or assembled for each task, but invisibly supports those tasks*“: In genau dieser Weise verfügen Sprecher-Hörer über ihr Sprach- und Sprechvermögen; und in genau dieser Weise ermöglichen natürliche Sprachen als distribuierte kommunisierte Kommunikationskompetenzen im Rücken der Sprecher-Hörer Verständigung und Kooperation.
- ▷ „*Reach or scope. This may be either spatial or temporal -- infrastructure has reach beyond a single event or one-site practice*“: Entsprechend taugt das Sprachvermögen nicht nur für die Äußerung eines einzigen Satzes, sondern gestattet die Generierung immer neuer Äußerungen für wechselnde Anforderungen und Situationen.
- ▷ „*Learned as part of membership. The taken-for-grantedness of artifacts and organizational arrangements is a sine qua non of membership in a community of practice. Strangers and outsiders encounter infrastructure as a target object to be learned about. New participants acquire a naturalized familiarity with its objects as they become members*“: Auch der Spracherwerb folgt keinem anderen Prinzip wie auch die Aneignung von Medienkompetenzen ganz allgemein als ein soziales Lernen begriffen werden kann.
- ▷ „*Links with conventions of practice. Infrastructure both shapes and is shaped by the conventions of a community of practice, e.g. the ways that cycles of day-night work are affected by and affect electrical power rates and needs. Generations of typists have learned the QWERTY keyboard; its limitations are inherited by the computer keyboard and hence by the design of today's computer furniture*“: Analog sind es soziale Praktiken, für die und in die hinein Medien (von der Muttersprache bis zum Roman und Spielfilm) entwickelt und ausdifferenziert werden. Und umgekehrt veranlassen neue Medien die Nutzer in ihren Aneignungsprozessen zu Adaptationen und Ausprägungen

14 Vgl. S.L. Star/K. Ruhleder, Steps Toward an Ecology of Infrastructure: Design and Access for Large Information Spaces, in: Information Systems Research, 7, 1, 1996, S. 113 ff.

neuer Nutzungsmodalitäten und neuer Nutzungspraktiken, die wiederum den Umgang mit den alten und den zukünftigen neuen Medien rahmen.

- ▷ „*Embodiment of standards. Modified by scope and often by conflicting conventions, infrastructure takes on transparency by plugging into other infrastructures and tools in a standardized fashion*“: Lexikalisierung, Grammatikalisierung und Genrebildung sind wesentliche Standardisierungsformen für Medien. Inhalte, Bauformen und Formate migrieren durch den gesamten Medienbestand und werden dabei spezifisch modifiziert. So kann ein spektakuläres Ereignis, über das eine Zeitung berichtet, zum Stoff einer Tragödie werden, die schließlich zu einem Roman verarbeitet und später verfilmt wird.
- ▷ „*Built on an installed base. Infrastructure does not grow de novo; it wrestles with the inertia of the installed base and inherits strengths and limitations from that base. Optical fibers run along old railroad lines; new systems are designed for backward-compatibility; and failing to account for these constraints may be fatal or distorting to new development processes*“: Die Beobachtung, dass die Diffusionsgeschwindigkeit neuer Medien stetig zunimmt, also das jeweils letzte neue Medium (z.B. das Internet) sich schneller verbreitet und durchsetzt als das vorletzte (z.B. das Fernsehen), weil es dieses als Ausgangsbasis nutzen kann, illustriert den Zusammenhang eindrucksvoll. Die Nutzung jedes Mediums ist entsprechend voraussetzungsreich.
- ▷ „*Becomes visible upon breakdown. The normally invisible quality of working infrastructure becomes visible when it breaks: the server is down, the bridge washes out, there is a power blackout. Even when there are back-up mechanisms or procedures, their existence further highlights the now-visible infrastructure*“: So machen auch Sprachfehler, Ton- oder Bildstörungen, Serverausfälle oder Systemabstürze uns immer neu darauf aufmerksam, dass und wie voraussetzungsreich Verständigung, das Hören von Radioprogrammen, das Fernsehen und die Nutzung von PCs sind.
- ▷ „*Is fixed in modular increments, not all at once or globally. Because infrastructure is big, layered and complex, and because it means different things locally, it is never changed from above. Changes take time and negotiation, and adjustment with other aspects of the systems involved*“: Der letzte Versuch einer Rechtschreibreform dürfte in Deutschland noch in guter Erinnerung sein, vor allem wegen seines katastrophalen Scheiterns. Die damit eingetretene allgemeine Verunsicherung des Sprachgefühls hat kontraproduktiv zu einer Schwächung statt zu einer Stärkung der Rechtschreibkultur geführt. Aber vielleicht mag gerade dies positiv gewendet werden: die Toleranz gegenüber Rechtschreibfehlern ist heute deutlich größer.

Die Anwendung dieser Infrastruktur-Kriterien von Star & Ruhleder führt zu dem klaren Befund, dass Medien als Infrastrukturen angesehen werden können. Dies ist für die neuen netzbasierten Medien offenkundiger als für Schrift und gesprochene Sprache; aber selbst für jene Medien(-gebräuche), die sich nicht in Texten und Bildern

materialisieren und deren Vorkommen dagegen ereignishaft und flüchtig sind, kann der Infrastrukturcharakter gezeigt werden. In diesem Sinne können mediale Infrastrukturen im Gegensatz zu Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen (wie Autobahnen oder Wasserleitungen) auch als *virtuelle Infrastrukturen angesprochen werden*. Tatsächlich sind aber auch all diese technischen Infrastrukturen auf die Kompetenzen zu ihrer Nutzung (z.B. Kenntnis von Verkehrsregeln, Fähigkeit ein Fahrzeug zu steuern usw.) und erst recht auf die Kompetenzen zu ihrer Erhaltung angewiesen. Die Unterschiede betreffen also lediglich den Grad der Materialisierung, nicht aber die funktionalen Prinzipien.

Das Konzept von *Medien als Infrastrukturen* ist in höchstem Maße anschlussfähig für systemische bzw. systemtheoretische Medientheorien,¹⁵ die Medien als Institutionen oder soziale (Sub-)Systeme begreifen.¹⁶ Gleichzeitig schlägt der Begriff der Infrastruktur nicht nur terminologisch eine Brücke zu technikphilosophischen und techniksoziologischen¹⁷ sowie organisationstheoretischen und netzwerktheoretischen Ansätzen.¹⁸ Zu diesen zählen insbesondere die frühen Arbeiten zu den Konzepten der „*soziotechnischen Systeme*“¹⁹ und der „*Großen technischen Systeme*“.²⁰ Im Zeitalter der Telefonnetze, der Television Networks und des Internets dürfte es kaum überraschen, Medien als technische Großsysteme anzusprechen. In medientheoretischer Hinsicht verhilft diese Rahmensetzung allerdings zu einigen sehr interessanten Einsichten in die soziotechnische Kultürllichkeit der Medien im Allgemeinen, also nicht nur der sog. neuen Medien, die offenkundiger als die alten Medien von infrastruktureller Natur sind.

Kommunikationsmittel, ob gesprochenes Wort, Brief, Buch oder elektronische Post, bedürfen physikalischer, materieller Verwirklichungsformen, um überhaupt kommunizierbar und rezipierbar zu sein und um zu ihren Adressaten gelangen zu können.

15 Vgl. G. Rusch et al., Theorien der neuen Medien, Paderborn 2007.

16 Vgl. z.B. P. Bourdieu, Les règles de l'art: Genèse et structure du champ littéraire, Paris 1992; P. Bourdieu, Field of Cultural Production, Cambridge 1993; S.J. Schmidt, Grundriß der empirischen Literaturwissenschaft, Bd. 1, Der gesellschaftliche Handlungsbereich Literatur, Braunschweig/Wiesbaden 1980; N. Luhmann, Die Realität der Massenmedien, Opladen 1996.

17 Vgl. W. Rammert (Hrsg.), Technik und Sozialtheorie, Frankfurt/New York 1998; B. Latour, Technology is Society made Durable, in: J. Law (Hrsg.), A Sociology of Monsters: Essays on Power, Technology and Domination, London 1991, S. 103-131.

18 Vgl. G. Ortman/J. Sydow, Strategie und Strukturation, Wiesbaden 2001; K. Kelly, Net Economy, München 2001.

19 Vgl. E.L. Trist/K.W. Bamforth, Some Social and Psychological Consequences of the Longwall Method of Coal Getting, in: Human Relations 471951, S. 3-38; E.L. Trist/K.W. Bamforth, The Evolution of Socio-Technical Systems, in: A.H. Van de Ven/W.F. Joyce (Hrsg.), Perspectives on Organization Design and Behavior, New York 1981; F.E. Emery/E.L. Trist, Socio-technical Systems, in: F.E. Emery (Hrsg.), Systems Thinking, Harmondsworth 1969, S. 281-296.

20 Vgl. Th.P. Hughes, Networks of Power: Electrification in Western Society 1890-1930, Baltimore 1983; B. Joerges, Technik – Körper der Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1996; R. Mayntz/Th.P. Hughes (Hrsg.), The Development of Large Technical Systems, Frankfurt a.M./Boulder Colorado 1988; E. van Vleuten, Infrastructures and societal change. A view from the Large Technical Systems field, in: Technology Analysis & Strategic Management 16 (3) 2004, S. 395-414.

Sprecher bzw. Schreiber und Hörer bzw. Leser bedürfen einerseits besonderer *Kompetenzen*, um Kommunikationsmittel herzustellen und auf den Weg zum Empfänger zu bringen, andererseits um sich diese zu verschaffen, sie wahrzunehmen, als semiotische Objekte zu identifizieren und semantisch interpretieren zu können. Mit solchen Kompetenzen gehen kognitive, soziale, kulturelle sowie technische Voraussetzungen und Bedingungen in die Produktion, die Gestaltung, die Rezeption und die Interpretation von Kommunikationsmitteln ein.

Die *Wege* der Kommunikationsmittel zu den Adressaten – gleich ob diese von Schallwellen, Licht, elektrischen Impulsen, Transportfahrzeugen oder Postboten zurückgelegt werden – beschreiben schließlich die Relationen zwischen Kommunikatoren und Rezipienten, die als soziale Beziehungen etabliert, konventionalisiert und institutionalisiert und als materielle Verbindungen mittels Wegen, Straßen, Schienen, Kabeln oder Funkstrecken hergestellt und aufrechterhalten werden können. In solchen Verbindungen kulturalisieren und materialisieren sich gesellschaftliche Strukturen.

Für ein angemessen komplexes Verständnis kann das Verhältnis von Kommunikation und Medien auf keinen der genannten Bereiche allein reduziert werden. Weder eine im weiteren Sinne texttheoretische, noch eine soziologische oder auch techniktheoretische Erklärung ist allein hinreichend. Die für ein produktives Verständnis mindestens erforderliche Komplexität verlangt nach einem integrativen Konzept. Das Konzept der Infrastruktur bietet die erforderliche Komplexität, um Medien in ihren Eigenschaften als Kommunikationsmittel, als semiotische Objekte und Waren, als technische Geräte, Installationen und soziale Systeme begreifen zu können.

4. Ordnungsmuster, Räumlichkeit und Zeitlichkeit der Medien

Mediale Infrastrukturen beanspruchen physikalischen Raum, erzeugen aber technisch gestützt und kognitiv-sozial konstruiert lebensweltliche und virtuelle kommunikative, rezeptive, luditive und andere Vorstellungs-, Denk- und Handlungsräume.

Die räumliche Ordnung des Internets, genauer die Topologie von Backbone-Servern, Domains oder Verbindungen, ist bereits vielfach dargestellt. Sie weist sehr starke Aktivitäten in den USA, in Europa und Asien (speziell in Japan und in den Metropolen Chinas und Indiens) auf. Die USA sind mit ihren Internet-Aktivitäten noch immer dominant, gefolgt von Europa. Das World Wide Web realisiert sich bislang vor allem als *Web der Megacities* in den westlich geprägten HighTech- und Informationsgesellschaften. Hatten wir Ähnliches nicht schon für die Topologie der alten Medien festgestellt, die hoch mit der *Topologie menschlicher Siedlungsformen* (Stadt-Land) und mit *Logistik-Infrastrukturen* (Transportwege, Bahnstrecken) korrelieren? Kehren wir unversehens an den Ausgangspunkt der Überlegungen dieses Beitrages, zum Phänomen der Stadt, zurück? Erweist sich Urbanität wiederum, immer noch oder ein letztes Mal als robuster Attraktor für Kommunikation und Medien?

Das Konzept von Medien als Infrastrukturen stärkt ein evolutionäres Verständnis des Medienwandels, das sich des kognitiven, sozialen und technischen Voraussetzungsreichtums (als Pfadabhängigkeit), der schieren Größe (als Veränderungsbarriere) und der Multidimensionalität der Medien (als Wechselwirkungsquelle) bewusst ist. Wären die Medien nur Texte, Bilder oder Töne, wäre jede neue Ästhetik wie eine Revolution; wären die Medien *nur* konventionalisiertes Verhalten, könnte sie jede neue Mode hinwegfegen. Wären sie nur Papier, Druckerschwärze, Kabel und Maschinerie, so wäre jedes Feuer, jedes Erdbeben oder jedes Hochwasser ihr Ende. Aber die Medien bilden als Infrastrukturen über die wechselnden Themen und Technologien hinweg ein metastabiles System, das Myriaden kleinster thematischer und formaler bis hin zu singulären (epochalen) kulturellen oder technischen Veränderungen durch die Wechselwirkungen zwischen kognitiven, sozialen und technischen Komponenten gewichtet und ausbalanciert. In diesem System treten auch das Internet und das Web 2.0 als Irritationen auf. Wie tief und nachhaltig sie das System modifizieren, ist eine Frage ihrer Zugänglichkeit und Nutzung, ihrer Verfügbarkeit und Kontrollierbarkeit, ihrer sozialen, politischen und ökonomischen Effekte sowie ihrer Handhabbarkeit und Sicherheit. In diesen Bedingungen wird die „alte Stadt“ noch lange nachwirken.

Autorinnen/Autoren

HEIDEMARIE HANEKOP; Dipl.-Sozialwirtin, Wiss. Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI). Arbeitsschwerpunkte: Technik- und Innovationssoziologie, Internet, neue Medien, Wissenschaftssoziologie.

LENA HATZELHOFFER; Magister-Geographin, arbeitet seit 2009 als Wiss. Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Stadt- und Regionalforschung am Geographischen Institut der Universität Bonn. Hier untersucht sie im Projekt „T-City“ Auswirkungen von IuK-Technologien auf die städtische Raumerfahrung und die Lebensqualität der Bürger in Friedrichshafen.

MARKUS HESSE; Dipl.-Geograph, Dr. rer. pol., seit 2008 Professor für Stadtforschung an der Universität Luxemburg. Zuvor tätig am Institut für Geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner, und am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin.

MICHAEL LOBECK; Dipl.-Geograph. Seit 2004 Wiss. Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Stadt- und Regionalentwicklung am Geographischen Institut der Universität Bonn, dort seit 2006 Leiter des Forschungsprojektes „T-City Friedrichshafen“. Zuvor Wiss. Mitarbeiter und Projektleiter bei der LEG Standort- und Projektentwicklung GmbH, Düsseldorf und der LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH, Ratingen.

WOLFGANG MÜLLER, Dipl.-Soziologe und Regionalwissenschaftler (lic. rer. reg.). 1979 bis 1985 Wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin und TU Berlin. 1985 bis 1990 Lecturer am Virginia

Polytechnic Institute & State University/Blacksburg, VA. 1991 bis 2000 Wiss. Mitarbeiter am Forschungsinstitut Region und Umwelt, Oldenburg. Seit 2001 Forschungs- und Beratungstätigkeit bei StadtRegion, Büro für Raumanalysen und Beratung, Hannover.

GEBHARD RUSCH, Apl. Prof., Dr., ist Medienwissenschaftler und hat im Fach Medienwissenschaft/Allgemeine Literaturwissenschaft habilitiert, seit 2008 Akademischer Direktor am Institut für Medienforschung der Universität Siegen. Forschungsschwerpunkte: Kommunikations- und Medientheorie, Mediendynamik, Organisationskommunikation, Zivile Sicherheit.

STEFAN SCHMITZ ist promovierter Geograph. Seit 2001 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Bonn, derzeit dort als Leiter des Referats „Ländliche Entwicklung, Welternährung“. Frühere Tätigkeiten bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris und im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Bonn. Autor des Buches „Revolutionen der Erreichbarkeit. Gesellschaft, Raum und Verkehr im Wandel“ (2001).

CLAUS-CHRISTIAN WIEGANDT, Dipl.-Geograph, Dr., 1986 bis 1990 Wiss. Mitarbeiter am Institut für Geographie der Universität Münster; 1990 bis 2002 Wiss. Mitarbeiter im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), 2002 bis 2004 Universitätsprofessor für Angewandte Geographie an der LMU in München, seit 2004 Universitätsprofessor für Stadt- und Regionalgeographie der Universität Bonn.

Forum

Katharina Brichetti

Berlin: Globalisierungsfalle und Protestbewegung Mediaspree

Im Zuge der Globalisierung scheint die Europäische Stadt zahlreichen Veränderungen ausgesetzt zu sein und immer mehr in die Defensive geraten. Der postindustrielle Strukturwandel und die globalisierte Wirtschaft verlangen nach neuen städtebaulichen und architektonischen Veränderungen, die dem Bild der Europäischen Stadt diametral entgegengesetzt sind.

Die globale Vernetzung der 1990er Jahre bewirkte eine auftretende Kulturangleichung. Nicht nur die Technologien im Informationszeitalter, auch der Zusammenbruch des Kommunismus und die Auflösung des Sowjetimperiums, ebneten den Weg für einen freien Markt der Informationen. Diese Angleichung vollzog sich auch im Stadtbild, insofern die regionale Erkennbarkeit der Städte stetig abnahm. Nicht nur ostasiatische Boom-Länder lösten sich mit ihren Hochhäusern in Form gläserner oder silberner Abstraktion von jeglicher städtebaulicher Vergangenheit, sondern auch die europäische Stadt wurde immer mehr zur „eigenschaftslosen Stadt“,¹ zur „Stadt ohne Form“² oder zur „Zwischenstadt“.³ Somit wurde

auch die typisch europäische Stadt immer mehr den Kräften der Globalisierung ausgesetzt. Die klassischen Monumente wurden von den neuen infrastrukturellen Einrichtungen, den globalisierten Geschäfts-Cities und Büroarealen endgültig abgelöst. Ähnlich wie im Verlaufe der Modernisierung des 19. Jahrhunderts neue Monumente wie Gasometer, Bahnhöfe, Abwasserpumpstationen, Industriehallen und Bahntrassen entstanden waren, die kaum mehr als funktionale Charakteristika aufwiesen, so bilden auch die infrastrukturellen Einrichtungen der globalisierten Welt eigenschaftslose uniforme Städte wie Singapur, Shanghai, Tokyo und Atlanta. Verstärkt wurde diese Universalisierungstendenz durch die Akzelerationsschübe – gleichsam wie der Historismus des 19. Jahrhunderts von diesen geprägt wurde. Als *Fast Forward*⁴ bezeichnete der Soziologe und Zeitforscher Hartmut Rosa diese Schnellebigkeit technischer Entwicklungen wie beispielsweise der Informationstechnologien im Zeitalter der Globalisierung. Die Beschleunigung der Entwicklungen betrifft nicht nur das Lebensgefühl der Menschen, das von Innovationsverdichtung, Halbwertzeit des Wissens, Gegenwarts-

1 *Rem Koolhaas*, *The Generic City*, deutsche Übersetzung unter dem Titel „Die Stadt ohne Eigenschaften“, in: *arch+*, 132, Juni 1996, S. 18-26.

2 *Ph. Oswald*, *Berlin – Stadt ohne Form. Strategien einer anderen Architektur*, München 2000.

3 *Th. Sieverts*, *Zwischenstadt zwischen Ort und*

Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig 1997.

4 *H. Rosa*, *fast forward. Essays zu Zeit und Beschleunigung*, Hamburg 2004.

schumpfung,⁵ unmittelbarer Erreichbarkeit geprägt wird, sondern auch die Stadtgestalt. Die neue Ressourcenvernichtung durch die Planung von Wolkenkratzern in Hongkong mit einer Lebenserwartung von unter 15 Jahren führt langfristig zu einer ökologischen und ökonomischen Katastrophe für die Städte.

Diese Phase, in der die Welt durch die globale Vernetzung eingegebenet wird, bezeichnete Thomas Friedman in einer Art Globalisierungs-Chronologie als dritte Globalisierungsära. Seiner Auffassung nach sei die Globalisierung in drei große Abschnitte zu unterteilen. Der erste beginne 1492 – als Kolumbus in See stach und den Handel zwischen der Alten und der Neuen Welt einleitete – und dauere ungefähr bis 1800.⁶ Diese erste Phase bezeichnet Friedman als Abschnitt 1.0, „in der die Welt von einem riesigen zu einem mittelgroßen Gebilde schrumpfte“.⁷ Die zweite Phase nennt Friedman „Globalisierung 2.0 und [sie] erstreckt sich von 1800 bis etwa zum Jahr 2000“. Sie wurde unterbrochen durch die Weltwirtschaftskrise und die beiden Weltkriege.⁸ Diese zweite Globalisierungsphase war geprägt von technologischen Durchbrüchen wie der Entwicklung von „Dampfschiffen und Eisenbahnen bis zu Telefonen und Großrechnern“.⁹ Durch die Verkehrs- wie Kommunikationssysteme entwickelte sich ein neues Lebensgefühl: das einer erhöhten Beschleunigung. Um das Jahr 2000 beginnt eine neue Ära, die er mit Globalisierung 3.0 kennzeichnet. „In dieser Phase schrumpft die Welt von einem kleinen

zu einem winzigen Gebilde, und zugleich wird das Spielfeld eingegebenet“.¹⁰ Heute können mehr Menschen als je zuvor durch die globale Vernetzung in Echtzeit miteinander kommunizieren und arbeiten.

In Folge der Globalisierung stellt heute die Global City das Gegenbild zum Modell der Europäischen Stadt dar. Sie definiert sich über ihr eigenschaftsloses, uniformes Gesicht mit Charakteristika wie „Konzentration von Bürotürmen in einem Central Business District“, „Gentrifizierung der angrenzenden älteren Wohnquartiere“, „Polarisierung zwischen höheren und unteren Einkommensgruppen“, „Suburbanisierung der Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten“.¹¹ Die damit einhergehenden Folgen wie monofunktionale Strukturen, uniforme Stadtbilder (Identitätsverlust), erhöhtes Verkehrsaufkommen, ökologische Ressourcenvernichtung schienen mit dem letzten Leitbild der Moderne – „Urbanität durch Dichte“ – eigentlich schon längst überwunden zu sein. Infolge der Globalisierung sind noch weitere Herausforderungen auf die Städte hinzugekommen wie die „zunehmende Gentrifizierung“, Monofunktionalisierung und die anonymen fremdbestimmten Quartiere mit Entertainment-Centers und Shopping-Malls.¹² Diese werden von international auftretenden Konzernen, anonymen Investoren geplant, welche die Städte lediglich als kurzfristige Anlageplätze von Kapital betrachten. In den wenigsten Fällen ist die Investorenschaft der Stadt selbst verpflichtet. Stattdessen stellt im neoliberalen Stadtumbau das Profitkalkül international operierender Konzerne, das von immer kürzeren Zyklen der Amortisation bestimmt wird, in Zukunft eine Ressour-

5 Gegenwartsschrumpfung wird als ein Vorgang bezeichnet, der „die Extension der Zeiträume, für die wir mit einiger Konstanz unserer Lebensverhältnisse rechnen können, verkürzt“; vgl. *H. Lübke*, Die Modernität der Vergangenheitszuwendung, in: *G. Scholtz* (Hrsg.), Historismus am Ende des 20. Jahrhunderts, S. 150.

6 *Th.L. Friedman*, Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 2006, S. 20.

7 Ebda.

8 Ebda.

9 Ebda., S. 21.

10 Ebda., S. 21.

11 *P. Marcuse*, Verschwindet die europäische Stadt in einem allgemeinen Typus der globalisierten Stadt?, in: *W. Siebel*, Die europäische Stadt, Frankfurt a.M. 2004, S. 112 f.

12 Nach einem Interview mit Hartmut Häußermann, Professor für Stadtsoziologie, am 22.05.2008 in Berlin.

centvernichtung dar. Die direkte Relation zwischen globaler Technisierung und gleichzeitiger Fragilität tritt somit nicht nur indirekt als beschleunigtes Lebensgefühl auf, sondern bekundet sich in den sich immer schneller wandelnden Stadtbildern. Offensichtlich sind für diese durchaus als negativ einzuschätzenden schnelllebigen Veränderungen „die Konzentration von Eigentum und aller Arten von Wirtschaftsaktivitäten“, „die Polarisierung von Einkommen und Vermögen“, „die wachsende Bedeutung von Immobilienspekulationen“ verantwortlich.¹³ Dementsprechend bemerkt der oberösterreichische Landeskonservator Wilfried Lipp, dass heute „die Enträumlichung, das Schwinden des historischen eigenen Raumes und das Durchwachsen der Stadträume“ das „höchste zivilisatorische Gefährdungspotential“ für das baukulturelle Erbe darstellen.¹⁴

Die einzige Möglichkeit, diesen Prozess von Enträumlichung, Gentrifizierung, Monofunktionalisierung und anonymen Quartiersplanung aufzuhalten, kann nur das Festhalten am Modell der Europäischen Stadt sein. Die soziale Frage erscheint in der alten Charta von Athen 1933 wie in der Neuen Charta von Athen 2003 eine der wichtigsten Aufgaben der Städte des 21. Jahrhunderts zu sein. Im Unterschied zur alten Charta von Athen 1933 wird die Lösung für den Trend ökonomischer Disparitäten und der damit zusammenhängenden sozialen Probleme wie „Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, Kriminalität und Gewalt“ in direktem Zusammenhang mit „der vernetzten europäischen Stadt des 21. Jahrhunderts“ gesehen.¹⁵

Mit dem identitätsfördernden Modell der Europäischen Stadt sind Werte verbunden – wie

die dichte, urbane, kompakte, nachhaltige, ökonomisch stabile und soziale Stadt –, die im Zuge des gesellschaftlichen Wandels durch Globalisierung eine immer größere Rolle spielen werden. Das Modell der Europäischen Stadt war aus empirischen Beobachtungen der gebauten Umwelt, aus soziologischen Analysen und stadtmorphologischen und ökologischen Untersuchungen hervorgegangen und widersetzt sich sowohl den immer kürzeren Zeitspannen von Verbrauch und Verschleiß als auch den negativen Auswirkungen der demographischen Schrumpfungprozesse.

Folgen der Globalisierung: Der Potsdamer Platz

Diesen Druck der Globalisierung auf das Modell der Europäischen Stadt dokumentiert die Planung in Berlin. Obgleich Berlin das Modell der Europäischen Stadt als Grundlage diente, ist Berlin von dem gesellschaftlichen Wandel der Globalisierung erfasst. Beispiele dieser anonymen Quartiersplanungen sind in Berlin der Potsdamer Platz, der Alexanderplatz und die Alexanderstraße.

Der Potsdamer Platz scheint eher Elemente einer Global City mit den typischen Malls und Büro-Hochhäusern aufgenommen zu haben. Für dieses Ergebnis einer Mischung aus europäischem und globalem Stadtmodell sind mehrere Gründe verantwortlich gewesen.

Wesentlich trug dazu bei, dass das ganze Areal von nur wenigen Großinvestoren wie DaimlerChrysler, Sony, ABB und Hertie/Tietz aufgekauft wurde. Dies ist auf den Verkauf des 48 Hektar großen Geländes an vier Konzerne zurückzuführen, der „zeitlich schon um den Mauerfall herum“ stattfand.¹⁶ Der regierende Bürgermeister Walter Momper selbst hatte den Verkauf „als Jahrhundertchance“ gesehen, während seine Kritiker vom „Jahrhundertfiasco“ (Manfred Sack) und nur „als Abdankung der Stadt vor den Investoren“ (Wolf Jobst Sied-

13 P. Marcuse (s. A 11), S. 113.

14 W. Lipp, Kultur des Bewahrens. Schrägansichten zur Denkmalpflege, Wien 2008, S. 237.

15 Die Neue Charta von Athen 2003, Vision für die Städte des 21. Jahrhunderts, Teil A, Nr. 2, Gesellschaftliche Vernetzung. Soziales Gleichgewicht, in: Online-Publikation (<http://www.srl.de...>) Stand 10.1.2005).

16 G. Zohlen, Auf der Suche nach der verlorenen Stadt, Berlin 2002, S. 36.

ler) sprachen.¹⁷ Der Sony-Konzern erhielt sehr frühzeitig den Zuschlag, da er „hoch dotierte Arbeitsplätze in Aussicht stellte“.¹⁸ Der Verkauf war einer der größten Fehler überhaupt, denn mit dem Verkauf des Areals an die Großinvestoren entthob sich Berlin der Einflussmöglichkeiten zur Stadtgestaltung im Sinne des Modells der Europäischen Stadt. Die Wettbewerbsauslobung von Hilmer & Sattler konnte dann nur noch als eine zaghafte Kurskorrektur verstanden werden, die der damalige Berliner Baudirektor Hans Stimmann bald nach seinem Amtsantritt 1991 für sich hat verbuchen können.

Ein weiterer Grund für das europäisch-amerikanische Modell am Potsdamer Platz ist die Konkurrenz der beiden Senatsressorts Bauen und Stadtentwicklung. Die Stadtentwicklungsbehörde wurde in den maßgeblichen Jahren 1991-1996 von Volker Hassemer (CDU) geleitet, dessen politisches Instrument die städtebaulichen Ideenwettbewerbe waren. In ihnen wurden die Baumassen, die Grundstücksauslastungen und Höhenentwicklungen festgelegt, bevor die Architektur und die Baugenehmigung im Einzelnen erfolgten. Unter der Leitung des Senators für Stadtentwicklung Volker Hassemer wurde nicht nur der Wettbewerb für den Potsdamer und den Leipziger Platz (1991) ausgeschrieben, sondern auch für den Alexanderplatz (1993) und den Spreebogen (1994). Dies erklärt die merkwürdige Tatsache, dass sowohl der Potsdamer Platz als auch der Alexanderplatz dermaßen aus dem Rahmen der städtebaulichen Regeln des Planwerks fallen, in dem eigentlich festgelegt worden war, dass keine Hochhäuser in der Innenstadt zugelassen werden durften. Infolge dieser inves-

torenfreundlich gesinnten Politik wurden fast alle Charakteristika der Europäischen Stadt wie Straße, Parzelle, Block, Platz und funktionale Nutzungsmischung umgedeutet bzw. aufgehoben.

Die wenigen öffentlichen Plätze sind von den ansässigen Konzernen geprägt und somit privatisiert und kommerzialisiert. Durch die Aufteilung des Geländes unter wenige Grundstückseigentümer ergeben sich relativ große Grundstücke. Abgesehen von der Potsdamer Straße sind die Straßen Teil dieser Grundstücke und somit privat. Daher gilt bei diesen Straßen und Plätzen das Hausrecht der Konzerne, das durch Wachpersonal ausgeübt wird. Der frühere Platz als demokratisch-öffentlich verstandener Raum löst sich auf. Grundrechte wie Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sind Rechte, die nur auf öffentlichen Plätzen ausgeübt werden können. Das Publikum am Potsdamer Platz wird in die Mall des Sony-Centers oder in die des DaimlerChrysler-Areals geleitet.

Weit entfernt von dem öffentlichen Raum, dem typischen Kennzeichen der Europäischen Stadt, entstand eine bis zur Straße hin privatisierte City. Am schwersten wiegt jedoch, dass der Block zum Quartier umgedeutet wurde. So gibt es in dem von Helmut Jahn entworfenen Quartier Sony-Center keine Straßen. Das Areal wird durch Gebäudeöffnungen bzw. Lücken zu Fuß erschlossen.

Zwar wurde versucht, am Potsdamer Platz wieder eine Nutzungsmischung herzustellen, allerdings nur in vertikaler Richtung. Normalerweise erfolgt beim Modell der Europäischen Stadt die Nutzungsmischung immer in horizontaler Richtung. Damit ist ein synthetisches Areal entstanden, das einseitig von Tourismus (etwa 70% am Wochenende), Jugendlichen und Büroangestellten lebt. Das Vorhandensein der vier großen Investoren sollte mittels vieler verschiedener Blöcke städtisches Gewebe simulieren. Es konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass für die Großkonzerne in Quartieren entworfen wurde, die dann auch

17 W.J. Siedler, Die Abdankung der Stadt vor den Investoren, in: P. Neitzke/C. Steckeweh (Hrsg.), Centrum. Jahrbuch für Architektur und Stadt, Braunschweig 1993, S. 8; und G. Zohlen, (s. A 16), S. 37.

18 P. Schubert/G. Schneider, Potsdamer Platz. Magischer Ort und Stadt der Zukunft, Berlin 2000, S. 41.

noch von einem einzigen oder wenigen Architekten geplant wurden. So wurde das Sony-Quartier von Helmut Jahn entworfen und das riesige DaimlerChrysler-Areal von kaum mehr als einer Handvoll Architekten geplant. Allein Renzo Piano sowie Richard Rogers planten jeweils drei große Blöcke.

Der Potsdamer Platz repräsentiert nicht das Modell der Europäischen Stadt, sondern vielmehr den Themenpark Europäische Stadt. Die Quartiersaufteilung, die von einem Generalunternehmer gemanagt wurde und die Niederlassung multinationaler Konzerne darstellt, widerspricht völlig der Idee der Europäischen Stadt. Das Modell der Europäischen Stadt steht als Idee für eine bürgerliche Gesellschaft, deren europäische Stadtgeschichte zugleich eine selbstbestimmte „Emanzipationsgeschichte“ darstellt, insofern das feudale Herrschaftsverhältnis sich in eine demokratische Selbstverwaltung wandelte.¹⁹ Stattdessen ist der Potsdamer Platz Ausdruck der globalisierten Wirtschaft und des postindustriellen Strukturwandels. Er steht modellhaft für die städtebaulichen und architektonischen Veränderungen der Posteuropäischen Stadt.

Allerdings verbucht jetzt schon der Potsdamer Platz – trotz des großen Publikumsmagneten für junge Leute – einen gemäßigten Erfolg. Von den großen Investoren, die sich nach dem Mauerfall am Potsdamer Platz niederzulassen beabsichtigten, ist freilich kaum einer übrig geblieben. Die weit unter Wert verkauften Quartiere, die Daimler-City und das Sony-Areal, der Verkauf von Hertie, Karstadt und des Mischkonzerns ABB am Potsdamer Platz, belegen das gemäßigte Wertsteigerungspotenzial überdimensionierter Quartiersplanungen infolge einer Immobilienkapitalkonzentrierung. Preismindernd erwies sich beispielsweise beim Verkauf des Sony Centers 2008 an ein deutsch-amerikanisches Konsortium, dass die Bahn ihren „2009 auslaufenden Vertrag für den 103

19 H. Häußermann/W. Siebel, *Neue Urbanität*, Frankfurt a.M. 1987, S. 24.

Meter hohen Büroturm im Center“ nicht verlängern wollte und Großmieter, die ein solches Gebäude füllen können, knapp sind.²⁰ Hier dokumentiert sich schon die strukturelle Schwäche durch eine einseitig betriebene Standortpolitik mittels Quartieren und Malls. Wenn der Potsdamer Platz eine Erfolgsgeschichte wäre, hätten Sony und Daimler ihre Vorzeige-Komplexe nicht verkaufen müssen.

Ein weiterer Ausdruck dieser strukturellen Schwäche war, dass die Finanzkrise 2008 auch die Immobilienfonds des Potsdamer Platzes erfasste und die Großanleger panikartig ihre Anteile zu verkaufen versuchten. Betroffen war der schwedische Immobilienfond SEB Immoinvest (Eigentümer der Daimler-City) sowie der KamAm Grundinvest Fonds, der AXA Immoselect, der Immobilienfond P2 Value der US-Bank Morgan Stanley (Eigentümer des Sony Centers)“ u.a.²¹ Verunsichert wurden die Privatanleger dadurch, dass die von Kanzlerin Angela Merkel in Aussicht gestellte Staatsgarantie für private Bankeinlagen offene Immobilienfonds nicht umfasste.

In ähnlicher Weise führte die Finanzkrise auch in Spanien dazu, dass die Aktienkurse bis zum Sommer 2008 „um bis zu 80 Prozent“ sanken.²² Infolge dieser „größten Firmenpleite der spanischen Geschichte“ war ein Beton-Tsunami entstanden, der leere Bauwüsten hinterließ.²³ Die negativen Auswirkungen sind global: Anonyme Konzerne und ihre Anleger folgen nur dem Trend, möglichst schnell hohe Renditen zu erwirtschaften ohne geringste Sensibilität für die sozialen und ökologischen Folgekosten.

20 U. Paul, Sony ist nur noch Mieter. Elektronikkonzern verkauft sein Center an ein deutsch-amerikanisches Konsortium, in: Berliner Zeitung Nr. 51, 29.02.2008, S. 17.

21 S. Wolf, Immobilienfonds im Sturm der Finanzkrise, in: Berliner Zeitung Nr. 256, 31.10. 2008, S. 9.

22 C. Dohmen, Let's Make Money. Was macht die Bank mit unserem Geld?, Freiburg 2008, S. 84.

23 Ebda.

Mediaspree – eine Protestbewegung gegen den Ausverkauf von Freiräumen

Während der Potsdamer Platz nach dem Fall der Mauer zum Niemandsland wurde, entwickelte sich beim Projekt „Mediaspree“ eine breite Protestbewegung von engagierten Bewohnern. Mediaspree ist der Name eines neuen Stadtquartiers von etwa 180 Hektar. Das Quartier, das nach dem Modell der „London Docklands“ und der „Hamburger Hafencity“ im Osten Berlins auf beiden Seiten der Spree zwischen der Jannowitz- und Elsenbrücke entstehen soll, ist fast fünffach so groß wie der Potsdamer Platz. Am 13. Juli 2008 haben Friedrichshainer und Kreuzberger bei einem Bürgerentscheid mit 87 % gegen eine Bebauung des Spreeufers gestimmt.²⁴ Die Bürger lehnen die Privatisierung des öffentlichen Raums entschieden ab. Statt weiterer monostrukturierter Büro- und Gewerbegebiete und Entertainmentviertel für Massenkommerz und Carlofts stimmten die Bewohner für die dringend benötigten innerstädtischen Freiflächen entlang der Spree als Erholungsraum. Die Bürgerinitiative „Mediaspree versenken“ sieht vor, dass der Bezirk die Investoren nicht mit Geld, sondern mit Grundstücken entschädigt. Der Bezirk behauptet jedoch, er habe keine geeigneten Grundstücke für einen solchen Tausch. Daher sind alle Vermittlungsgespräche bisher gescheitert. Stattdessen erhalten ansiedlungswillige Konzerne Millionenbeträge aus Steuergeldern als „Umzugshilfe“, ohne dass die in Aussicht gestellten 40.000 Arbeitsplätze im Mediaspree-Gebiet von den Konzernen wirklich belegt werden können.²⁵

Neue Anforderungen durch die Globalisierung

Aber gerade in Berlin, das sich eindeutig dem städtebaulichen Modell der Europäischen Stadt verpflichtet fühlte, zeigt sich, wie sehr die Stadtentwicklung in Abhängigkeit vom Marketing globaler Verwertungsprozesse steht. Heute be-

setzen Bürgerinitiativen wie „Mediaspree versenken“ Flächen, wie einst Protestler in den 1970er und 1980er Jahren Häuser besetzten.

Selbst bei der Methode der „Kritischen Rekonstruktion“ war Hans Stimmann zufolge dem Versuch, „die parzelläre Stadt zu etablieren“, „immer die größte Niederlage“ beschieden.²⁶ Nur am Friedrichswerder erfolgte eine kleinteilige Parzellierung. Um Grundstücksspekulationen zu vermeiden und Einzelhäuser zu ermöglichen, wurden die kleinteilig parzellierten Grundstücke zu einem sehr günstigen Festpreis verkauft. Zusätzliche Verträge verhinderten, dass die Käufer mehrere subventionierte Grundstücke kaufen konnten. Dem Baudirektor Stimmann gelang es, in diesem Bereich den Liegenschaftsfonds davon zu überzeugen, den Mittelstand über die kleinteilige Parzellierung zu fördern. Diese Tendenz des Liegenschaftsfonds zur Vermarktung in ganzen Blöcken stammt noch aus der Zeit des sozialen Wohnungsbaus. In dieser Phase wurden ganze Blöcke von Wohnungsgenossenschaften geplant.²⁷ Auch während der IBA-Zeit wurde in Blöcken und nicht in Parzellen gedacht. Von diesem Denken in Blöcken, beklagte Stimmann, sei die Berliner Finanzverwaltung noch immer geprägt.²⁸ Die Botschaft der Kleinteiligkeit und der Mischung, die gerade in der Zukunft entscheidend sein wird, um den Mittelstand über die kleinteilige Parzellierung und die damit verbundene Eigentumbildung in der Stadt zu halten, hat „als kulturelle Entscheidung den Berliner Liegenschaftsfond nie erreicht“.²⁹ Nicht wirtschaftliche Interessen macht Stimmann für die Schwierigkeit der Umsetzung der kleinteiligen Parzellierung verantwortlich, da Berlin „durch die Verstaatlichung Profiteur der hypertrophen Stadtplanung des Sozialismus war“, sondern eher die kulturelle Frage,

26 Zitiert aus dem Interview mit Dr. Hans Stimmann am 12.03.2008 in Berlin.

27 Ebda.

28 Ebda.

29 Ebda.

24 Berliner Zeitung Nr. 163, 14.07.2008, S. 2.

25 Ebda.

die durch jahrzehntelanges Planen in Blöcken geprägt war.³⁰

Allerdings förderten auch Sonderabschreibungen den Aufschwung des Büroflächenneubaus und damit auch die Zusammenlegung von Parzellen. Auch hier hat man versäumt, beispielsweise durch ein politisch-ökonomisches Programm „zur Förderung mittelständischer Bauherrenschaft“ einzugreifen, wie Hans Stimmann gesteht.³¹ Diese steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Immobilieninvestitionen waren einer nachhaltigen Stadtentwicklung wenig zuträglich und förderten die anonymen Bürobauten anonymer Investmentfonds.

Auch das Investitionsvorranggesetz förderte finanzstarke Großinvestoren. Beim Verkauf von Grundstücken bevorzugte dieses Gesetz Großinvestoren und benachteiligte private Einzelkäufer, denn es war ein Nachweis über Investition und baldige Realisierung erforderlich. Damit wurde die Zusammenlegung von Parzellen zu Blöcken gefördert, was sich auf die eigentlichen Planvorgaben des Planwerks kontraproduktiv auswirkte. Das Problem der Umsetzung der kleinteiligen Mischung bestehe nach dem Stadtsoziologen Hartmut Häußermann auch darin, dass es auch „kaum noch kleinteilige gesellschaftliche Aktivitäten“ gebe, „wie die, die ihren baulichen Ausdruck im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ gefunden hätten. So sei es auch nicht verwunderlich, dass es sehr schwierig sei, diese Mischung aus Wohnen und Arbeiten wiederherzustellen.³² Das heißt jedoch nicht, dass man versuchen sollte, wieder eine höhere Dichte und Vielfalt zu erzeugen, die wiederum Ausdruck für ein kulturelles Milieu ist und ein Erlebnis von Stadt er-

zeugt. Diese dichten und vielfältigen urbanen Strukturen bilden wiederum auch ein für die Wissensproduktion günstigeres, innovativeres Klima und sind somit für Städte wie Berlin, die immer weltweite kulturelle Bedeutung hatten, ganz entscheidend.

Das Modell der Europäischen Stadt steht auch als Idee für eine bürgerliche Gesellschaft – für Bürger, die in demokratischer Selbstverwaltung die Stadt bestimmen. Die Parzelle und der öffentliche Platz stehen für demokratisch-öffentlich verstandene Räume und Grundrechte.

Für ein Stadtentwicklungskonzept sei es laut Häußermann daher „grundsätzlich richtig, zu sagen, die Bürger sollen auch die Eigentümer der Stadt sein, die sich mit ihren ganzen Lebensumständen in der Stadt verankern“.³³ Nur so kann verhindert werden, dass ganze Quartiere von großen Investitionsgesellschaften bestimmt und von einem privaten Developer entwickelt, modernisiert und umgebaut werden. Die meisten Entscheidungen werden von Eigentümern getroffen. Wenn sich eine Stadt auf eine breit gestreute Eigentümerschicht stützt, besteht weniger die Tendenz einseitiger Besitzname von anonymen Konzernen. Da der Altstadtbereich Berlins kaum über diese Eigentümer verfügte, war es daher ganz entscheidend gewesen, leere Flächen wie die Parkflächen, das Abstandsgrün, die überdimensionierten Verkehrsstraßen und die Hochhäuser (Fischerinsel) der sozialistischen Planung wieder zurückzubauen und mit Eigentümern zu füllen, um der Mitte wieder eine verstärkte Lobby zu geben, die sich um die Belange der Stadt kümmert.

Die Debatte über die Eigentumsstrukturen innerhalb des Blockes steckt noch in den Anfängen und sollte weitergeführt werden, zumal die Eigentumsbildung zur Rentenvorsorge und Mittelstandsförderung auf Grund der immer schlechter werdenden sozialen Bedingungen in Zukunft eine immer größere Rolle spielen.³⁴

30 Ebd.

31 H. Stimmann, Kritische Rekonstruktion und steinerne Architektur für die Friedrichstadt, in: A. Burg, Neue Berlinische Architektur. Eine Debatte, Berlin 1994, S. 114.

32 Zitiert aus dem Interview mit Hartmut Häußermann am 22.05.2008 in Berlin.

33 Ebd.

34 Zitiert aus dem Interview mit Dr. Hans Stimmann am 12.03.2008 in Berlin.

Durch die Modelle „Kritische Rekonstruktion“, „Europäische Stadt“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“ kann wenigstens gewährleistet werden, dass das Tempo der Veränderung einer Stadt in einem gemäßigten Rahmen verläuft und diese sich nicht – wie bereits in einigen außereuropäischen Städten – alle fünfzehn Jahre verändert. Dennoch hat sich am Beispiel Berlin gezeigt, wie wichtig es ist, an den Grundelementen der Europäischen Stadt festzuhalten, um die schlimmsten Auswirkungen des globalen Drucks von Seiten der Investoren zu verhindern. Bei den von Hassemer eingeleiteten Wettbewerben für den Potsdamer Platz und den Alexanderplatz konnte das Planwerk keine

Kurskorrekturen mehr vornehmen. Dennoch wurde das patchwork- und brachlandschaftartige Berlin wieder zu einer Einheit zusammengefügt, in der die städtebauliche Textur der historischen Mitte wieder ablesbar ist.

Durch das beständige Festhalten an den Grundelementen der Europäischen Stadt können die größten Probleme wie Gentrifizierung, kommerzielle Großbauten und ökologischer Ressourcenverbrauch verhindert oder zumindest verlangsamt werden. Nur so kann die eigentliche Idee der Europäischen Stadt durchgesetzt werden – die soziale, selbstbestimmte und ressourcenfreundliche Stadt der Bürger.

Erich Konter

„Die Praxis der Idee Europa“ - Brücken schlagen *Literaturbericht*

Unter dem Leitmotiv „Die Praxis der Idee Europa“ wurden 2009 gleich vier Bände einer neuen Buchreihe im Verlag Peter Lang publiziert; Schriften des Collegium Pontes, herausgegeben von Matthias Theodor Vogt, Jan Sokol, Beata Ociepka, Detlef Pollak und Beata Mikołajczyk:

Band 1: Bedingungen europäischer Solidarität, zahlr. Abb., 284 S., 51,50 €.

Band 2: Peripherie in der Mitte Europas, 364 S., 56,50 €.

Band 3: Die Stärke der Schwäche, zahlr. Abb., Tab., 238 S., 45,50 €.

Band 4: Europäisierung im Alltag, zahlr. Abb., Tab., 336 S., 56,50 €.

Das Collegium Pontes Görlitz-Zgorzelec-Zhořelec (CP) wurde 2001 gegründet. Es steht unter der Schirmherrschaft der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Polen und der Tschechischen Republik und wird gemeinsam vom Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen in Görlitz, von der Hochschule Zittau/Görlitz (Fachbereich Wirtschaftswissenschaften), der Universität Breslau (Fakultät für Sozialwissenschaften), der Karls-Universität Prag (Fakultät für die Wissenschaften vom Menschen), der Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder (Frankfurter Institut für Transformationsstudien) und von der Adam-Mickiewicz-Universität Posen (Fakultät für Neuphilologie) getragen. Das Collegium

soll den „Diskurs über die kulturelle, geistige und soziale Bestimmung Europas und der Europäischen Union“ fördern. Vor allem will es im deutsch-polnisch-tschechischen (Grenz-)Raum im Sinne „der Idee Europa“ „Brücken“ über alle nationalen und kulturellen Grenzen und Hindernisse hinweg schlagen.

In „Verkörperung“ der „Idee Europa“ und als Möglichkeit, Multinationalität und Interdisziplinarität sowie die „Europäisierung des Alltags“ zu thematisieren und insbesondere praktisch zu erfahren, versteht sich das Collegium als „Wissenschaftskolleg“ und „universitäres Netzwerk“, das das „Miteinander (...) der Nationen und der Wissenschaftsdisziplinen“ sowie der wissenschaftlichen „Generationen“ zum Ziel hat. In seinem „Geleitwort“ zum dritten Band der Schriftenreihe sieht Ulf Großmann, Kuratoriumsvorsitzender des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen, das Collegium Pontes in der Tradition der „Philosophie der Begegnung“ Martin Bubers. So möchte das Collegium „seinen Fellows“ eine „Gemeinschaft für das Sich-Suchen-Lassen und das Gesuchtwerden durch den Anderen (...) bieten“. Seit 2002 treffen sich am Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen in Görlitz jeden Sommer Wissenschaftler (Senior Fellows) und Nachwuchswissenschaftler (Junior Fellows) zu thematisch festgelegten „intensiven Forschungsphasen“, die durch öffentlich zugängliche Gastvorträge und Gastseminare von so genannten Visiting Fellows bereichert werden. Ich hatte dankenswerterweise Gelegenheit, zweimal an solchen Forschungskollegs teilzunehmen, einmal als Gast und einmal als „Senior Fellow“.

Band 1: Bedingungen europäischer Solidarität

Kerntext des ersten Bandes ist meines Erachtens der Forschungsbericht „Kann Kultur grenzüberschreitende Solidarität evozieren?“ von Matthias Theodor Vogt u.a. Dieser Text, der die organisatorischen und ökonomischen Möglichkeiten und Grenzen eines grenzüberschreitenden Theaterverbundes in der Region Neiße als Pilotprojekt eines Trinationalen Kulturver-

bundes umreißt, wird von Reiner Zimmermann, „Solidarische Kulturpolitik in der Grenzregion unter den Bedingungen von Kulturräumgesetz und EU-Osterweiterung“, eingeleitet und von Matthias Munkwitz, „Wie weiter?“, kulturökonomisch bzw. betriebswirtschaftlich ergänzt. Mit der sozialen und kulturellen Problematik grenzüberschreitender Kulturbeziehungen in Grenzregionen im Allgemeinen wie in der Neißeregion im Besonderen befassen sich die Beiträge von Wolfgang Aschauer, „Aspekte grenzüberschreitender Kulturbeziehungen“, und von mir selbst, „Der grenzüberschreitenden Kultur ihr Recht geben“. Den Aspekt „Regionalität und Solidarität – ein Widerspruch?“ betrachtet Antje Johanning exemplarisch am Beispiel von regionalen literarischen und literaturhistorischen Diskursen. Zu diesem erweiterten thematischen Kern der Publikation führen unterschiedliche wissenschaftliche Versuche, Solidarität allgemein und in Bezug auf Europa theoretisch wie politisch zu definieren sowie deren sozialen, kulturellen, politischen und rechtlichen Bedingungen zu reflektieren: „Die Bedingungen europäischer Solidarität“ von Ernst-Wolfgang Böckenförde, „Solidarität in einem größer werdenden Europa“ von Wolfgang Huber, „Projekt Penelope“ von Jan Sokol, „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht“ von Werner Bramke, „Zwischen Solidarität und Subsidiarität“ von Hans-Jürgen Wagoner, „Europas Verfassung: Eine Baustelle – Was sonst?“ von Werner Patzelt, „Die Situation der EU-Verfassung ist verfahren – Ausweg durch Verfahren?“ von Stefan Voigt und „Bürgerschaftliches Engagement als Beitrag zur Innovation in Europa“ von Rupert Graf Strachwitz. Mit Überlegungen von Hans-Joachim Hahn zur Dichotomie von Solidarität und Entsolidarisierung als Themen der Literatur(wissenschaft)“ wird der erste Band abgeschlossen.

Band 2: Peripherie in der Mitte Europas

In den zweiten Band führt Matthias Vogt („Ubi Leones/Wo nichts als Löwen hausen“) mit Darstellungen zu „Peripherie“, „Provinzi-

alität“ sowie „Kulturpolitik und Kyanoblepsie“. Das „Verhältnis von Zentrum und Peripherie“ vor allem am „besonderen Ort“ der Grenze im Bewusstsein der Menschen wird anschließend von Jan Sokol in seinem Beitrag „Peripherie und Grenze“ diskutiert. Um die „Dialektik von Zentrum und Peripherie“ insbesondere im Kolonialismus geht es bei Aleida Assmann („Vom Zentrum zur Peripherie und wieder zurück“), deren Grundfragen am Beispiel zweier Romane erörtert werden. Es folgen Diskurse über die Orientierungen und Abgrenzungen bzw. über Inklusions- und Exklusionsphänomene kulturgeschichtlicher und geopolitischer Konzepte von Mitteleuropa sowie „symbolischer Konstitutionen“ in Mittel- und Südosteuropa: Andrzej Tomaszewski, „Ist der Kulturraum Mitteleuropa eine Peripherie der Kunstgeschichte?“; Miloš Havelka, „Wo also liegt die Mitte?“; Marek Czapliński, „Symbolische Konstitution der Region Schlesien“; Richard Wagner, „Symbolische Konstruktionen (insbesondere Identität) in Mittel- und Südosteuropa“. Zur engeren Thematik des Bandes gehören darüber hinaus die Beurteilung der Kulturpolitik einer Transformationsgesellschaft im östlichen Europa von Vladimir Kreck („Demokratie, Subsidiarität und Marktwirtschaft im Postsozialismus am Beispiel von Bulgariens Kunst und Kultur“), die Darlegung des Zusammenhangs von ökonomischer Globalisierung und „zunehmender Regionalisierung und Provinzialisierung“ des Denkens in den Wissenschaften von Arbogast Schmitt („Antike Bildung und moderne Wissenschaft“), die „kulturhistorische Rekonstruktion des Görlitzer Warenhauses“ von Gudrun M. König („Warenhorizonte“), der Bericht eines empirischen Forschungsprojekts im Rahmen des CP zu grenzüberschreitenden „alltagsweltlichen Praktiken“ in Görlitz und Zgorzelec von Christine Weiske u.a. („Über die Grenze“) sowie der „Versuch einer Standortbestimmung“ für das deutsche Theater von Günther Beelitz („Wieviel Provinz und wie viel Globalisierung braucht das deutsche Theater?“). Die inhaltliche „Peripherie“ zum Kernthema bilden die Cha-

rakterisierung des rumänischen Stalinismus von Anton Sterbling („Wir hocken und schaffen im finsternen Schacht“), die Darlegung der Herausforderungen und Schwierigkeiten, aber auch der Möglichkeiten der sich wandelnden „Erinnerungskulturen“ in Deutschland von Volkhard Knigge („Erinnerungskultur“) und die Kulturkritik an der „kulturellen Verfasstheit“ Deutschlands von Bernd Kauffmann („Peripherizität oder zur kulturellen Verfasstheit dieser Republik“).

Band 3: Die Stärke der Schwäche

Die Thematik des dritten Bandes der Schriftenreihe entfernt sich vom Leitmotiv des Collegium Pontes. Hier wird das Thema an unterschiedlichen Beispielen variiert. Mit dem Verhältnis von Stärke und Schwäche setzt sich Miloš Havelka („Die Stärke des Vergessens und die Schwäche der Erinnerung“) am Beispiel der Gedächtniskulturen, -konstruktionen und -politiken in den Geschichtswissenschaften auseinander. An den Strategien von Künstlern zur Rettung der „Autonomie“ ihrer Kunst und an der Unterwanderung der Mehrheitskultur zeigen Patrice Neau („Vom Umgang mit den ‚Parteiorganen der Kulturpolitik‘ der DDR“) und Kazuo Fujino („Über latente koreanische Einflüsse in der japanischen Kultur“) Möglichkeiten der vermeintlich Schwachen auf, gegen die Mächtigen bzw. die Mehrheitsgesellschaft Strategien zur Bewahrung des Eigenen zu entwickeln. Um subversive Elemente, Möglichkeiten und Strategien in den „performativen Künsten“ (Theater, Film und Musik) geht es in den Beiträgen von Susanne Vill („Strategien der Machtunterwanderung in den performativen Künsten“), Juliane Luster („Zur Demontage des Heldenmythos in der Stuttgarter Inszenierung des Ring des Nibelungen“), Manuela Lück („Das Lachen der Schwachen über das Schreckliche?“), Stefanie Hübner („Der Finger in der Wunde“), Katarina Markovic („The Strength of the Weak in Music“), Lydie Fialová („To forget and to remember“) und von Lidia Melnyk („Triviale Motive als musikalische Machtsymbole“).

Die Stärken und Schwächen des Museums im rumänischen Baia Mare beschreibt Anca Gogitan („Mining museums. Mining communities“). Martin van Creveld referiert in seinem Beitrag („Power in War“) am Beispiel militärischer Konflikte das sich in der Zeit wandelnde, zum Teil sich möglicherweise umkehrende Verhältnis von Stärke und Schwäche. Der Exot des Bandes ist zweifellos der Bericht von John Hutchinson u.a. („Groß und Klein aus zoologischer Sicht. Genital- und Körpergröße bei hermaphroditischen Schnecken“) über die Forschungen zur „Allometrie“ von Genital- und Körpergröße bei Wegschnecken im Vergleich zu Weinberg- und Sumpfschnecken. Der Band endet mit einem Plädoyer von Matthias Theodor Vogt („Was wir nicht wissen können und dennoch wissen müssen“) für die „Ertüchtigung des Imaginärsinnes“ als Aufgabe der Kulturpolitik für die „Wissengesellschaft“.

Band 4: Europäisierung im Alltag

Dieser Band kehrt wieder zum Leitmotiv des Collegium Pontes zurück. Das Thema „Europäisierung“ jenseits der Inszenierung von und Harmonisierung in Europa wird von Matthias Vogt („Europäisierung jenseits von Hymnen und Beflagung“) eingeleitet. Über eigene Erfahrungen mit der Europäisierung im Alltag im Westen berichtet Waltraud Luschny („Leben am Rhein“) und versucht die dortige Situation mit jener an der Neißة zu vergleichen. Die Situation in Görlitz-Zgorzelec beschreibt Ulf Großmann („Europäisierung im Alltag am Beispiel der Brückenstadt Görlitz-Zgorzelec“) im Zusammenhang mit den Bemühungen der Grenzstadt um die Ausrichtung der Veranstaltung Kulturhauptstadt Europas 2010. Im Christentum, vor allem im römisch-katholischen, macht Bálint Balla („Ideen des Christentums als Kern der Europabewegung“) den eigentlichen „Kern der Europabewegung“ aus, dessen Grundprinzipien für Europa auch heute noch Gültigkeit besäßen. Hans-Joachim Hahn („Jenseits des Konstrukts der Nation“) folgt in seiner Reflexion der eigenen „transnationalen Kulturarbeit“

weitgehend der Auffassung von Jürgen Habermas, der Europäisierung als von der Globalisierung ausgelösten Prozess bezeichnet, „auf den Bürger/innen und Politik (...) Antworten finden muss(t)en“. Diesen Beiträgen folgen Überlegungen zu und Beschreibungen ganz unterschiedlicher Aspekte der „Europäisierung im Alltag“: Gedanken über ein „gemeinsames Graduiertenkolleg Diplomatie der Länder Mitteleuropas“ (Bálint Balla u.a., „Europäisierung der Diplomatie“) sowie Diskurse über „gesellschaftliche Veränderungen und Auswirkungen auf die Polizei“ (Anton Sterbling, „EU-Osterweiterung“), die „Europäisierung im Alltag der Schweizer Armee“ (Stefan Leuenberger), die Europäisierung in der „SilBoSax region“ aus humangeographischer Sicht (Jan Groenendijk, „Europeanization of Quotidian Life in Human Geography's Perspective“), den Einfluss des „rheinländischen Kapitalismus“ im Bankensektor der Grenzstadt Görlitz-Zgorzelec (Bernardo Bätz-Lazo u.a., „Perceptions of Rhineland Capitalism on the Görlitz-Zgorzelec Border“), die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der „mitteleuropäischen Unternehmenskulturen“ (Reinhard Lang, „Besonderheiten mitteleuropäischer Unternehmenskultur im Vergleich Deutschland – Polen – Tschechien“), die Internationalisierung der „Managementkultur in tschechisch-österreichischen Gemeinschaftsunternehmen“ (Zdenka Konečná, „Die Rolle der Führungskräfte in multinationalen Unternehmen“) und über die „Veränderungen in der ungarischen Unternehmenskultur“ (Zoltán Koltai). Die Einforderung der Bedeutung „kleiner und mittlerer Unternehmen in der heutigen Unternehmensgeschichtsschreibung“ (Ulrich Heß, „Die Wiedergeburt der Totgesagten“), der Ökonomisierungsversuch öffentlich subventionierter Kulturunternehmen im transnationalen Vergleich (Matthias Munkwitz, „Subventionsrentabilität“) und zwei Darstellungen der historischen Entwicklung von Unternehmen („Unternehmenskultur der Firma Baťa bis 1939 und ihr Abbild in der Unternehmenskommunikation“ von Daniela Capcarová und „An-

dere Zeiten, andere Geschichten?“ von Jochen Aulbach) haben dagegen einen nur sehr mittelbaren Bezug zum Hauptthema des Bandes.

Fazit

Insgesamt betrachtet, kreisen die Themenstellungen mit einer Ausnahme sehr eng um das Leitmotiv des Collegium Pontes. Die Bände folgen jedoch nicht der Chronologie der „Wissenschaftskluster“ (CP), die durchaus plausibel erscheint: „Peripherie in der Mitte Europas“ (CP 2004), „Europäisierung im Alltag“ (CP 2005), „Bedingungen europäischer Solidarität“ (CP 2006) und „Die Stärke der Schwäche“ (CP 2007). Leider fehlen Hinweise zur Differenz zwischen Chronologie der Tagungen und Schriftenreihe und auf die Gründe, die die Herausgeber veranlasst haben, die Reihenfolge zu verändern.

In den Bänden sind die Vorträge und Forschungsergebnisse im Rahmen des CP teils in Originalform teils überarbeitet publiziert. Wie in Sammelbänden nicht anders zu erwarten, zeigen die Beiträge nicht nur ganz unterschiedliche Positionen und Problemsichten der Autoren bzw. Vortragenden. Was die Tiefe, Reichweite und Qualität der jeweiligen Argumentation betrifft, sind sie ebenfalls sehr heterogen. Sie reichen vom eher „einfach Gestrickten“ bis zum Anspruchsvollen, über das zu reflektieren und diskutieren sich lohnt. Dies würde aber eine Sammelrezension bei Weitem überschreiten und vorrangig nur die subjektive Auswahl und Position des Rezensenten widerspiegeln. Es muss den Lesern selbst überlassen bleiben, sich eine eigene Meinung über die Beiträge zu bilden.

Auffällig ist jedoch eine Gemeinsamkeit vieler Autoren insbesondere des zweiten und vierten Bandes: die Position eines mehr oder weniger offen formulierten unkritischen westli-

chen Zentrismus. Unverrückbarer Fluchtpunkt in dieser Perspektive, unter der die Entwicklung Europas betrachtet und beurteilt wird, stellt offenbar das imaginierte Konstrukt einer idealen, christlich abendländischen Wertegemeinschaft, Kultur und Politik dar. Dieses ahistorische Konstrukt wird in manchen Positionen modernisierungstheoretisch ergänzt, wobei „Modernisierung“ als unumkehrbarer Naturprozess bzw. als quasi anthropologische Konstante der Menschheitsgeschichte begriffen wird. In all seinen Varianten bildet es den unhinterfragbaren Orientierungs-, Ziel- und Endpunkt gerade für die Staaten und Regionen Mittel- bzw. Mittelost- und Südosteuropas. Sie haben sich unterzuordnen und anzupassen, müssen ihr ökonomisches, institutionelles und kulturelles „Modernisierungslag“ überwinden. Anpassungsschwierigkeiten oder gar Beharren auf gesellschaftliche oder regionale Eigenständigkeit werden als Rückständigkeit, mangelnde Anpassungsfähigkeit oder -bereitschaft, als Inkompetenz und Trägheit, als Nationalismus oder als Nostalgie abgehandelt. Unter diesem Diktum wird kulturelle Eigenständigkeit bestenfalls zur Folklore. Damit werden jedoch die immer wieder formulierten Forderungen nach „Interkulturalität“, „interkultureller Kompetenz“, „multikultureller Zusammenarbeit“ oder nach „multikulturellen Fähigkeiten und Fertigkeiten“ reine Makulatur.

In jedem Falle regen die Themen der Schriftenreihe und ihre unterschiedliche Behandlung in den Beiträgen zum Nachdenken, zum Diskutieren und zum Bilden eigener Positionen an. Die Lesefreude trüben jedoch die vielen orthographischen, grammatikalischen und Interpunktionsfehler. Gerade die anspruchsvolleren Texte hätten eine aufmerksamere Redaktion verdient.

Besprechungen

FRANZ IRSIGLER/MICHEL PAULY (Hrsg.), *Messen, Jahrmärkte und Stadtentwicklung in Europa. Foires, marchés annuels et développement urbain en Europe, (Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte, Bd. 5 / Publications du Centre Luxembourgeoise de Documentation et d'Études Médiévales, tome 17)*, Trier: Porta Alba Verlag 2007, zahlr. Graphiken und Karten, 314 S.

Der vorliegende Band fasst die Vorträge von den Mitgliedern der Internationalen Kommission für Stadtgeschichte auf Tagungen in Alphen (NL), Konz/Luxemburg und Sigtuna (Schweden) zusammen. Franz Irsigler geht einleitend in seinem Beitrag „Messen, Jahrmärkte und Stadtentwicklung in Europa. Mittelalter und frühe Neuzeit“ auf die gesamte Entwicklung ein. Er arbeitet dabei heraus, dass Jahrmärkte in der Neuzeit zur regulären Ausstattung einer Stadt gehörten, was im Mittelalter anders gewesen war. Michel Pauly untersucht in seinem Beitrag „Jahrmärkte in Europa vom 14. bis zum 16. Jahrhundert“ die Entwicklungen in den Regionen und versucht eine Typologie von insgesamt fünf Stufen für die Entwicklung aufzustellen. Über der untersten Stufe zahlreicher ländlicher Messen für die Bedürfnisse der Landbevölkerung standen jährliche Messen in größeren Marktflecken oder in Gründungsstädten. Über diesen finden sich als dritte Stufe die städtischen Messen, die mit ihrer Dauer von acht oder mehr Tagen über dem Durchschnitt lagen. Darüber sieht Michel Pauly als vierte Stufe die Messen von Saint-Nicolas-de-Port und als fünfte Stufe zuletzt die großen Messen von Antwerpen, Bergen-op-Zoom, Frankfurt am Main, Genf, Lyon oder Chalon-sur-Saône.

Die künftige Forschung wird zeigen müssen, ob diese Aufgliederung beibehalten werden kann oder in weniger Stufen zusammengezogen werden muss.

Basilike Papoula behandelt die „Jahrmärkte in Byzanz“. Francesca Bocchi untersucht die städtische Gesetzgebung und Reglementierung des Marktes in den italienischen Kommunen des 13./14. Jahrhunderts. Enrico Guidoni schließt die Messen in Rom und seiner Region zwischen dem Mittelalter und dem 19. Jahrhundert an, während sich Carmen Battle den Messen der Krone Aragons vom 12. bis 15. Jahrhundert zuwendet. Miguel-Angel Ladero Quesada schließt für denselben Zeitraum die Messen Kastiliens an. Franz Irsigler und Winfried Reichert wenden die Aufmerksamkeit wieder den Messen der Champagne zu, während sich André Chédeville den Messen und Märkten der Bretagne widmet. Jean Pierre Kintz untersucht die „Straßburger Messen im 16. Jahrhundert“. Martin Körner befasst sich mit den Jahrmärkten und Messen in der Schweiz. Franz Blockmans und Wim Blockmans stellen die Messen von Anvers vor. Anngret Simms betrachtet die Messen und Märkte im mittelalterlichen Irland zwischen 1000 und 1600, während Marjatta Hietala und Sven Lilja „Markets- and Urbanization in Finland and Sweden prior to 1800“ darstellen.

Thomas Riis führt diese Fragestellung für Dänemark im 17. Jahrhundert fort. Antoni Czarowski wendet sich wieder den mittelalterlichen Messen und Jahrmärkten in Polen zu, was Maria Bogucka mit den Messen der frühen Neuzeit fortsetzt. András Kubinyi behandelt die ungarischen Märkte des Spätmittelalters und Paul Niedermaier die Jahrmärkte in Rumänien im Mittelalter.

Nach diesem Rundgang durch die europäische Entwicklung der Märkte und Messen behandelt Michel Pauly die sich aufdrängende Frage „Der Beitrag der Messen und Märkte zur mittelalterlichen Integration Europas“. Pauly baut dabei auf die von ihm zu Beginn des Bandes aufgestellte Typologie von fünf Stufen bei den Jahrmärkten auf und weist auch auf die vorbereitende Stellung derselben und der Messen für die heutigen Wirtschaftsverbindungen in Europa hin.

Der Band hat durch seine weitgehende Untersuchung des europäischen Raums eine grundsätzliche Bedeutung für den Fortgang der Forschung.

Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen

BIRGIT STUDD (Hrsg.), *Haus- und Familienbücher in der städtischen Gesellschaft des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit* (Städteforschung. Veröffentlichungen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, Band A 69), Köln: Böhlau Verlag 2007, 7 Abb., 166 S., 27,90 €.

Die Erinnerungsgemeinschaft der mittelalterlichen Städte baute auf unterschiedlichen Quellen auf und kam in einer Vielfalt von Medien zur Anschauung. Während die ältere Forschung die Stadtchronistik in den Mittelpunkt stellte, wird heute nach den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften innerhalb der Stadt gefragt, die deren kollektives Gedächtnis geprägt haben. Die harmonische Geschlossenheit des städtischen Geschichtsbildes wirkt dabei endgültig aufgegeben.

Der vorliegende Band stellt die „privaten“ Aufzeichnungen des späten Mittelalters aus der gebildeten Oberschicht der Städte über die Familiengeschichte oder die eigene Person im Rahmen der städtischen Entwicklung in den Mittelpunkt der Diskussion. Birgit Studt untersucht die Repräsentation städtischer Eliten

in spätmittelalterlichen Haus- und Familienbüchern. Marc von der Höh behandelt das Familienbuch des Kölner Patriziers Werner Overstolz vom Anfang des 15. Jahrhunderts. Alexa Renggli geht auf Entstehung und Bedeutung des Familienbuches Hans Voglers d.Ä. und d.J. im 15./16. Jahrhundert ein, das in Altstätten im St. Galler Rheintal begonnen wurde. Gregor Rohmann behandelt Wissensproduktion und Wissensvernetzung in den deutschsprachigen Familienbuchbeschreibungen des 16. Jahrhunderts. Christian Kuhn gibt einen Überblick über familiäres Vermächtnis und Gedächtnis der Familie Tucher in Nürnberg zwischen 1450 und 1550, während Martin Scheutz und Harald Tersch die Stadt als Bühne in drei oberösterreichischen Selbstzeugnissen von Frauen des 17. Jahrhunderts zeigen. Es handelt sich dabei um das Gedächtnisbuch der Esther von Gera, das Maria Susanna von Weissenburg fortführte und den Paralleltext der Chronik der Peisser aus dem Linzer Patriziat in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Die sehr verschiedenartige Literatur lässt in ihrer Anlehnung an die Stadt auch bei deren Erwähnungen am Rand Bedeutung und Gewicht ohne weiteres erschließen. Die besprochenen Werke dienen teilweise der ständischen Prestigebildung. Die ausgewählten Fallstudien des vorliegenden Bandes decken dabei alle Bereiche des deutschsprachigen Raumes ab. Die nicht erwähnten, aber ebenfalls bedeutsamen Zeugnisse werden in der Einführung der Herausgeber betrachtet, womit ein wichtiges Kompendium zur Familiengeschichtsschreibung entsteht, obwohl der Band im Umfang relativ schmal geblieben ist.

Die Werke sind für die in ihnen vorgenommenen Darstellungen der städtischen Gemeinschaft aber von großer Bedeutung für die städtische Politik und die Entwicklung der Kommune innerhalb des behandelten Zeitraums im Allgemeinen.

Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen

INGRID MAYERSHOFER, *Bevölkerung und Militär in Bamberg 1860-1923. Eine bayerische Stadt und der preußisch-deutsche Militarismus*, Paderborn-München-Wien-Zürich: Ferdinand Schöningh Verlag 2010, 536 S., 68,- €.

Am Reichsgründungs- und Preußentag 1914, dem 18. Januar, mithin nach über vierzig Jahren gemeinsamen Nationalstaat, behauptete der preußische Generalleutnant a.D. von Kracht-Dessau in aller Öffentlichkeit, bei der Schlacht von Orléans 1870 hätten sich die Bayern „vor dem französischen Feuer zurückgezogen“ – die Preußen hingegen hätten „flott angegriffen“. „Wenn wir kamen“, sprach Kracht-Dessau weiter, „so kriegten sie alle die Courage.“ Und nur wenige Tage danach durften die Bamberger in ihrer Lokalpresse lesen, was der preußische General von Albedyll am 18. November 1870 seiner Frau berichtet hatte: „Die Leute sind sichtlich sehr dankbar, daß wir ihnen zum erstenmal zu einem glücklichen Sieg verhalfen.“ Die bayerischen Veteranen und Krieger-Vereine reagierten ebenso empört wie – parteiübergreifend – der Landtag und der Kriegsminister, der die „völlig unbegründete Verunglimpfung“ der bayerischen Armee scharf zurückwies, die sich gerade bei Orléans „auf das heldenmütigste geschlagen und mit unvergänglichem Ruhm bedeckt“ habe. (vgl. S. 356 f.)

Vier Jahre vor dem deutsch-französischen Krieg 1870 galt dagegen in und um Bamberg „Bismarck“ als Beleidigung (S. 59 f.); politische Linke und Katholisch-Konservative waren sich einig in der Ablehnung des preußischen „Militarismus“, der Bayern in Gestalt der preußischen Wehrverfassung bedrohe (vor allem weil diese eine mehrjährige Präsenzzeit der Rekruten bei der Truppe vorsah). Bürger würden in der preußischen „Militärdictatur“ zu „Kasernen-Züchtlingen“, ein freiwilliger Eintritt in den Norddeutschen Bund heiße, so das katholische „Tagblatt“, sich „ohne Noth in einen Kerker drängen zu lassen.“ (S. 152 f.)

In mehreren Schritten – von der „Wehrhaftigkeits“-Debatte der frühen 1860er Jahre bis zum „Führerheer“ der frühen NS-Propaganda – rekonstruiert Ingrid Mayershofer den Wandel in der Haltung der Bamberger Bevölkerung zum Stellenwert des Militärischen in der Gesellschaft. Nicht der preußische Modellfall, sondern eine süddeutsche Stadt steht also im Mittelpunkt – gerade um „die Wahrnehmung des mit Preußen scheinbar unauflöslich verbundenen „Militarismus“ außerhalb Preußens in Erfahrung zu bringen.“ (S. 14) Bamberg, eine mittelgroße (1860: 24.000, 1920: 50.000 Einwohner) traditionsreiche Garnisonsstadt im katholischen Oberfranken, ist gerade deshalb ein lohnendes Untersuchungsobjekt, weil der zahlenmäßig schwache, gleichwohl aktive Liberalismus von einem katholischen Konservatismus dominiert wurde, dessen markante Positionierung in der Wehrfrage Aufschluß über das Verhältnis von Zivil und Militär insgesamt gibt. Die „große Erzählung“ vom „preußisch-deutschen Militarismus“ verlange nach regionaler, einmal modellhaft durchzuspielender Differenzierung; dieser lokalgeschichtliche Zugriff sei freilich nicht, wie die Verfasserin einräumt, auf ganz Bayern, das Reich oder gar europäische Nachbarstaaten übertragbar (S. 19). Insofern ist Mayershofers Arbeit aber eine anregende Referenzstudie.

Jedoch müssen vorab die Grenzen der Untersuchung betont werden: Um eine stadtgeschichtliche Studie zum Thema Militär und Gesellschaft handelt es sich nämlich – jedenfalls im strengen Wortsinn – nicht. Zwar sei, so beginnt Mayershofer vielversprechend, die Garnisonsstadt der Ort, wo Militär als „dauerhafte gesellschaftliche Veranstaltung“ (Ute Planert) tagtäglich präsent und unmittelbar erfahrbar werde (S. 13) und die Verfasserin verweist demzufolge auch allgemein auf die vielfältigen Begegnungsebenen von städtisch-bürgerlicher und militärischer Lebenswelt. Allerdings sind Heiratsmuster und Soldatenehen, Wohnkultur und Leseverhalten, Stadtentwicklung und Konkurrenz im öffentlichen Raum (Jubiläen und Feiern), Soziabilität und gewalttätige Konflikte keine

systematisch entfalteten Untersuchungsbereiche (vgl. S. 40 ff.) Nachdem die preußische Wehrfassung übernommen worden war, übersiedelten die Einjährig-Freiwilligen, Mayershofer erwähnt es (S. 161), vielfach nach wenigen Wochen in ein Privatquartier und wirkten wohl ebenso als Scharnier wie die sich überschneidende Geselligkeit im bürgerlich-militärischen Vereinswesen. Dies wird von der Verfasserin aber nicht weiter verfolgt. Gewiss, Mayershofer will keine neue garnisonsgeschichtliche Arbeit (etwa nach den Vorbildern von Chr. Lankes über München oder W. Schmidt über Regensburg) schreiben, aber auch den naheliegenden Berührungspunkten mit der Bürgertumsforschung weicht sie aus. Dabei wäre etwa H.Th. Gräfs Frage, ob die Stadt vom Ort der Verbürgerlichung des Militärs zur Stätte eines militarisierten Bürgertums mutiert sei, gerade für Bayern eine fruchtbare Perspektive gewesen – zumal Bayern bis in die 1860er Jahre nicht über ein stehendes Heer, sondern eher über ein „geregeltes Landwehrsystem“ (Ute Frevert; vgl. S. 68, Anm. 26) verfügte – was die Distanz zwischen Bürgertum und Militär mental wohl erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts abschwächte. Dass aber das Militär selbst zivilen Formen bis 1914 noch näher blieb und auch dies als Grund für das vielfach beobachtete weichere gesellschaftliche ‚Klima‘ in Bayern gesehen werden kann (so W. K. Blessing, Disziplinierung und Qualifizierung. Zur kulturellen Bedeutung des Militärs in Bayern des 19. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1991, S. 459-479), wird von Mayershofer nicht stadtschichtlich konzeptualisiert bzw. überprüft. Wo verschob sich, z.B. im Blick auf die neuen preußisch inspirierten Dienstreglements oder auch die neue, medikalisierte Musterungspraxis, die Grenze zwischen ‚bürgerlichem‘ und ‚militärischem‘ Habitus vor Ort? Was konnten die Soldaten in den Regimentsbibliotheken lesen, welche Märsche spielten und hörten sie 1866 und 1913? Insofern suggeriert der Untertitel von Mayerhofers Studie mehr als ihre Untersuchung auf der Basis der „Debatten um Wehrhaftigkeit und ‚Militarismus‘ [...] in Bamberg“

(S. 495; Hervorhebungen T.G.) de facto bilanzieren kann.

Gewiss, Ansätze zu erweitertem Verständnis allfälliger Tendenzen zur Militarisierung der Stadtgesellschaft bieten am ehesten die Verweise auf die unterschiedlichen Kulturen der beiden in Bamberg stationierten Regimenter – preußisch-reichsorientierter die adlig geprägten Ulanen, partikularstaatlich-bürgerlicher bis ins Offizierskorps die Infanterie mit ihrem stark regional geprägten Rekrutierungsbereich. Dort wo wie bei den Jubiläumsfeiern von 1913 die öffentliche Festkultur in den Blick kommt, erscheinen auch einmal Magistrat und Vereinswesen als Akteure – in letzterem fungierten offenbar (bildungsbürgerliche) Zivilisten als Agenten der Borussifizierung. Ansonsten überwiegt, methodisch betrachtet, die Auswertung der milieugebundenen Tagespresse unter dem Gesichtspunkt des lokalen „Militarismus“-Diskurses. Dabei wird der landesgeschichtlich wie lokale, gerade hier gut aufgearbeitete Kontext oftmals recht breit referiert; einige Ausführungen zum katholischen Milieu oder zur Revolution von 1918/19 sind wenig überraschend und hätten gekürzt werden können.

Letztendlich bot das Schlagwort vom „preußischen Militarismus“, so die Verfasserin resümierend, wiederholt die Gelegenheit zur Systemkritik im Gewande der Militärkritik (und somit zur Problem-Externalisierung in Krisensituationen). 1918/19, als auch das Ansehen der unter latenten Minderwertigkeitskomplexen leidenden bayerischen Offiziere gegen Null ging, wurde es wieder reaktiviert – während vor 1914 die schleichende Nationalisierung des katholischen Milieus natürlich auch Bamberg Katholiken anfällig für eine expansionistische Außenpolitik und bis dato unbekannte Heeresvermehrungen gemacht hatte. Der völkisch-alldeutsche Nationalismus mit seinen paratotalitären „Wehrkraft“-Phantasien aber tat sich trotz einiger rühriger Adepten (Gebaßel) schwer in Bamberg, und selbst nach 1919 blieb eine Grenze zwischen dem antisemitisch unterfütterten militärischen „Ordnungs“-Denken der Baye-

rischen Volkspartei und der noch ungleich radikaleren völkischen Rechten bemerkbar (vgl. S. 475 f.). Nach „Führung“ aber gierte man jetzt auch dort – und sei es durch *preußische* Offiziere; in den frühen 1920er Jahren waren die borusso-phob-„antimilitaristischen“ Deutungstraditionen des politischen Katholizismus aus dem frühen Kaiserreich dann dauerhaft vergessen.

Die eigentlich wegweisende Weichenstellung aber war ohnehin 1866 erfolgt. Markierte der Milizgedanke zunächst einen demokratisch-partizipatorischen Impetus (freilich auf der Basis eines exklusiven „Männlichkeits“-Konzepts), ließen sich die Konservativen erst unter dem Eindruck des preußisch-deutschen Krieges (sic!) auf die Idee einer (konservativ gebändigten) Massenmobilisierung ein. Ihr begegnete die Bevölkerung 1866 aber noch mit Reserve: „Nach „nationalen“ Deutungsmustern sucht man beinahe vergeblich. Der ‚männliche‘ „Bürgersoldat“ existierte in Bamberg 1866 letztlich nur in der liberalen Propaganda. Das gilt auch für sein Gegenstück, die ‚weibliche‘ Heimat. Die Trennlinie verlief nach wie vor *zwischen* ‚Bürger‘ und ‚Soldat.‘“ (S. 499). Nach diesem Epochenjahr, der „ersten modernen Teilung der Nation“ (Th. Nipperdey) und dem Ende der „militärischen Sonderwege“ Süddeutschlands (Ute Frevert) – war nicht vielmehr der preußische ein solcher? – zeigten sich Demokraten und Linksliberale ebenso wie großdeutsch ausgerichtete Gemäßig-Liberale und Katholisch-Konservative kurzzeitig einig in der Ablehnung des „preußischen Systems“. Diese negative Allianz hielt nicht lange: Längerfristig hielt an dieser Position nur (abgesehen von der schwachen Arbeiterbewegung) die großdeutsch-katholische, ‚partikularistische‘ Patriotenpartei fest.

Wie weit setzte sich aber ein militärischer Habitus in bayerischen Städten auch lebensweltlich durch? Der von Mayershofer breit und schlüssig rekonstruierte übergreifende lokale Diskursrahmen müsste nun, unter der Heranziehung älterer und neuerer garnionsgeschichtlicher Studien, vor Ort auch kulturgeschichtlich aufgerollt werden. Gerade der allgemeine Trend

zu Exklusivität und Homogenisierung im Offizierskorps (S. 239) oder der unter preußischem Druck modernisierte Kasernenalltag verlangt methodisch mehr – z.B. die Auswertung von Ego-Dokumenten, Nachlässen von Offiziershaushalten, Inventaren von Regimentsbibliotheken, Akten der Militärgerichtsbarkeit, Reden von Magistratsräten und Gemeindebevollmächtigten oder auch Vereinsakten, die nicht zuletzt z.B. auf Rang- und Sitzordnung von Festbanketten hinweisen. Waren, blieben (oder wurden gar erst) gerade die Offiziere ‚bürgerlich‘, inwiefern und inwieweit waren sie Teil des lokalen Bürgertums? Für eine Kulturgeschichte von ‚Stadt und Militär‘ in Bayern im ‚langen‘ 19. Jahrhundert und der Konsequenzen des vielfach unterschätzten Epochenbruchs von 1866 hat Mayershofers Studie eine substantielle und hilfreiche Vorarbeit geleistet.

Thomas Götz, Regensburg

JANI PIETSCH, „Ich besaß einen Garten in Schöneiche bei Berlin“. Das verwal-tete Verschwinden jüdischer Nachbarn und ihre schwierige Rückkehr, Frankfurt: Campus 2006, zahlr. Abb., 280 S., 24,90 €.

Es ist kein Buch über Gärten, wie der Titel vermuten ließe, es ist eine Publikation über Menschen. Menschen, die verfolgt, geächtet und schließlich mit dem Tode bedroht wurden. Das Buch behandelt ebenso Deportation, Flucht, das Leben im Untergrund. Menschen, die diskriminiert wurden, deren Rechte systematisch von einem Staat zerstört wurden, einem Land mitten in Europa.

Es geht um deutsche Geschichte in der Zeit des Dritten Reichs und um Bürger von Schöneiche in Berlin. Jeder Publizist der sich mit der Thematik der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden befasst, wird sehr schnell feststellen, dass dieses Thema an Grenzen stößt.

Wer kann Auschwitz verstehen, beschreiben in einer Form, dass der millionenfache Mord an Menschen nachvollziehbar wäre? Auch der Tod von Millionen Menschen, der jedes rationale Fassungsvermögen übersteigt, ist niemals Statistik. Hinter jedem Toten steht ein individuelles Schicksal, Angehörige, Verlust, Trauer und Entsetzen.

Ein wichtiges Mittel dieses Thema zu behandeln, sind regionale Studien, die auf einzelne Personen eingehen und individuelles Erleben beschreiben können. Um eine solche Untersuchung handelt es sich bei der vorliegenden Publikation. Die Scheu der Erinnerung begegnet dem Leser bereits auf den ersten Seiten. „Hinter vorgehaltener Hand wurde mir mehrmals freundlich bedeutet, das Thema lieber fallen zu lassen...“ (S. 12). Auf der nächsten Seite erfolgt ein zentraler Hinweis aus der Sicht vieler Betroffener. „Hier gab es keine Juden. Hier war alles in Ordnung“ (S. 13). Diese Art der Verdrängung, des Vergessens, ist leider noch immer durchaus alltäglich im Umgang mit deutscher Geschichte. Es ist notwendig, gegen solche Ansichten deutliche Aussagen wider das Vergessen zu setzen.

Wichtig an der vorliegenden Studie ist, dass der Zeitraum der Untersuchung nicht 1945 endet, sondern auch die Nachkriegszeit behandelt. Hatten jüdische Mitbürger endlich Konzentrationslager, Emigration und Verfolgung überwunden, trafen sie auf die deutsche Bürokratie, mit der oft ein neuer Kampf begann. Jahrelang war es nur mit Hilfe von Anwälten möglich, enteigneten Besitz wieder zurückzuerhalten: „Die unmittelbare Konfrontation der Verfolgten mit jenen Menschen, die sich ihr Vermögen angeeignet hatten, war psychisch sehr belastend und zudem nur eine Hürde unter vielen [...]. In den Finanzämtern hatten sie es zum Teil mit denselben Beamten zu tun, die an der Enteignung und Verwertung ihres Vermögens mitgewirkt hatten“ (S. 165).

Selbst wenn nach Jahren der Kampf um das eigene Grundstück gewonnen war, war dies keineswegs gleichbedeutend damit, den Besitz auch

tatsächlich wieder zurückzuerhalten. Nun lasteten Gerichtskosten, Steuern, Erschließungskosten auf der Immobilie.

So musste z.B. Miriam Rothenbacher nach jahrelangem Ringen um den Besitz ihren Garten verkaufen, um solche Kosten begleichen zu können. Hier teilt sich dem Leser nur ungläubiges Erstaunen mit.

Aber auch das Überleben in der DDR war keineswegs einfach. Gegen Ende des Krieges wurden auch jüdische Frauen von Soldaten der Roten Armee vergewaltigt.

Das Buch von Jani Pietsch beeindruckt, weil die einzelnen Personen und deren Erleben greifbar werden und nicht der anonyme Eigentümer eines Gartens oder eines Hauses irgendwo bei Berlin. Aus diesem Grund ist die Publikation von Jani Pietsch nicht nur gelungen, sondern wesentlich für das Verständnis von Verfolgung und Vertreibung in Deutschland und deren Folgen nach 1945.

Stefan Hörner, Damscheid

ERNST HERRBACH / WOLFRAM MORATH-VOGEL u.a. (Hrsg.), *Zwischen Avantgarde und Anpassung. Der Erfurter Kunstverein. Eine Dokumentation 1886 bis 1945, zusammengestellt von Cornelia Nowak unter Mitarbeit von Ruth Menzel, Erfurt: Stadt Erfurt Angermuseum 2009, 113 Abb., 256 S., 30,- €.*

Erst in der „Gründerzeit“ entstand in Erfurt ein Kunstverein. In anderen, vergleichbaren Städten hatte sich ein kunstsinniges Bürgertum bereits früher vereinsmäßig formiert: in Münster 1831, in Magdeburg 1835, in Leipzig 1836, in Halle/S. 1840. Dass in Erfurt erst im Jahre 1886 ein Kunstverein entstand, war der zeitgleichen Gründung des Städtischen Museums zu danken, und dieses wiederum dem künstlerischen Nachlass des aus Erfurt stammenden

spätromantischen Malers Friedrich Nerly (1807-1878), den sein Sohn der Stadt geschenkt hatte. Der „Verein für Kunst und Kunstgewerbe“ zielte auf die „Hebung des Kunstsinnes“ und die „Förderung des Kunstgewerbes“. Zu diesem Zweck sollten Ausstellungen veranstaltet sowie Werke der „Kunst und des Kunstgewerbes“ erworben werden. Seinem Ziel und Zweck ist der Verein im Großen und Ganzen gerecht geworden, bevor er im Jahre 1944 seine Tätigkeit einstellte und zwei Jahre später im Vereinsregister gestrichen wurde.

Im Frühjahr 1990 gründete sich, nicht ohne Bezug zum Vorgängerverein, der „Erfurter Kunstverein“, der seinen Platz unter dem Dach der Kunsthalle Erfurt gefunden hat, während der später entstandene Förderverein „Freunde des Angermuseums“ im ehemals Städtischen Museum, dem Angermuseum, angesiedelt ist. Da dieses rekonstruiert wird, schien es geraten, die Geschichte des älteren Kunstvereins in der Kunsthalle, dem „Haus Zum roten Ochsen“, in einer großen Ausstellung zu präsentieren. Den Anlass lieferte das „Bauhaus-Jahr 2009“. Der bleibende Ertrag dieser Ausstellung ist ihr „Begleitbuch“, in dem der „Verein für Kunst und Kunstgewerbe“ zum ersten Mal eine gründliche, gediegene Würdigung erfährt. Einem Abriss seiner Geschichte (S. 17-34) folgen Ausführungen zu den Ausstellungen (S. 35-41), zur Vortragstätigkeit (S. 41-44) und zu andern Vereinsaktivitäten. Zwei Exkurse sind der „Museumsgemeinde zu Erfurt“ (1906-1919) und der „Vereinigung der Erfurter Museumsfreunde“ (1914-1938) gewidmet (S. 55-71). Ein umfangreicher, eingehend erläuteter Bildteil zeigt Kunstwerke, von denen nicht wenige vom Kunstverein für das Städtische Museum erworben wurden. Zusammengestellt sind diese Werke im dokumentarischen Teil. Er verdeutlicht, in welch hohem Maße der Verein, bewegt von den prägenden Museumsdirektoren Edwin Redslob (1884-1973), Walter Kaesbach (1879-1961) und Herbert Kunze (1895-1975), sich der Moderne öffnete. Erworben wurden Werke von Charles Crodel, Otto Dix, Erich Heckel oder Karl Schmidt-Rottluff. Zur Profi-

lierung des Museums trugen auch dessen Veranstaltungen mit Dichtern wie Ernst Toller oder Komponisten wie Arnold Schönberg bei.

Das aus genauer Kenntnis der Quellen aufbereitete und bearbeitete Material regt zu weiteren Studien an. Ihr Fundament wird dieses „Begleitbuch“ sein.

Ulman Weiß, Erfurt

STEFANIE WARNKE, *Stein gegen Stein: Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950-1970, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2009, 388 S., 39,90 €.*

Dass Architektur und Städtebau weit über ein materielles Nützlichkeitsprinzip hinausreichen, dass sie nicht nur Leben und Alltag formen, sondern darüber hinaus als Medien der Macht, als Legitimationen von bestehenden Gesellschaftsordnungen und als Manifestationen eines Weltverständnisses gelesen werden können, ist kaum zu bestreiten und Thema vieler Untersuchungen. Wie diese in Stein gefügten Äußerungen allerdings selbst wieder vermittelt werden, wie sie vom Adressaten aufgenommen werden, diese ihrerseits wieder auf Äußerungen in den Medien drängen, wie (auch die freie Presse) als Instanz zwischen Absender und Adressat wirkt, wie sie selbst eigene Intentionen verfolgt, ist noch kaum Thema der Forschung geworden. Diese Lücke füllt die Arbeit von Stefanie Warnke, die im Rahmen eines Graduiertenkollegs an der ETH Zürich entstand.

Warnke hat sich ein Terrain gewählt, das für ihr Anliegen besonders geeignet ist: Berlin zwischen 1950 und 1970, als geteilte Stadt und in den Jahren des Wiederaufbaus und den ersten Jahrzehnten des Kalten Krieges, bietet reichlich Anschauungsmaterial; die besondere Lage als Schaufenster der östlichen beziehungsweise westlichen Hemisphäre für das jeweils andere politische System legt es nahe, eine Untersuchung über das Thema Architektur und Medien hier zu verorten. Aber Warnke findet nicht nur

den geeigneten Ort und eine plausible Eingrenzung für ihre Arbeit, sondern sie wählt auch klug die Objekte, auf die sie sich bezieht und die Auswahl der Medien, die sie für ihre Untersuchung heranzieht. Sie konzentriert sich jeweils auf die Prestigeobjekte, sie berücksichtigt West- und Ostberlin in gleicher Weise, Stalinallee und Hansaviertel, neue Wohnsiedlungen, die Architektur, mit der sich die Alliierten ihre Präsenz im Stadtraum und in der Wahrnehmung sicherten, die Inszenierung der Stadt als Ort des Konsums und der Kultur ebenso wie die Projekte, die sich um die Erinnerung an das bemühen, was der Stadt bis 1945 widerfahren ist. Die Veränderungen in der Wahrnehmung der Stadt zum Ende der 1960er Jahre werden aufgegriffen, die Selbstinszenierung der Massenmedien am Beispiel des Axel Springer Verlags wird untersucht und als Vermittler in jener Zeit werden aktive Persönlichkeiten (Ulrich Conrads und Bruno Flierl) befragt. Warnke wählt als Medien diejenigen, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind, berücksichtigt daher vor allem Tageszeitungen, aber auch Rundfunk und Film. Zeitungsberichte, Reportagen, Spielfilme, Karikaturen, aber auch Leserbriefe und die Art und Weise, wie die Medien das berücksichtigen, was jenseits von Fachmeinungen über die jeweiligen Gebäude geäußert wird, werden aufgegriffen. Die jeweils exemplarische Zuspitzung ist immer als eine verständlich, die für eine prinzipielle Aussage steht.

All dies hat Warnke in einer gut lesbaren und abwechslungsreichen Form aufbereitet. Man mag sich an Einzelheiten stören, wie etwa der Verwendung des Begriffs Propaganda als Synonym für Reklame, daran, dass Warnke etwa behauptet, dass Zilles Zeichnungen für die Abrisse der Nachkriegszeit in Ost- und Westber-

lin nicht zu unterschätzen seien, in der Fußnote aber darauf hinweist, dass gerade dies nicht zu belegen ist. Hier zeigt sich, dass hin und wieder die Autorin zwischen dem, wie sie selbst oder aus Sicht heutiger, allgemeiner Einschätzung die untersuchten Projekte wertend einordnet und der Beschreibung, an der sie die Äußerungen in den Medien misst, die Grenzen nicht immer sauber gezogen werden. Die Autorin ist damit (und kann es auch nicht sein) nicht frei davon, selbst das zu tun, was sie an den Medien untersucht: immer eine Position und Haltung den Projekten gegenüber mit zu liefern. Wenn aber die Rede von den heute „berühmten Plattenbauten“ oder vom „endgültigen Sieg des Neuen Bauens“ in Westberlin in den 1960er Jahren ist, vermisst man die Differenzierungen, die diesen sensiblen Themen eigentlich entgegenzubringen wären. Hier mag, das ist an der ein oder anderen Stelle doch spürbar, eine Rolle spielen, dass die Autorin als Historikerin nicht als Architektin oder Planerin ausgebildet wurde, was sich auch in stilistischen Einordnungen von Gebäuden zeigt, die nicht immer sicher zugeordnet und differenziert werden. „International Style“, „Moderne“ und „Funktionalismus“ oder eben das „Neue Bauen“ werden scheinbar als Synonyme verwendet, ohne dass eine präzisere Einordnung oder Differenzierung erfolgt.

Das alles ändert aber nichts daran, dass dieses Buch als ein Bericht über die Wechselwirkungen zwischen Architektur und Medien äußerst lehr- und aufschlussreich ist und dazu beiträgt, die Resonanz der Architektur in den Medien auch dort kritischer zu beachten, wo nicht zwei politische Systeme aufeinanderprallen und sich – Stein gegen Stein – miteinander messen.

Christian Holl, Stuttgart